Morgenausgabe

Nr. 313 / A 158 — 47. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
8. Juli 1930

Groß-Berlin **10** Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges. Depositenkasse Lindenstr. 3.

Deckungsvorlagen im Reichstag

Dietrich erklärt / Hertz kritisiert / Regierungsparteien schweigen

Der Reichstag hat gestern die erste Lesung der Deckungsvorlagen vorgenommen. Die Vorlagen sind dem Hauptausschuß überwiesen. Wo ist die Mehrheit für diese Vorlagen? Nach dem Verlauf der gestrigen Reichstagssitzung ist sie nicht sichtbar. Es wurden in dieser Sitzung — abgesehen vom Reichsfinanzminister Dietrich — nur Erklärungen gegen die Deckungsgesetze abgegeben, und die Parteien, die diese Erklärungen abgeben ließen, haben zusammengerechnet bereits eine Mehrheit dagegen: Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationale.

Als der Reichsfinanzminister Dietrich seine Darlegungen über die Höhe des Reichshaushalts und die Deckungsvorschläge beendet hatte, fand er keinerlei Zustimmungskundgebung. Keine der Regierungsparteien ließ ihre Stellungnahme zu den Deckungsgesetzen vertreten. Das hat einen sehr einfachen Grund: die meisten Regierungsparteien haben noch keine Stellungnahme! Eine Besprechung der Parteiführer der Regierungsparteien sollte gestern abend stattfinden. Sie ist inzwischen auf heute abend verschoben worden, so daß es fraglich ist, ob sich heute schon bei allen Regierungsparteien eine Stellungnahme angefunden hat.

Das Kabinett Brüning will seine Mehrheit auf der Rechten suchen, und Herr Dietrich hat sich bemüht, diese Mehrheit zusammenzureden. Er hat den Leuten vom Hansabund — also seinem Fraktionskollegen Fischer — vorgerechnet, daß es mit den bekannten Sparforderungen des Hansabundes wirklich nicht geht. Die Volkspartei suchte er zur Gefolgschaft zu bewegen mit der Erklärung, daß ohne Deckungsgesetze und Beitragserhöhung auch kein Abbau bei Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung in Betracht käme, und die Deutschnationalen mahnte er an die Osthilfe. Man sieht die Mehrheit noch nicht, aber man sieht schon die Mittel, mit denen sie zustandegebracht werden soll — trotz der Unlust der Regierungsparteien und trotz der ablehnenden Erklärung der Deutschnationalen.

Das ist eine Finanzpolitik der Notbehelfe, wobei nicht die Not der Finanzen die Maßnahmen bestimmt, sondern die Notlage des Kabinetts. Eine Politik der gründlichen Sanierung ist es nicht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nach den Darlegungen des Reichsfinanzministers durch ihren Sprecher Hertz ein Programm der wirklichen Sanierung vortragen lassen. Das Ziel: Abkehr von der Politik, die mit dem Worte von Reinhold eingeleitet wurde, daß die Reichsfinanzen hart am Rande des Defizits gehalten werden müßten, und die unter dem Regime Köhler fortgesetzt wurde. Die Mittel: in erster Linie ein ausreichender Zuschlag zur Einkommensteuer. Von diesem Programm ausgehend, zeigte Hertz das Unzulängliche der Deckungsvorschläge: die Reichshilfe ist grundsätzlich zu billigen — aber in dieser Form sozial ungerecht, die Ledigensteuer ebenfalls unsozial. Hertz schloß mit einer Unterstreichung der Verantwortlichkeiten des Kabinetts Brüning.

Das Kabinett wird nun seine Mehrheit hinter den Kulissen suchen, es wird die Methoden wieder anwenden, die es schon einmal angewandt hat. Der Reichsfinanzminister Dietrich hat im Laufe seiner Rede sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß seinerzeit die Biersteuer nicht hinreichend erhöht worden ist. Das war eine deutliche und wohlverständliche Kritik an seinem Amtsvorgänger Moldenhauer, zugleich aber auch den Methoden, mit denen das Kabinett Brüning sich seinerzeit seine Mehrheit gesucht hat. Politik der Trinkgelder — so nannte es Hertz, und eines dieser Trinkgelder war das Zugeständnis des niedrigeren Biersteuersatzes an die Bayerische Volkspartei.

Herr Dietrich war mit dieser Kritik offenherzig, aber unvorsichtig. Wird die Schaffung einer Mehrheit mit Hilfe der Rechten, wird der Zusammenhalt der Brüning-Regierung nicht wieder mit Trinkgeldern, mit halben und unzureichenden Maßnahmen erkauft werden müssen? Der Handel beginnt erst, und ist der unzureichende Satz des Zuschlags zur Einkommensteuer nicht auch schon ein solches Trinkgeld? Herr Dietrich hat treffend die Methode von damals kritisiert — heute ist er Finanzminister, und heute trägt er die Verantwortung, wenn die Methode von damals wiederholt wird.

Sie wird wiederholt, und nach den Sommerferien des Reichstags kann dann wieder ein anderer Minister des Kabinetts Brüning sein Bedauern über die Finanzgesetze vom Juli aussprechen.

•

Der Reichstag begann am Montagnachmittag um 15 Uhr mit der Beratung des deutsch-rumänischen Handelsabkommens.

Abg. **Döbrich** (Christ.-nat. Bauernp.) spricht gegen das Abkommen, da es die Landwirtschaft schädige.

Abg. **Hoernle** (Komm.): Das Abkommen bringt keine einzige Zollermäßigung und verletzt alle internationalen zollpolitischen Abkommen, denen Deutschland selbst beigetreten ist. Es ist den Interessen der Proletarier und Kleinbauern schädlich, und die neuen Industriezollerhöhungen, die noch vor der Sommerpause durchgepeitscht werden sollen, werden es noch verschlechtern.

Abg. **Stubbendorf** (Dnat.) wendet sich gegen die „Fesseln der Meistbegünstigung", die dieser Vertrag noch verstärke. Das Verbot, Ein- und Ausfuhrverbote zu erlassen, ist eine große Gefahr.

Abg. Frau Sender (Soz.):

Die wirtschaftlichen Darlegungen meines Vorredners beweisen, daß ihm die primitivsten wirtschaftlichen Dinge unklar sind, so daß ich mich nicht ernsthaft mit ihm auseinanderzusetzen brauche. Wenn er von der Passivität der Handelsbilanz bis zu 4 Milliarden spricht, so verwechselt er offenbar Handels- und Zahlungsbilanz. (Widerspruch bei den Deutschnationalen.) Auch der Vertreter einer Regierungspartei hat den Handelsvertrag abgelehnt, es aber begrüßt, daß kein Tarifabkommen in ihm enthalten ist. Im Gegensatz zu Abg. Döbrich bedauern wir das Fehlen gerade dieser tariflichen Bindungen. Besonders die deutsche Wirtschaft hat allen Anlaß, für die Aufhebung aller Ein- und Ausfuhrverbote anderer Staaten durch eigenes Beispiel einzutreten.

Es ging ein Aufatmen durch die vernünftigen Wirtschaftskreise Deutschlands, als Polen seine Ein- und Ausfuhrverbote nicht ratifizierte.

Wenn Abg. Hoernle die Ablehnung des Vertrages fordert, so weise ich darauf hin, daß wir in der nächsten Woche den Zollkrieg mit Rumänien haben würden, wenn diese Ablehnung zustande käme. Wenn Sie sich gegen Ein- und Ausfuhrverbote zugunsten von staatlichen Handelsmonopolen wenden, so haben Sie angesichts eines Ihnen so sehr am Herzen liegenden Staates mit einem lückenlosen Handelsmonopol kaum ein Recht dazu. (Zuruf der Komm.: Das ist aber kein kapitalistischer Staat!) Die deutschen Arbeiter ziehen es vor, in unserem kapitalistischen Staat zu leben, als in Ihrem „sozialistischen" Staat. (Widerspruch der Komm.)

Sie haben durch Ablehnung aller Handelsverträge unsere Zoll- und Handelspolitik ständig verschlechtern geholfen.

Gegen die Durchpeitschung neuer Industriezölle werden wir uns mit aller Kraft zu wehren wissen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Die Vorlage wird gegen die Rechte und die Kommunisten bei Stimmenthaltung der Bayerischen Volkspartei verabschiedet.

Zum Haushalt des Reichsfinanzministeriums und zu den damit verbundenen Deckungsvorlagen hält

Minister Dietrich

seinem Vorgänger Moldenhauer ein dankbares Nachwort und kommt dann auf die Schlußrechnung für 1929. Der Fehlbetrag an seinem Schluß ist 465 Millionen. Einnahmereste haben wir nur noch bei der Post und bei der Münzverwaltung. Der Minister verweist auf seine Darlegungen im Reichsrat und stellt einen Mehrbedarf von 405 Millionen zusammen, das ausschließlich in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate begründet sei, die den Etat entscheidend beeinflußt. Wenn die Arbeitslosenunterstützung aus den Einnahmen dieser Einrichtung gedeckt würde und nicht eine rechts-

Frankreichs Protestschritt in Berlin.

Die Reichsregierung schweigt noch immer.

Der französische Botschafter in Berlin, de Margerie, sprach am Montag im Auftrage seiner Regierung im Auswärtigen Amt vor und gab die Erklärung ab, daß nach Ansicht des französischen Außenministeriums die Zwischenfälle und Verfolgungen angeblicher Separatisten im befreiten Gebiet den im Haag getroffenen Abmachungen widersprechen. Eine Note wurde nicht übergeben.

•

Ueber die Einzelheiten dieser Unterredung wird auf beiden Seiten strenges Stillschweigen gewahrt.

Das ist um so bedauerlicher, als die deutschnationalen Kreise nun diesen unvermeidlichen und von ihnen selbst mitverschuldeten für Deutschland recht peinlichen Schritt zum Anlaß einer verstärkten Hetze nehmen, jetzt nicht mehr allein gegen Frankreich, sondern auch gegen die deutschen Linkskreise, die gegen das Rowdytum im Rheinland Front gemacht haben.

Das Verhalten der Reichsregierung in dieser ganzen Angelegenheit ist einfach kläglich. Sie hat noch immer nicht den Mut aufgebracht, öffentlich gegen Vorgänge Stellung zu nehmen, die Deutschlands Ansehen in der ganzen Welt befleckten. Dabei haben die Unruhen längst ihren vorgeschützten Charakter eines Rachefeldzuges an den Separatisten — der an sich schon entschieden zu verurteilen wäre — verloren, sondern sie arten immer mehr aus in antirepublikanische und antisemitische Krawalle. Schwarzrotgoldene Fahnen sind heruntergeholt und verbrannt worden, Geschäftsleute — Christen und Juden — werden aus purem Konkurrenzneid als Separatisten denunziert, die nie mit der Bewegung etwas zu tun hatten, und ihre Läden daraufhin zerstört und geplündert.

Dagegen sind unter dem nationalsozialistischen Pöbel, die diese Exzesse verüben, Leute beobachtet worden, die selbst seinerzeit zu den Separatistenbanden zählten — weil es eben auch damals Krakeln und Plündern galt.

Und was tut die Reichsregierung gegen diese einzige Schweinerei? Sie versteckt sich hinter den faulen Kompetenzvorwand, daß die Wahrung von Ruhe und Ordnung Sache der Landesbehörden sei. Aber das politische Machtwort, das sie längst verpflichtet gewesen wäre, auszusprechen, ist sie bisher schuldig geblieben. Selbst nach dem gestrigen offiziellen Protestschritt der französischen Regierung erfährt das deutsche Volk noch immer nicht, daß sich die Reichsregierung gegenüber allen Besatzungsmächten verpflichtet hat, solchen verbrecherischen Unfug zu verhindern.

Verurteilung — aber . . .

Die Nachrichten-Agenturen verbreiten in später Nachtstunde folgende Meldung:

„Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, trifft es zu (!), daß heute nachmittag der französische Botschafter bei dem deutschen Außenminister die Zwischenfälle im Rheinland zur Sprache gebracht und dabei auf die Amnestievereinbarungen hingewiesen hat.

Der deutsche Außenminister hat selbstverständlich die Gewalttaten verurteilt, dabei aber darauf hingewiesen, daß sich der Umfang der Ausschreitungen psychologisch aus dem erneuten Ausbruch der Leidenschaften über das hochverräterische Treiben der Separatisten erklärt.

Der Reichsaußenminister hat dann des weiteren dargelegt, welche Maßnahmen die Reichsregierung von sich aus und auf ihre Veranlassung die Landesbehörden zur Durchführung der Amnestievereinbarungen ergriffen haben."

•

Dieses „Einerseits — Anderseits" ist für die Courage dieser Regierung kennzeichnend. Die nationalistischen Rowdys werden in der „psychologischen Erklärung" des Herrn Dr. Curtius natürlich eine Ermutigung erblicken.

Die römische Faschistenpresse als Lockspitzel.

Italienisch-faschistische Blätter wie „Lavoro d'Italia" und „Tevere" veröffentlichen Kommentare zu den antiseparatistischen Krawallen, die eine unzweideutige Sympathie für die deutsch-faschistischen Rowdys zum Ausdruck bringen.

Das ist übelste Lockspitzelarbeit. Kein Wunder, daß die Telegraphen-Union diese Ergüsse verbreitet. Aber, daß auch ein anderes großes Nachrichtenbüro sich dazu hergibt, ist ein Skandal.

gültige Versicherung wäre, stände es um den Etat ungleich besser. Zu den Deckungsvorschlägen verweist der Minister zunächst darauf, daß ausreichende Streichungen am Etat erst nach schweren Kämpfen der Ressorts über die 100 Millionen hinaus möglich wären, an deren Streichung wir unbedingt festhalten. Mehr wird sich überhaupt nicht streichen lassen (Gegenrufe). Auch der Hansabund, der viel höhere Streichungen, besonders am Sozialetat, verlangt, muß das einsehen. Da die Invalidenversicherung vielleicht in den nächsten Jahren in Schwierigkeiten kommt, darf bei ihr nicht mehr gestrichen werden, ebensowenig an der Kriegsteilnehmerversorgung; jedoch muß noch vor der Sommerpause ein Gesetz zustandekommen, das die Bewilligung neuer Renten ausschließt. Ein Krebsschaden ist es, daß wir alle zwei Jahre die Steuern usw. ändern. Das bringt uns das Uebermaß von Gesetzen und Verordnungen. (Rufe der Komm.: Reichswehr abschaffen.) Ich glaube, Herr Torgler, wir werden Ihnen diesen Gefallen nicht tun.) [Heiterkeit.] Die Deckungsvorlagen enthalten einige unvermeidliche Härten, unter anderem die Beamtenreichshilfe trotz der Abmilderung und die Ledigensteuer. Sie sind lediglich als Aushilfsmittel für das Notjahr 1930 gedacht. (Widerspruch links.)

Meine Arbeit ist nur eine Aufräumungsarbeit und daher mit Mängeln und Schwächen behaftet. Ich hüte mich, Versprechungen für die Zukunft zu machen, die bei der jetzigen schweren Wirtschaftslage unmöglich zu erfüllen sind.

Das Reichsbahndefizit ist nicht so bedrohlich, wie früher angenommen, und wird mit bescheidener Reichshilfe gedeckt werden können. Ein großer Teil der Not wird von der Arbeitslosigkeit gezeugt, und die Gemeindefinanzen werden durch sie zum schwersten Gefahrenpunkt, von dem aus möglicherweise der Reichsetat neu gefährdet werden kann. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm muß unbedingt durchgeführt werden, es darf nicht zu Preiserhöhungen führen. Es besteht die Gefahr, daß die Einnahmeschätzungen des Etats zu hoch sind. Man kann nicht, wie bisher, die Reichseinnahmen jeden Monat neu schätzen. Wir haben versucht, die künftige Neuvorlage von Deckungsvorschlägen unnötig zu machen. Es ist im Interesse der Verwaltungskostenminderung, der Steuersenkung und der besseren Verteilung der Steuerquellen und des Steueraufkommens erwünscht, die Reichsreform zu beschleunigen. Am nächstliegendsten ist die Regulierung der Gemeindefinanzen, die aber nicht von oben her dekretiert werden kann. Die Gemeinden müssen zur Verantwortlichkeit für ihre eigenen Finanzen erzogen werden. Neue Einnahmequellen müssen ihnen durch Ermöglichung der Erhebung von Kopf- und Getränkesteuern eröffnet werden. Das Steuervereinheitlichungsgesetz muß endlich verabschiedet werden. Wegen der Uneinheitlichkeit der Steuersysteme der einzelnen Länder muß man diesen die Beurteilung der Zulässigkeit der neuen Gemeindesteuern überlassen. Die Kopfsteuer kann allerdings ein gefährliches Abenteuer sein, wenn ihre Höhe und ihre Erhebung den Gemeinden allein überlassen wird. (Ironische Zurufe links.) Aus einer neuen Schnapssteuer kann man nicht viel herausholen, das beweist das Sinken der Einnahmen des Branntweinmonopols. (Zuruf rechts: Aber aus der Biersteuer!) Man muß eben nehmen, wo man etwas kriegt. (Heiterkeit.)

Ueber die neuen Steuervorlagen herrscht leider überhaupt keine einheitliche Meinung im Hause.

(Ironische Zurufe links.) Man weiß weder, ob die Reform der Arbeitslosenversicherung, ob der Reichszuschuß für die Versicherungsanstalt bewilligt, noch wie sich die Arbeitslosigkeit entwickeln wird. Dagegen kann ich über zukünftige Neubelastungen des Tabak- und Alkoholverbrauchs noch nichts sagen. Die Auseinandersetzung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden wird dann sehr viel leichter sein, wenn wir die Hauszinssteuer als schädlichste Realsteuer und den Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln nicht mehr nötig haben. Die Gewerbesteuer ist ebenfalls eine ungerechte Realsteuer. Mit unseren großen Kriegslasten läßt sich eine jährliche unproduktive Ausgabe von 1 bis 1½ Milliarden ohne Gegenleistung für die Arbeitslosigkeit nicht verantworten. Man muß sofort bei Einsetzen günstigerer Konjunktur einen Manöverfonds an öffentlichen Arbeiten und Konjunkturregelungsmitteln aufspeichern. Ein Plus für unsere wirtschaftliche Zukunft ist die zunehmende Fähigkeit der deutschen Landwirtschaft, unseren eigenen Bedarf zu decken. Das wird allerdings die Zolleinnahmen des Reiches, aber auch den Kapitalbedarf unserer Wirtschaft herabmindern.

Die Herabsetzung der Preise der Agrarprodukte auf dem Binnenmarkt ist die wichtigste Voraussetzung der Krisenbeseitigung.

Daß ich kein endgültiges Programm vorlegen kann, kann man mir nicht zum Vorwurf machen, aber ich sehe keinen Grund, die von mir vorgezeichneten notwendigen Reformvorlagen nicht zu schaffen. Das Volk wartet auf schleunigste Regelung unserer krisenhaften Verhältnisse. Aber diese Regelung durch eine Pumpwirtschaft mit Hilfe der großen Geldflüssigkeit mache ich nicht mit. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Hertz (Soz.):

Ich bin mit dem Minister in manchem einverstanden. Aber im Hauptpunkt, was nun geschehen soll, habe ich ganz andere Ansichten. Ich möchte anknüpfen an die Rede des Reichskanzlers im Reichsrat, wo er sagte, daß alles, was jetzt versäumt werde, mit viel größeren Opfern später nachgeholt werden müsse. Hätte der Reichskanzler diese richtige Erkenntnis schon früher befolgt, dann stünde der Reichshaushalt heute besser da. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat seit 1½ Jahren alle Kräfte an die Sanierung der Arbeitslosenversicherung gesetzt und war bereit, zu diesem Zweck große Lasten auch derjenigen Volksschichten zu verantworten, die von der Arbeitslosigkeit nicht betroffen sind.

Gegen unseren Willen ist die Entscheidung über eine weitere Beitragserhöhung dauernd verzögert worden, bis im Frühjahr dieses Jahres die Regierung an dieser Aufgabe gescheitert ist.

Wir Sozialdemokraten haben immer die Sanierung der Reichsfinanzen als Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft angesehen und sind sogar bereit gewesen, diejenigen Lasten, die von anderen tragfähigeren Schultern nicht getragen werden können, auf die Massen des Volkes zu legen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsregierung reichen nicht aus, um eine Wendung in der Wirtschaft zu erzielen. Zur Beseitigung der Wirtschaftsstörungen kommen wir nur auf dem Weg über gesunde Finanzen. Auf dem entgegengesetzten Weg hat man sich von diesem Ziel immer weiter entfernt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Durch die Beseitigung dieser Stockungen und eine gesunde Finanzpolitik wird das Vertrauen im Innern wiederhergestellt werden und erst recht im Auslande,

wo das Urteil des Reparationsagenten in seinem letzten Bericht großen Eindruck gemacht hat. Die Wiederherstellung des Vertrauens ist die Voraussetzung dafür, daß ausländisches Kapital sich zur Anlage in Deutschland bereit findet.

Ich fürchte, daß dieses Ziel durch die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen nicht erreicht wird. Der Finanzminister scheint sich von dem früheren Optimismus fernzuhalten, aber es genügt nicht, den Fehlbetrag in seinem vollen Umfang zu erkennen, sondern man muß auch den entschlossenen Willen haben, ihn in vollem Maß zu decken. Nur dann sind auch tiefeingreifende Maßnahmen zu rechtfertigen.

Gewiß ist der Haushalt 1930 durch die Vorbelastung mit 480 Millionen Schuldentilgung außerordentlich angespannt, aber diesen besonderen Aufwendungen stehen einmalige Einnahmen gegenüber, die entlastend wirken. Man sollte aber den ungeheuren Ernst unserer Wirtschaftslage nicht leicht nehmen.

Und dazu ist vor allem notwendig, daß man sich von der Auffassung des früheren Finanzministers Reinhold abwendet, die da lautete: „Hart am Rande des Defizits." (Sehr richtig!)

Die Konjunkturempfindlichkeit der öffentlichen Haushalte zeigt sich an den Einnahmen noch mehr als an den Ausgaben. Der Unterschied zwischen einem guten und einem schlechten Wirtschaftsjahr bedeutet für die Reichsfinanzen eine Differenz zwischen 1,8 und 2,1 oder 2,2 Milliarden Mark. Daraus geht hervor, wie falsch jenes Wort ist, denn bei einem solchen Abstand hat man in schlechten Wirtschaftszeiten keine Mittel übrig zur Entlastung der Wirtschaft, noch ganz abgesehen von den Krisenfolgen und dem Druck der Arbeitslosigkeit, des Lohn- und Steuerrückgangs und der sonstigen Lasten. Die Vertagung der Lösung auf spätere Zeit macht die Opfer nur noch schwerer. Es ist viel aussichtsreicher, auch schwere Opfer für eine frühzeitige Sanierung nicht zu scheuen.

In England, das eine relativ größere Arbeitslosigkeit hat als wir, hat der sozialistische Finanzminister eine Erhöhung der Einkommens- und Erbschaftssteuer um rund 10 Proz. beantragt,

mit einem Ertrag von fast 700 Millionen Mark. Da aber von dieser Steuererhöhung ¾ aller Steuerträger frei bleiben sollen und die große Masse der Lohnempfänger in England überhaupt keine Einkommensteuer zahlt, so ergibt sich daraus, daß diese Erhöhung der Einkommen- und Erbschaftssteuer in England die hohen und höchsten Steuerträger allein trifft. (Hört, hört! bei den Soz.)

Selbstverständlich ist bei unserer Finanzlage äußerste Sparsamkeit auch neben der Oeffnung neuer Steuerquellen unerläßlich. Aber das Ausmaß sofort wirksamer Ersparungen ist begrenzt und könnte nur erweitert werden, wenn rücksichtslos an den unentbehrlichsten sozialen Verpflichtungen gestrichen würde. Wenn nun in 8 Monaten des Rechnungsjahres 1930 100 Millionen eingespart werden sollen, so entspricht das etwa 130 Millionen Streichungen am jetzt vorliegenden Haushalt. Wir halten Ersparnisse im Gesamtbetrag von 200 Millionen für möglich und notwendig, jedoch nicht auf dem Wege einer Ermächtigung an die Reichsregierung, daß sie ohne Kontrolle des Parlaments an ihr genehmen Etats streichen könnte. Wir lehnen eine solche Ermächtigung ab, weil sie das Etatsrecht des Reichstags, an dem wir unbedingt festhalten, einschränkt und ihm widerspricht. Wenn der Finanzminister sich auch entschieden gegen jede Streichung an den sozialpolitischen Ausgaben verwahrt hat, so begrüßen wir das, wir haben jedoch

nicht zu der Gesamtregierung das gleiche Zutrauen; die Ereignisse im April haben unser Mißtrauen riesengroß werden lassen.

Weitere Ersparnisse erscheinen uns zunächst bei der Reichswehr möglich. Seit dem Haushalt 1925 sind die Ausgaben für Reichswehr und Marine von 636 auf 790 Millionen jährlich gestiegen, also um 160 Millionen gleich 25 Proz. (Hört, hört! bei den Soz.) Ohne die neue Wehrmacht im ganzen antasten, persönliche oder volkswirtschaftliche Interessen gefährden zu wollen, sind Ersparnisse möglich.

Die neue Wehrmacht hat nach ihrem zehn- oder elfjährigen Bestand bereits einen Pensionsetat von 72 Millionen im Jahr.

Darin sind fast 15 Millionen für einmalige, 25 Millionen für laufende Versorgungsgebührnisse und 20 Millionen für Ruhegehälter enthalten; es wachsen also beträchtliche Lasten aus dieser neuen Wehrmacht dem Reichsetat zu. Von den 1320 Militärpersonen, die seit 1927 Ruhegehalt bekommen, sind 171 Oberste, 148 Oberstleutnants, 213 Hauptmänner, 223 Oberleutnants, 115 Deckoffiziere, 108 Feldwebel. Obwohl das Verhältnis der Mannschaften zu den Offizieren in der Reichswehr etwa 7 : 1 beträgt, ist es bei den Pensionen fast umgekehrt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amts hat gezeigt, daß dort Anforderungen gemacht werden, die das verarmte Deutschland nicht tragen kann und die der Reichstag, wenn sie ihm einzeln vorher vorgelegt würden, gewiß auch nicht bewilligen würde. Schließlich sollte sich die Reichsregierung auch

die Subventionen an die Länder

aus dem § 35 des Finanzausgleichgesetzes und aus der Sonderabfindung für die Biersteuer ansehen, bei der übrigens der Staatsgerichtshof, auf Grund dessen Entscheidungen diese Zahlungen erfolgen, die betreffenden Reichsgesetze für ungültig erklärt hat. So unerläßlich eine gründlichere Verwaltungsreform auch vom Standpunkt der Ersparungen ist, so kann und wird

dieses Ziel nicht erreicht mit einer „Reichsreform", die leistungsschwache Länder erhalten, aber leistungsstarke Länder zerschlagen und dadurch um ihre Kraft bringen will.

Der Widerstand gegen die von uns beantragte Kürzung der hohen Pensionen hat uns tief enttäuscht, schon weil die Fraktionen dazu Redner vorgeschickt haben, die an dieser Frage persönlich materiell interessiert sind. (Hört, hört! links.) Die Wirtschaftspartei hat das Gesetz, das sie selbst früher gefordert hat, scharf bekämpft. (Abg. Colosser: Sie können sich darauf verlassen, wir werden es bewilligen) Das soll mich nur freuen. Die Sozialdemokratie macht von der Haltung zu diesem Antrag ihre Stellung auch zu anderen Vorlagen abhängig. Wenn man die Biersteuererhöhung in dem Maße vorgenommen hätte, wie sie zuerst geplant war, so wäre die Verbraucherbelastung nicht höher als jetzt geworden. (Sehr richtig! links.) Jetzt haben wir aber gegen eine isolierte Biersteuererhöhung die schwersten Bedenken, weil eine neue Verbraucherbelastung dabei herauskommen würde.

Der Gedanke des Bierhandelsmonopols

ist als Hilfswaffe erwägenswert; das würde den Kleinhandel hindern, alle Lasten auf die Verbraucher abzuwälzen und den Steuereingang sichern. Es wäre aber noch eine ganze Reihe anderer Steuererhöhungen möglich: frühere Inkraftsetzung der Bestimmungen des geplanten Ausgabensenkungsgesetzes, Erhöhung der Verzugszinsen für Steuerrückstände sind in Erwägung zu ziehen. Die Steuerrückstände sind in diesem Jahr um mehr als 100 Millionen höher als im Vorjahr. (Hört, hört! bei den Soz.) Zum Teil ist das sicher durch die Wirtschaftskrise bewirkt. Aber die Steuerbeamten selbst wissen ganz genau, daß eine

zu milde Behandlung der säumigen Steuerzahler Platz gegriffen

hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch die Erbschaftssteuer ist gegenwärtig so niedrig, daß sie von der großen Masse des Volkes als sozial ungerecht angesehen wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die allgemeine Erhöhung der Einkommensteuer für die höheren Einkommen, früher allein von der Sozialdemokratie gefordert, müssen jetzt auch die Regierungsparteien hinnehmen. Aber die jetzige Regelung ist eine stark unsoziale Halbheit. Die Heranziehung aller, nicht nur einzelner Leistungsfähigen ist bei einer Umfrage der „Köln. Ztg." von allen Einsendern, selbst von einem Industriellen, als der einzig gangbare Weg zur Finanzsanierung bezeichnet worden. Die Gefahr der Kapitalflucht, vom Arbeitsminister gegen eine Erhöhung der Einkommensteuer ins Feld geführt, wird von den breitesten Volkskreisen nicht als Gegengrund anerkannt. Die Ausführungen Stegerwalds sind zugleich die schärfste moralische Verurteilung derjenigen, die die Opfer der Wirtschaftskrise stets und ausschließlich auf die Besitzlosen abwälzen wollen! (Sehr wahr! bei den Soz.)

An der Kapitalbildung sind keineswegs nur die oberen, sondern auch die mittleren und unteren Schichten des Volkes stark beteiligt.

Die Einkommensteuer ist überhaupt die gerechteste Steuer. Ihre Erhöhung um 3 Proz. bedeutet eine Anerkennung unserer Argumente. Diese Anerkennung bleibt aber eine Halbheit, wenn unser Vorschlag, einen 10prozentigen Aufschlag einzuführen, nicht durchgeführt wurde, was deutlich die Absicht der Regierungsparteien verrät, die Besitzenden zu schonen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Durch diese Halbheit wird unser Steuersystem außerordentlich kompliziert, obgleich der Finanzminister sich gegen alle unnötigen Steuerkomplikationen ausgesprochen hat. Die Ledigensteuer könnte bei einer höheren Belastung der großen Einkommen wegfallen; sie paßt überhaupt nicht in unser Steuersystem hinein und ist so schwach begründet wie noch selten ein deutscher Gesetzentwurf. **Die Reichshilfe der Beamten enthält einen berechtigten Kern, weil man die vor Arbeitslosigkeit und Not im Alter geschützten Volksschichten gerechterweise höher besteuern kann.**

Die Beamtenorganisationen hätten nie diesen starken Widerstand gegen die Reichshilfe entwickelt, wenn sie den Eindruck gehabt hätten, daß alle anderen sozialeren Steuerquellen ausgeschöpft worden sind.

Mit der Schaffung einer Freigrenze ohne Freibetrag werden die höheren Beamteneinkommen viel weniger belastet als die unteren Stufen, bei denen die zusätzliche Belastung bis zu 100 Proz. ansteigt. Eine besondere Ungerechtigkeit liegt darin, daß auch die Gruppe der Behördenangestellten zur Reichshilfe herangezogen werden soll, die nicht die Vorteile der Beamtenstellung genießen. Es muß erreicht werden, daß nur die Gruppen, die in den Besitz dieser Vorteile kommen, die Sondersteuerlast zu tragen haben. Man hat aus dem Fallenlassen der Besteuerung der höheren Privatangestellten bei den Behördenangestellten leider nicht die Konsequenz gezogen wie bei der Besteuerung der Aufsichtsratstantiemen, dieser am leichtesten erworbenen Einkommen. Wir werden allen Versuchen, Löhne und Gehälter zu senken, den schärfsten Widerstand entgegensetzen.

Der Minister hat für seine Vorschläge die Unterstützung des Parlaments verlangt. Steht die gesamte Regierung hinter seinen Vorschlägen? Moldenhauer hat das immer von seinen Finanzplänen behauptet, es stellte sich aber heraus, daß er nur für seine Person sprach.

Die Regierung hat oft genug versprochen, die Führung zu übernehmen. Sie hat diese Versprechungen nicht gehalten, sondern eine Politik der Trinkgelder betrieben.

(Sehr wahr! bei den Soz.). Zudem soll die Arbeitslosenversicherung abgebaut und die Zollpolitik auf Kosten der Massen und zum Schaden unserer handelspolitischen Beziehungen auf Hochschutzzölle umgestellt werden.

Mit solchen Mitteln ist keine Sanierung zu erreichen. Die Verantwortung für falsche Maßnahmen ihren Urhebern zuzuweisen, ist das Gebot der Stunde. (Lebh., anh. Beifall bei den Soz.)

Deutschnationale Ablehnung.

Abg. Dr. Oberfohren (Dnat.) gibt eine Erklärung ab, in der die Katastrophe der Reichsfinanzen auf den Young-Plan und die sozialdemokratisch geführte Wirtschafts- und Finanzpolitik (Heiterkeit links) zurückgeführt wird. Die Beamten sind bereit und verpflichtet, Opfer zu bringen. Es kann ihnen aber nicht zugemutet werden, mit einer Sondersteuer die Fortsetzung der Mißwirtschaft zu ermöglichen. Die Regierungsvorschläge versprechen nicht eine Senkung der Produktionskosten und Preise. Die Erhöhung der Einkommensteuer bedroht die selbst vom Minister Hilferding betonte Notwendigkeit der Kapitalbildung. Die letzten Erfahrungen bieten keine Sicherheit dafür, daß die Regierung die Steuervorschläge wirklich nur als vorübergehend behandeln wird. Durch Ausgabensenkung, Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer, Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages und Besteuerung der öffentlichen Betriebe, kann der Etat saniert werden. Voraussetzung für die Sanierung und für die Zustimmung der Deutschnationalen zu den Regierungsentwürfen ist die Abkehr von der bisherigen Tribut-, Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dafür ist die Garantie nicht gegeben, und wir stimmen den Entwürfen nicht zu.

Abg. **Dr. Neubauer** (Kom.) spricht der Regierung den Dank für die rasche Zerstörung aller sich an ihre Bildung knüpfenden Illusionen aus, die nach der zweijährigen Enttäuschung der Müller-Regierung entstanden waren. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist eine Phrase, da Reichsbank und Reichsregierung den Baumarkt selbst abgedrosselt haben. — Der Präsident greift ein, als der Redner im Anschluß an die Mitteilung, daß der demokratische Abgeordnete Dr. Fischer-Köln aus 51 Aufsichtsratssitzen 500 000 Mark arbeitsloses Jahreseinkommen bezieht, von Schmarotzern am deutschen Volk spricht. Er begründet einen Antrag, kein Gehalt über 8000 Mark zuzulassen und fordert Einziehung der halben Milliarde, die Nordamerika jetzt dem deutschen Schiffahrts- und Farbenkapital zurückzahlt, da dieselben Firmen seinerzeit gewaltige Gelder vom Reich als Subvention und Schadenersatz erhalten haben.

Nach dieser Rede beantragt **Vizepräsident Esser**, die Gesetze über den Zuschlag zur Einkommensteuer und über die Ledigensteuer dem Haushaltsausschuß zu überweisen.

Abg. **Torgler** (Komm.) erhebt Einspruch, da die eineinhalbstündige Redezeit von den Fraktionen noch nicht ausgenutzt sei und gewiß morgen noch verschiedene zu diesen Vorlagen sprechen wollten.

Vizepräsident Esser: Da Wortmeldungen nicht vorliegen, schließe ich die Besprechung.

Bei Ueberweisung wird von der Mehrheit beschlossen. Um 19 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung des Reichshaushalts auf heute 15 Uhr.

Das Diktaturgerede.

Die „Germania" weist sich energisch zurück.

Die „Germania" erklärt, daß es das ernsthafte Streben der Regierung Brüning sei, die Deckungsvorschläge mit Hilfe des Parlaments durchzuführen. Sie fährt dann fort:

„Dieser Standpunkt, den die Regierung Brüning von Anfang an einnahm, hat sich nicht geändert. Deshalb muß man das Diktaturgerede, das einige geflissentlich betreiben, energisch zurückweisen."

Wir wissen jemand, der das Diktaturgerede ganz besonders geflissentlich betrieben hat und dem wir es immer wieder vorgehalten haben — es ist die „Germania"!

Die Regierungsfrage in Sachsen.

Sozialdemokratie schlägt Lipinski als Ministerpräsident vor.

Dresden, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens und die sozialdemokratische Landtagsfraktion faßten am Montag folgenden Beschluß:

„Die Sozialdemokratie ist nach wie vor bereit, auf der Grundlage ihres im März aufgestellten Programms die Regierung unter ihrer Führung zu übernehmen und mit den anderen Parteien zu verhandeln, die bereit sind, an der Durchführung dieses Programms mitzuwirken. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird als Ministerpräsidenten den Reichstagsabgeordneten Lipinski vorschlagen."

Die Verhandlungen der Rechtsparteien.

Die am Montag stattgefundenen interfraktionellen Besprechungen der sächsischen Regierungsparteien über die Regierungsbildung wurden nach einer knappen Stunde abgebrochen. Die Beratungen sollen am Mittwoch fortgesetzt werden.

Die Nationalsozialisten forderten im Verlaufe der Erörterungen unter anderem die Herabsetzung der Ministergehälter auf die Hälfte. Diese aus agitatorischen Gründen erhobene Forderung stieß bei den übrigen vertretenen bürgerlichen Parteien auf Widerstand.

Negativer Saarabschluß.

Die beiden Regierungen wollen über etwaige Wiederaufnahme beraten.

Paris, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Die deutsch-französischen Saarverhandlungen sind am Montag nach monatelangen erfolglosen Debatten „suspendiert" worden. Ob es sich bei der Unterbrechung der Verhandlungen um eine mehrmonatige Ferienpause oder um den endgültigen Stillstand handelt, muß die Zukunft zeigen. Für Oktober ist zwar die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Aussicht genommen, jedoch nur unter der Bedingung, daß die beiden Regierungen nach eingehender Prüfung der mageren Verhandlungsergebnisse die Erfolgsaussichten der künftigen Besprechungen für groß genug halten.

Von zuständiger deutscher Seite erklärt man, daß der ewige Stein des Anstoßes die französische Forderung nach einer Drittelbeteiligung an den Saargruben gewesen sei. Offiziell begründet man diese Forderung mit der Sorge um die Kohlenversorgung der lothringischen Industrie. Diese Sorge hätte jedoch auch durch langfristige Lieferungsverträge mit Preisbindung und Mengengarantie behoben werden können. Nicht minder hemmend für den Verhandlungsgang war die sonderbare französische Ansicht, daß die Saarbevölkerung sich bei der Volksabstimmung vielleicht für die Beibehaltung des gegenwärtigen Status entschließt und daher das Saargebiet ein neues Luxemburg werden könnte.

Man kann nur hoffen, daß die französische Regierung in der Verhandlungspause Einkehr hält und sich mehr als bisher um eine gütliche Lösung bemüht.

Nicht ohne Stalin!

Mussolinis Antwort an Briand.

Die gestern überreichte Antwort der italienischen Regierung auf das europäische Memorandum Briands ist in Paris überreicht worden. Nach einer grundsätzlichen Bereitschaftserklärung zur Diskussion und Mitarbeit erhebt die Antwort allerhand Einwendungen: Unbedingte Souveränität und politische Unabhängigkeit aller Staaten müsse vollauf gewahrt bleiben. (Albanien?) Jeder Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten müsse verwischt und absolute Gleichheit zwischen allen Staaten angebahnt werden. (Bravo! Wird auch das siegreiche Italien sich denselben Schutzbestimmungen für nationale Minderheiten unterwerfen, die für die Oststaaten gelten?) Weitere Voraussetzung sei die Abrüstung. (Mussolini als Verkünder der Abrüstung. — Wer lacht da nicht? Soll auch die faschistische Miliz, dieses zweite stehende Heer, abgerüstet werden?)

Vor allem aber müßten alle Staaten Europas, nicht allein die Völkerbundsstaaten, zu den Beratungen zugezogen werden, also auch die Sowjet-Union und die Türkei.

Wieder einmal hat sich die enge außenpolitische Solidarität zwischen den Faschisten und den Bolschewisten bewährt. Mussolini will nicht ohne Stalin am Frieden Europas mitarbeiten.

Und wenn Stalin nicht mitmacht? Nun, dann macht Mussolini auch nicht mit. Dann hat er eben den gegebenen Vorwand, um die Welt mit seinen Rüstungen und Kriegsreden weiter zu beunruhigen.

•

Ueber die deutsche Antwort hat das Reichskabinett gestern abend mehrere Stunden hindurch beraten.

Hoover für Flottenpakt.

Botschaft an den Senat.

Washington, 7. Juli.

Präsident Hoover eröffnete heute die Sondertagung des Bundessenats, die er zur Verabschiedung des Londoner Flottenpakts einberufen hatte, mit einer Botschaft, in der er nochmals die Bestimmungen des Vertrages erläutert, seine sofortige Ratifizierung als „aus vielen Gründen" für unbedingt wichtig erklärt und als einzig bedeutsames Problem bei dem Studium des Paktes die Frage bezeichnet, ob er den Vereinigten Staaten eine angemessene Landesverteidigung gewährleiste. Diese Frage bejahte der Präsident und fügte hinzu, sei Ablehnung des Vertrages sei ein Wettrüsten mit gewaltigen Kosten für die Steuerzahler und schwerer Trübung der internationalen Beziehungen durch Mißtrauen und Haß, ja vielleicht durch Krieg zu erwarten. Amerika dürfe nicht denken, daß es als reichste Nation der Welt alle anderen Mächte in seinen Rüstungen überflügeln könne. Andere Nationen würden jedes Opfer bringen, um einen derartigen Plan zu vereiteln, und der Rest der Welt würde sich gegen die Vereinigten Staaten verbünden und dadurch Amerikas Frieden und Unabhängigkeit gefährden. Die Lage Europas im Jahre 1914 sei ein deutliches Beispiel, wie nutzlos und gefährlich das Wettrüsten sei.

Reichsgericht für Jorns.

Es hat der Revision von Jorns stattgegeben.

Leipzig, 7. Juli.

In der Revisionsverhandlung des Falles Jorns vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts verkündete Senatspräsident Dr. Witt heute nachmittag nach dreistündiger Beratung folgendes Urteil:

Der Fall Jorns wird also zum vierten Male ein Gericht beschäftigen. Für die Oeffentlichkeit sind die Akten über den Fall Jorns geschlossen, sie hält das Urteil der Vorinstanz für im höchsten Maße gerecht, und damit Herrn Jorns für gerichtet. Er ist gerichtet — trotz der Hilfsaktion des Reichsgerichts!

Ein Mohrenwäsche mit Herrn Jorns ist nicht mehr möglich, auch wenn sie das Reichsgericht anordnet. Gerade das Reichsgericht hätte sie besser nicht angeordnet!

Geheimrat Dietrich gestorben.

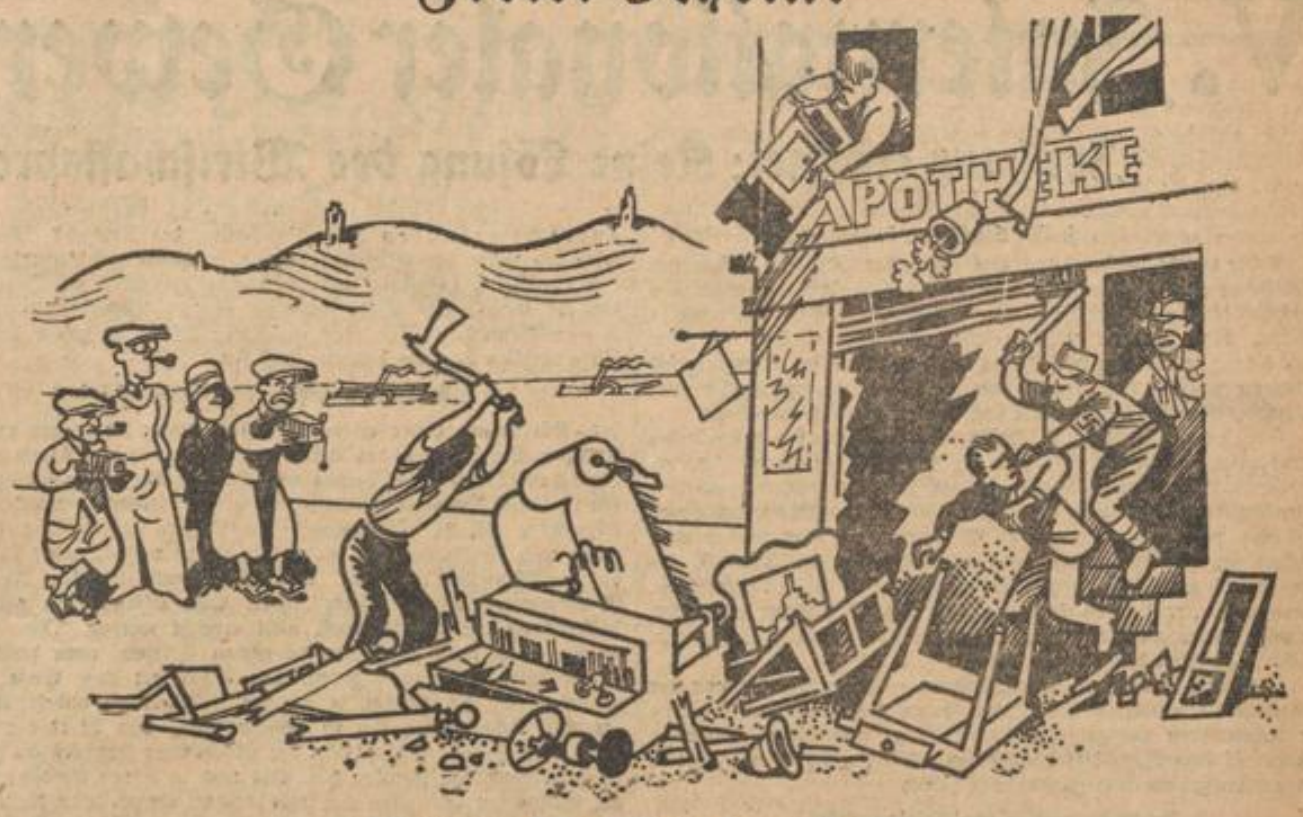
Der Generaldirektor der Raiffeisenbank.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und frühere Vizepräsident des Reichstags, Geheimer Justizrat Dietrich, ist gestern im Alter von 74 Jahren gestorben.

Dietrich stand als Generaldirektor der Raiffeisenbank im Mittelpunkt des Raiffeisenskandals, der monatelang den Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags beschäftigt hat. Ohne auf die Unterlassungssünden Dietrichs, die die Millionenbetrügereien des Russen Uralzeff erst ermöglichten, nochmals zurückkommen zu wollen, mutet doch der Uebereifer seiner politischen Freunde bei den Nachrufen etwas peinlich an. Was mögen wohl die geschädigten Raiffeisen-Genossen zu dem Nachruf des „Berliner Lokal-Anzeiger" sagen, der ausdrücklich die besonderen Verdienste des Verstorbenen um die Raiffeisengenossenschaften vermerkt? Noch peinlicher ist es allerdings, wenn sich in einen schwungvollen Nachruf der Druckfehlerteufel einschleicht, wie dies in dem anderen Hugenberg-Blatt, dem „Tag", passiert ist. Das Blatt schreibt: „. . . . Er entwickelte besonders auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Kreditwesens eine furchtbare Initiative."

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Freier Rhein?



Wann wird der Rhein davon frei?!

Der Lappo-Tag in Helsingfors.

Staatspräsident und Regierung machten mit!

Helsingfors, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Das Charakteristikum des Marsches der Lappo-Bauern auf Helsingfors war die Teilnahme des Reichspräsidenten Relander und der gesamten Regierung Svinhufvud an der Kundgebung auf dem großen Senatsplatz. Als der Reichspräsident erschien, reichte er den Führern der Lappobewegung demonstrativ die Hand. Mit dem Choral „Ein feste Burg ist unser Gott" wurde die Kundgebung eingeleitet. Dann bestieg der Führer der Lappobewegung, Konsola, die Tribüne zu einer kurzen Erklärung folgenden Wortlauts:

„Wir haben uns am 16. Mai 1918 auf diesem Platz versammelt und glaubten, daß unser Sieg über den Kommunismus endgültig sei. Aber wir haben die bittere Erfahrung machen müssen, daß die Landesverräter sich wieder breitmachen durften und von der Tribüne des Parlaments ihre aufrührerischen Reden hielten. So mußten wir wieder nach Helsingfors kommen, um dem Feind von damals den Kampf anzusagen. Vielleicht sind bei uns Fehler gemacht worden. Aber unser Ziel ist gut, und Gott ist mit uns."

Der Reichspräsident, stürmisch begrüßt, lobte insbesondere die vaterländische Gesinnung der Lappoleute. Die Vergangenheit müsse nunmehr vergessen werden, um an die Zukunft denken zu können. Die Kundgebung, an der sich auch ein großer Teil der Bevölkerung von Helsingfors beteiligte, war mit der Begrüßung des Reichspräsidenten beendet.

Die Vertreter der Lappobewegung überreichten der Regierung am Montag eine Entschließung, in der dem neuen Kabinett unter der Voraussetzung das Vertrauen ausgesprochen wird, daß der Kommunismus endlich restlos vernichtet werde.

Fricks neueste Abfuhr bei Gericht.

Er kennt das Republikschutzgesetz nicht.

Herr Frick hat nicht viel Glück bei der Justiz, besonders wenn er auf Grund des Republikschutzgesetzes sozialdemokratische Zeitungen schikanieren will. Die erste Rechtsbelehrung dieser Art erfuhr er, als das Reichsgericht sein Verbot der „Eisenacher Volkszeitung" glattweg aufhob. Die zweite Rechtsbelehrung über das Republikschutzgesetz erteilt Herrn Frick jetzt sogar eine thüringische Staatsanwaltschaft. Herr Frick hatte bei der Staatsanwaltschaft in Gotha den Genossen Bräuer-Erfurt wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz angezeigt, weil dieser als verantwortlicher Redakteur der Erfurter „Tribüne" in einem Artikel Herrn Frick als Putschisten und Hochverräter bezeichnet hatte. Jetzt teilt der Oberstaatsanwalt in Gotha dem Rechtsvertreter Bräuers, dem Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, mit, daß das auf Fricks Wunsch eingeleitete Strafverfahren eingestellt wurde, „weil ein Vergehen nach dem Republikschutzgesetz nicht nachzuweisen ist". Was Herr Frick bei einiger Ueberlegung und Rechtskenntnis sich hätte selbst sagen müssen.

Ein Sumpf.

Der Fall Nientimp zieht weitere Kreise.

Bochum, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Der Schwager des wegen Bestechung aus der Zentrumspartei ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten Nientimp, der Zentrumsstadtverordnete und Syndikus des Innungsausschusses, Ostwald, wird neuerdings ebenfalls großer Schiebungen beschuldigt. Er soll im Jahre 1923, zur Zeit der Ruhrbesetzung, mehrere 100 Millionen Mark Wohlfahrtskredite des Reiches für das Bochumer Handwerk zu seinem persönlichen Vorteil verwandt haben.

Unruhen in Bremen.

Berittene Polizei muß eingreifen.

Bremen, 7. Juli.

Bei einem Werbemarsch des Stahlhelm durch das Arbeiterviertel Gröpelingen wurde der Zug von Kommunisten, die bereits wenige Tage vorher durch Flugblätter zu Gewalttätigkeiten aufgefordert hatten, mit faulen Eiern, Bierflaschen und Stinkbomben beworfen.

Als die Kommunisten dann auch die Polizei angriffen, wurden sie von berittener Polizei auseinandergetrieben, fielen jedoch den Pferden in die Zügel, so daß die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Die Polizei nahm 25 Verhaftungen vor. Die Verhafteten werden sich wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben. Auf beiden Seiten gab es mehrere Schwerverletzte.

Sozialistische Befreiungsfeier.

Ein pfälzischer Arbeitertag.

Ludwigshafen, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Die Sozialdemokratie der Pfalz, die es abgelehnt hatte, an der offiziellen Befreiungsfeier der bayerischen Regierung teilzunehmen, veranstaltete am Sonntag eine eigene Befreiungsfeier in Form eines pfälzischen Arbeitertages. An der Kundgebung beteiligten sich die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, Sport- und sonstige kulturelle Arbeitervereine mit ihren Fahnen und Festwagen. Zehntausende umrahmten die Straßen, die der Zug passierte. In der Festhalle, die 10 000 Personen faßt, hielten Abg. Vogel-Berlin für die deutsche und Bracke-Paris für die französische Sozialdemokratie Ansprachen für Völkerverständigung und Völkerversöhnung. Gesangliche und sportliche Vorführungen umrahmten die Kundgebung.

Englische Bankwelt für Schutzzoll?

Ein aufgelegter Schwindel.

London, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Der „Daily Herald" meldet, daß die von der Beaverbrook-Presse sensationell aufgemachte und ausgeschlachtete Erklärung von 14 englischen Bankleuten zugunsten des Schutzzolles nicht den vollständigen Text des Manifestes enthalte. Wichtige Stellen, die die ganze Erklärung in ein anderes Licht setzen würden, seien der Oeffentlichkeit vorenthalten worden. Es könne außerdem keine Rede davon sein, daß die Erklärung, wie sie auch sei, die Ansicht der Mehrheit der Londoner Finanzwelt ausdrücke. Bestrebungen, diese Mehrheit zu einer Gegenerklärung zu veranlassen, seien bereits im Gange. Geheimnisvoll sei ferner die Art, wie die Unterschriften zu jenem Manifest zustandegekommen seien. Drei Unterzeichner seien erstaunt gewesen, als sie ihre Namen unter dem Dokument gefunden hätten, andere hätten nachträglich abschwächende Erklärungen abgegeben und Snowden habe lachend zu einem Auftrager gesagt, noch am 14. Mai hätten ihm die 300 wichtigsten Bankleute zugejubelt, als er erklärt habe, es sei Quacksalberei, die Krankheit der englischen Wirtschaft durch Schutzzölle kurieren zu können.

„Fortschritte" der Weltrevolution.

London, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Die englische Kommunistische Partei, die nach dem Generalstreik im Jahre 1928 12000 eingeschriebene Anhänger mustern konnte, ist inzwischen auf 3500 Mitglieder zusammengeschrumpft. Sie führt nur noch ein Scheindasein.

V. Internationaler Gewerkschaftskongreß

Jouhaux eröffnet: Keine Lösung des Wirtschaftsproblems ohne die Arbeiter!

J. St. **Stockholm**, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Heute wurde in dem wie aus mächtigen Quadern gehauenen Städtischen Konzerthaus von Stockholm der 5. Internationale Gewerkschaftskongreß eröffnet. In Abwesenheit des Vorsitzenden Citrine, der sich auf einer Erholungsreise befindet, eröffnete Jouhaux im Namen des Vorstandes des IGB. den Kongreß und bedauerte zunächst das Fernbleiben von Citrine und Leipart, die infolge Krankheit verhindert sind, am Kongreß teilzunehmen.

Jouhaux führte aus: Wenn wir in Gedanken zehn Jahre zurückgehen, so können wir uns die bittere Feststellung nicht ersparen, daß zwischen den damals gehegten Hoffnungen und den heute erzielten Resultaten eine Lücke klafft. Die Arbeiterbewegung fand auf ihrem Wege gewaltige Schwierigkeiten und immer neue Hindernisse, Wirtschaftskrisen von nie dagewesenem Ausmaß, die ihre Mittel schwächten und dem Gegner zum Vorteil gereichten. Gleichzeitig war sie den demagogischen Angriffen jener ausgesetzt, die unsere Bewegung spalteten, nachdem es ihnen nicht gelungen war, sie ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Immerhin kann man sagen, daß es gelungen ist, die von der Arbeiterschaft eroberten Stellungen gegen die gehässigen Angriffe der reaktionären und zersetzenden Kräfte zu verteidigen. Sicherlich gab es auf dem Wege dieses langen und heftigen Kampfes nicht nur Siege. Im großen und ganzen war jedoch

die Abwehraktion von Erfolg gekrönt.

Wir haben nicht nur einen Rückschlag verhindert, wir trugen auch zur Sicherung der Zukunft bei.

Die Arbeiterschaft kann sich nicht damit zufrieden geben, die Verwirklichung eines noch so schönen Ideals in unbestimmte Zukunft zu verlegen, sie muß sofortige Verbesserungen anstreben. In selbstbewußter und ruhiger Arbeit haben wir das Recht zu der Feststellung erworben, daß unsere Internationale neue Wege bereitet hat und daß es ihr gelungen ist, die Gedanken und Bestrebungen der Arbeiter in Tätigkeitsgebiete zu tragen, die für die Arbeiterschaft bis dahin als verschlossen galten. Die Wiedergeburt und Stärkung unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit stand unter dem Einfluß des Krieges. Deshalb kam auch an erster Stelle

die Gegnerschaft der Arbeiterklasse gegen den Krieg

zum Ausdruck. Sie meldete sich schon während des Krieges, gerade in einem Augenblick, wo durch dieses gewaltige Drama die internationalen Banden für Generationen gelöst erschienen und unsere Gegner über unsere Träume von weltweiter Verbrüderung lachten. In den schwierigsten Augenblicken der Nachkriegszeit ist es diese Erinnerung an eine spontane Annäherung einer Gedankengemeinschaft der durch die Grenzen von Feuer und Blut getrennten Arbeiter gewesen, die unseren Glauben an die Internationale aufrecht erhalten hat. Liquidation des Krieges? Niemand wird sich heute der offiziellen Formel bedienen und sagen wollen, daß der Krieg endgültig und vollständig liquidiert ist. Immerhin sind auf Grund des Einvernehmens der in Betracht kommenden Länder Grundlagen für eine gerechtere Regelung gelegt worden. Diese wichtige Tatsache bedeutet, daß sich

das Bild in zehn Jahren vollständig verändert

hat. Dürfen aus dieser erfreulichen Feststellung die langen und geduldigen Bemühungen des IGB. um eine gerechte Lösung des Reparationsproblems vergessen werden? Es sind die zuerst von den Arbeiterorganisationen in den Vordergrund gehobenen Grundsätze, die die Grundlagen der Reparationsregelung bilden, wenn auch die Anwendung dieser Grundsätze nicht in allen Punkten unseren Wünschen entspricht. **Das entscheidende Problem der Welt ist vorwiegend wirtschaftlicher Natur. Eine Lösung kann ohne die Mitwirkung der Arbeiterschaft nicht erreicht werden.** Ohne Wirtschaftsfrieden kann es keinen politischen Frieden, ohne politischen keinen Wirtschaftsfrieden geben. Der IGB. hat diese Wege zuerst gewiesen. Er hat gezeigt, in welcher Richtung die unbedingt notwendige Gesamtaktion sich zu bewegen hat. Das Werk der wirtschaftlichen Rearganisation, dem der Stockholmer Kongreß die größte Aufmerksamkeit zu schenken hat, steht noch in seinen Anfängen. Die auf Grund der Initiative der Arbeiterschaft eingeleiteten Bestrebungen sind nur Ansätze. Niemand unter uns wird die Größe der Hindernisse verkennen wollen und außer acht lassen, daß die Ueberwindung der Gegensätze der privaten Interessen keine leichte Aufgabe ist.

Die Arbeiterschaft hat eine ganze Reihe der bedeutendsten Probleme in Angriff zu nehmen:

Wirtschaftliche Richtlinien, sozialpolitisches Programm, Aktion zur Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens.

Gleichzeitig mit der Aufstellung wirklicher Organisationsbeschlüsse soll die ganze jetzige Lage überprüft und gezeigt werden, wie die Arbeiterbewegung die von ihr verlangten Schritte auffaßt. Nach zehn Jahren ernster und fruchtbarer Anstrengungen, nach unzähligen Schwierigkeiten, die uns gerade die bessere Umschreibung unserer Methoden und Ziele ermöglichen, kann diese ursprüngliche Auffassung nur Bestätigung finden. Weil sich die internationalen Aufgaben der Welt immer mehr aufdrängen, haben wir **die Ueberzeugung, daß die Gewerkschaftsbewegung, wenn sie will, den Platz einnehmen kann, nach dem sie auf dem von ihr bereiteten Wege der Gerechtigkeit und des Friedens strebt.** (Lebhafter Beifall.)

Johansson, der Vorsitzende des Schwedischen Gewerkschaftsbundes, heißt hierauf den Kongreß herzlichst willkommen. Er weist auf die Macht der Gewerkschaften hin und das allgemeine Interesse, das der Kongreß von Stockholm erregt. Der Gedanke des Sozialismus habe dazu beigetragen, die Entwicklung vorwärts zu treiben.

Dazu Licht und Luft dem Proletariat. Recht und Gerechtigkeit für alle!

Im Anschluß an die Begrüßung wurde den Delegieren des Kongresses ein ausgezeichnetes Konzert geboten. Dem Kongreß ging die

Konferenz der Internationalen Berufssekretariate

voraus. Die Konferenz beschäftigte sich in der Hauptsache mit einem Antrag Fimmen, den IGB. zu beauftragen, eine Studienkommission einzusetzen, um die Reorganisierung auf der Grundlage der internationalen Berufssekretariate oder diese unter der gewerkschaftlichen Landeszentrale vorzunehmen.

Dem Kongreß wohnten als Gäste u. a. Albert Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamts, und Friedrich Adler, Sekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationale, bei.

Der Abwehrkampf im Westen.

Noch wird gestreikt und verhandelt.

Bochum, 7. Juli. (Eigenbericht.)

Die Lage in dem Abwehrkampf der Gruppe Nordwest ist kaum verändert. Es streiken immer noch 7500 Mann, davon in Bochum 1350, in Mühlheim 1900, in Düsseldorf 1870, in Gelsenkirchen 2300 und in Essen 450. Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit, die überall im Gange sind, haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

Lehrlingszüchterei.

Wie sie in der Glasschleiferei betrieben wird.

Die Lehrlingszüchterei in den Betrieben der Berliner Hohlglasschleifereien treibt seit einiger Zeit tolle Blüten. Trotzdem in Berlin nur Kleinbetriebe bestehen, deren Gehilfen nur einige Wochen im Jahr Beschäftigung haben, werden immer mehr Lehrlinge eingestellt. So beschäftigt zum Beispiel eine Firma der Bleikristallindustrie in der Bergmannstraße **bei fünf Gehilfen zwölf Lehrlinge.**

Da die Gehilfen im Akkord arbeiten, finden sie wenig Zeit, sich um die Ausbildung der Lehrlinge zu kümmern. Es ist daher kein Wunder, daß nach abgelaufener Lehrzeit der Unternehmer dem Lehrling rät, noch mindestens ein halbes Jahr länger zu „lernen", weil er sich mit ihm nicht vor den Prüfungsmeister wagt. Warum hier die Handwerkskammer noch nicht eingeschritten ist, ist schwer zu verstehen.

Aehnliche Verhältnisse haben sich in der letzten Zeit in der Branche der Fassetten- und Buchstabenschleifer gezeigt. Hier hat ein förmliches Wettausbilden von Lehrlingen Platz gegriffen, wobei die sogenannten Großbetriebe den Vogel abschießen. Bei zehn bis zwanzig Gehilfen im Betriebe werden **durchschnittlich acht bis zehn Lehrlinge** „ausgebildet". Es gibt sogar einen Betrieb in Berlin, der bei einem Meister und einem Gehilfen acht Lehrlinge beschäftigt.

In den etwa 45 Glasschleifereien Berlins können bei voller Besetzung der Betriebe 150 bis 200 Schleifer untergebracht werden; am Orte sind aber außer den 56 Lehrlingen schon jetzt über 300 Gehilfen, von denen rund 70 Proz. arbeitslos sind. Wenn es auch dem Fabrikarbeiter-Verband gelungen ist, allzu große Auswüchse in der Lehrlingshaltung zu verhindern, so müssen die Eltern davor gewarnt werden, ihre Söhne den Beruf des Glasschleifers erlernen zu lassen, zumal die Unternehmer trotz jahrelanger Bemühungen der Organisation sich hartnäckig weigern, die Lehrlingsfragen tariflich zu regeln.

Wie die „Revolutionäre" lügen.

Die „Schiebung" im Virchow-Krankenhaus.

Nach der Betriebsratswahl im Virchow-Krankenhaus ergab sich, daß der Betriebsrat nicht neun, sondern zehn Mitglieder stark sein kann. Es wurde daher einstimmig beschlossen, also mit den Stimmen der mit vier Mann im Betriebsrat vertretenen Opposition, daß der Ersatzmann mit der höchsten Stimmenzahl in den Betriebsrat aufrückt.

Das hielt die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition" nicht ab, nachträglich in einem Flugblatt gegen diesen Beschluß loszulegen und wider besseres Wissen zu behaupten: „Durch Schiebung hat man Kentsch nachträglich zum Betriebsrat gemacht". Könnte wirklich von einer Schiebung die Rede sein, dann hätten die oppositionellen Betriebsratsmitglieder diese Schiebung mitgemacht.

Auch „revolutionäre" Lügen haben kurze Beine.

„Es muß mehr gebaut werden."

Zu dem Artikel mit dieser Ueberschrift in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts" (Nr. 311) teilt der Deutsche Baugewerksbund mit, daß die darin genannten Arbeiterverbände keine Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerverbänden eingegangen sind.

Gegen Lohnabbau und Sozialreaktion.

Beiratstagung des Fabrikarbeiter-Verbandes.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands hatte den Verbandsbeirat zu seiner 12. Tagung am 30. Juni nach Hannover einberufen. Die Tagung stand unter dem Eindruck der würdig verlaufenen Feier zum 40jährigen Bestehen des Verbandes. Im Mittelpunkt der Feier stand die Festrede des Genossen Brey. Fast alle freigewerkschaftlichen Zentralverbände, sowie der AfA-Bund, die Arbeiterbank, Bruderverbände des Auslandes, die Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiter, Staats- und Kommunalbehörden waren vertreten. Im Auftrage des ADGB. sprach Genosse Peter Graßmann anerkennende Worte für die gewerkschaftliche Arbeit des Fabrikarbeiterverbandes. Sehr bemerkt wurde die pessimistische Art, in der Graßmann die gegenwärtige krisenhafte Zuspitzung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse betrachtete. **Wenn es nach den herumschwirrenden Gerüchten ginge, würden die freien Gewerkschaften eine vielleicht noch größere Aufgabe bekommen als in den Märztagen 1920.**

Die brennenden sozialen Zeit- und Tagesprobleme, mit denen sich der Beirat beschäftigte, erinnere mit harter Deutlichkeit daran, daß der gewerkschaftliche Kampf heute nicht weniger notwendig ist, als vor vierzig Jahren bei der Gründung des Verbandes. Die kapitalistischen Mächte, die damals dem Aufstieg des Verbandes zähen Widerstand entgegensetzten, sie sind auch heute noch mit aller Energie bemüht, den sozialen Fortschritt aufzuhalten. Der Verlauf der Beiratstagung zeigt aber auch den festen Willen,

den Kampf mit aller Energie weiterzuführen.

Genosse Brey unterzog die sozialreaktionären Bestrebungen des Unternehmertums und der in ihrem Dienst stehenden Brüning-Regierung einer scharfen Kritik. Es ist ein verbrecherischer Irrtum jener Kreise, durch Lohnabbau, Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und der Krankenfürsorge zu einem Aufstieg der deutschen Volkswirtschaft und der Gesundung der Reichsfinanzen kommen zu wollen.

Nicht Lohnabbau, sondern Sicherung und Erhöhung der Kaufkraft, Arbeitsbeschaffung, Sicherung der Arbeitslosenunterstützung, Ausbau der Sozialpolitik,

das ist das Gebot der Stunde. Unter der Herrschaft der Truste, Syndikate und Kartelle werden die Lohn- und Gehaltsempfänger als Verbraucher vergeblich auf Preissenkung warten. In einer einstimmig angenommenen Entschließung, in der die wichtigsten sozial- und lohnpolitischen Forderungen des Verbandes, die sich aus der herrschenden Wirtschaftskrise ergeben, zusammengefaßt sind, erhebt die 12. Beiratstagung des Fabrikarbeiterverbandes

schärfsten Protest

„gegen die von dem organisierten Unternehmertum befürwortete Politik des Lohnabbaus. Sie spricht ihre Entrüstung darüber aus, daß der den Lohnabbau einleitende Schiedsspruch von Oeynhausen von dem Arbeitsminister Stegerwald, dem Führer der christlichen Gewerkschaften, verbindlich erklärt worden ist. Das ist kein Weg, der zur Besserung der Wirtschaft führt. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit macht die beschleunigte Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes, die Sicherung des Achtstundentages und die stärkste Einschränkung der Ueberstundenarbeit erforderlich. Darüber hinaus ist angesichts der fortgeschrittenen Rationalisierung

eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit

durch internationale Vereinbarungen anzustreben. Nicht Lohndrückerei, sondern Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Massen durch Senkung der Preise ist dringend geboten, Schaffung von Arbeitsgelegenheit, Sicherstellung der Leistungen der Sozialversicherung, insbesondere der Arbeitslosenversicherung und die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe bei angemessenen Unterstützungssätzen muß Zweck und Ziel der Sozialpolitik sein.

Der Beirat erblickt in einer starken einheitlichen, geschlossenen Organisation den Schutzwall gegen Lohndrückereien und fordert alle Kollegen und Kolleginnen auf, treu zu ihrer Organisation zu stehen und mit aller Energie an ihrem Ausbau mitzuarbeiten."

Ueber die Lohn- und Tarifpolitik berichtete der Tarifsekretär Graßmann, daß trotz der schweren Wirtschaftskrise es möglich war, in einer Reihe von Betrieben Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die hier und da aufgetauchten Versuche, Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, konnten abgewehrt werden. Tariferneuerungen erfolgten ohne Lohnabbau zu den bisherigen Löhnen. Die Industrien des Verbandsgebiets zeigen durchweg eine gute Rentabilität, z. T. sind die Gewinnabschlüsse sogar glänzend. Etwaige Lohnabbauversuche können nicht mit der schlechten Lage der Industrie begründet werden. Sie werden auch auf entschiedenen Widerstand beim Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands stoßen.

Brey berührte auch die Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Unternehmer und der Gewerkschaften, die auf Wunsch der Unternehmer geführt wurden. Gewerkschaftliche Richtschnur für die Verhandlungen war die

Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung,

Sicherung der Reallöhne und Ablehnung jeden Lohnabbaus. Alle Schlußfolgerungen der Unternehmerpresse und auch der kommunistischen Presse, daß eine neue „Arbeitsgemeinschaft" gegründet werden sollte, sind falsch. Die Verbindlichkeitserklärung des Oeynhauser Schiedsspruches hat die Gewerkschaften veranlaßt, die Verhandlungen, die unter Zustimmung des Bundesausschusses von der Leitung des ADGB. geführt wurden, abzubrechen, weil die Voraussetzung, unter denen diese Zustimmung gegeben wurde, nicht mehr vorhanden war. Der Beirat nahm im zustimmenden Sinne Kenntnis von dieser Information.

Der Kassenbericht des Hauptkassierers Rößler zeigte trotz Wirtschaftskrise und steigenden Aufwendungen für soziale Unterstützung eine sehr günstige Entwicklung der Verbandsfinanzen. Der Vermögensbestand der Hauptkasse ist im Jahre 1929 um 5½ Millionen **auf 14½ Millionen M. gestiegen** und der Vermögensbestand der Lokalkassen um 1½ Millionen auf 3½ Millionen M., trotzdem im Jahre 1929 7½ Millionen M. allein für soziale Unterstützungszwecke aufgewandt wurden.

Die am 1. Januar 1930 in Kraft getretene Invalidenunterstützung des Verbandes, über die das Vorstandsmitglied Adler berichtete, hat sich als eine gute soziale Tat erwiesen. Bereits

10 255 alte und arbeitsunfähige Verbandsmitglieder

beziehen die Invalidenunterstützung des Verbandes. Ein schöner Beweis dafür, was gegenseitige Hilfe und eine starke gewerkschaftliche Organisation zu leisten imstande ist.

Die Beiratstagung des Fabrikarbeiterverbandes zeigte den einmütigen Willen, auch künftig den Kampf für den weiteren Aufstieg des Verbandes mit aller Energie fortzusetzen. G. R.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Es spielen die Gruppen: **Süden, Südwesten:** Auf dem Sportplatz „Am Urban". — **Charlottenburg:** Sportplatz Jungfernheide. — Heute, Dienstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Treptow:** Gruppenheim, Schule Wildenbruchstr. 56—54 (Hortzimmer). Bunter Abend. — **Humboldt:** Jugendheim Braun- Ecke Lortzingstraße. Vortrag: „Faschismus in Europa". — **Spandau:** Gruppenheim, Städt. Jugendheim, Lindenufer 1. Vortrag: „Die Gewerkschaften im Ausland". — **Frankfurter Allee:** Städt. Jugendheim Litauer Str. 14. Aussprachebend. — **Landsberger Platz:** Gruppenheim Dietrichsweiler Str. 5. Vortrag: „Sozialismus und Kirche". — **Lichtenberg:** Jugendheim Pasteur Str. 22. Vortrag: „Arbeitsgerichtswesen". — **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Gustavstr. 44. Allerlei und Bundestägliches. — **Pankow:** Gruppenheim Pankow, Kissingenstraße 48. Vortrag: „Bursche und Mädel in der Jugendbewegung". — **Südosten:** Im Saal 11 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24—25, Reichstagssitzung in SO.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, sind folgende Veranstaltungen: **Lichtenberg:** Jugendheim Gunterstr. 44. Lichtbildervortrag: „Jugendwandern". Referent: Meyer. — **Nordwest:** Jugendheim Lehrter Str. 16—19. „Unser Stuttgarter Verbandstag." Referent: Heilbronn. — **Spiel und Sport:** Ab 19 Uhr auf der Wiese 7 im Treptower Park.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Pächer; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Magistrat bleibt bei seinem Etatentwurf.

Er leitet die Steuervorschläge an den Oberpräsidenten.

In seiner gestrigen außerordentlichen Sitzung hat sich der Magistrat Berlin eingehend mit der Frage beschäftigt, welche Folgen die Ablehnung des Etats durch die Stadtverordnetenversammlung hat und welche Vorschläge dem Oberpräsidenten zu unterbreiten sind. Gleichzeitig behandelte der Magistrat die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Haushaltsetat, die von seinen eigenen Vorschlägen abweichen.

Im wesentlichen ist der Berliner Magistrat bei seiner Etatvorlage geblieben. Der stellvertretende Stadtkämmerer Stadtsyndikus Lange hatte am Dienstag, dem 1. Juli, den Magistratsbeschluß für die Umlage — Verteilungsschlüssel — bekanntgegeben. Dieser Schlüssel brachte die Verteilung der Steuererhöhungen zum Zwecke der Deckung des Defizits in der Art, daß ein Zuschlag zur Grundvermögenssteuer von 240 Proz., zur Gewerbeertragssteuer von 535 Proz. und zur Lohnsummensteuer von 1225 Proz. in Vorschlag gebracht wurde. Die Gewerbesteuer wurde also um 110 Proz., die Lohnsummensteuer um rund 200 Proz. erhöht. Ausdrücklich wurde erklärt, daß der Magistrat der Befreiung aller Gewerbetreibenden mit einem Einkommen bis zu 5000 M. von der Gewerbesteuer nicht beitreten könne, weil der Beschluß den gesetzlichen Bestimmungen widerspräche. Die Vorschläge des Magistrats wurden von allen Fraktionen abgelehnt, die Gründe für die Haltung der Sozialdemokratie wurden von uns am vergangenen Freitag ausführlich dargelegt. Der erste Umlageverteilungsbeschluß des Magistrats der eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer von 200 auf 300 Proz., der Gewerbeertragssteuer von 425 auf 500 Proz., der Lohnsummensteuer von 1000 auf 1150 Proz. vorsah, kommt auch jetzt nicht mehr in Frage.

Als der Magistrat dieses Projekt fallen ließ, gab er einem Wunsche der Sozialdemokratie statt und es bestand Einmütigkeit in der sozialdemokratischen Fraktion, daß der neue Vorschlag diskutabel war, falls eine Mehrheit der Bürgerlichen ebenfalls zustimmen würde. Das geschah aber nicht. So fiel der Etat.

An seinen neuen Vorschlägen hat der Magistrat auch gestern festgehalten. Der Mehrzahl der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Etat ist der Magistrat beigetreten. Im ganzen ergibt sich nach den Magistratsbeschlüssen von gestern ein durch Steuererhöhungen zu deckender **Mehrbetrag von 7,334 Millionen Mark**, so daß sich der **ungedeckte Bedarf des Haushaltsplans von 49,194 auf 56,528 Millionen Mark erhöht.** Dieser Mehrbetrag ergibt sich hauptsächlich aus der Streichung der von der Stadtverordnetenversammlung vorgesehenen Mehreinnahme von 3,4 Millionen Mark bei der Gewerbeertrag- und Lohnsummensteuer. Außerdem revidierte der Magistrat seinen Beschluß vom 1. Juli über die Streichung der Ausgaben von 4,3 Millionen Mark zur Verstärkung des Betriebsmittelfonds der Stadthauptkasse. Diese Summe von 4,3 Millionen Mark sollte aus dem Erlös des Geschäfts mit dem Elektrizitätswerk Südwest entnommen werden. Schließlich nahm der Magistrat in Einzelfällen auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite des Etats Veränderungen vor, die im ganzen einen Minderbedarf von 400 000 M. ergeben.

Die Dinge liegen nun so, daß der Magistrat dem Oberpräsidium sowohl seine Steuerbeschlüsse zur Haushaltsvorlage wie auch zum Abschluß der Haushaltsberatung der Stadtverordnetenversammlung mitteilen wird.

Gleichzeitig will der Magistrat dem Oberpräsidenten von der Stellungnahme der Minderheit des Magistratskollegiums zu den letzten Vorschlägen Kenntnis geben. Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Haushalt wurden im letzten Amtsblatt im Protokoll veröffentlicht und umfaßten etwa 10 Seiten, so daß sich die Magistratssitzung bis in die Nachmittagsstunden hinein ausdehnte. Der stellvertretende Stadtkämmerer Stadtsyndikus Lange erstattete einleitend einen ausführlichen Bericht, dem eine langwierige Beratung folgte.

Das Wort hat jetzt das Oberpräsidium, das im Einvernehmen mit dem Magistrat über die Gestaltung des Berliner Etats beschließen wird.

Der Kampf um den Umsteigefahrschein.

Zum Zwischenfall auf Linie 28 E.

Ein Berliner Montagmorgenblatt berichtete über einen Zwischenfall auf der Linie 28 E, bei dem es infolge von Streitigkeiten zwischen dem Schaffner und einigen jugendlichen Fahrgästen zu Tätlichkeiten gekommen ist. Die BVG. teilt hierzu mit, daß die betreffenden Fahrgäste Umsteigefahrscheine besaßen, die bereits seit einer halben Stunde abgelaufen waren. Die Fahrscheine konnten in keinem Falle anerkannt werden. Trotz der Aufklärung durch den Schaffner, die in sachlicher Weise erfolgte, weigerten sich die Fahrgäste, neue Fahrscheine zu lösen und griffen den Fahrschaffner tätlich an. Das bedauerliche Vorkommnis hatte mit den neuen Tarifbestimmungen nichts zu tun. Es hätte sich auch bei dem früher in Geltung befindlichen Tarifsystem ereignen können. Im übrigen ist dem Fahrpersonal strengstens verboten, sich in Diskussionen einzulassen. Es ist angewiesen, das Publikum in höflicher und entgegenkommender Weise aufzuklären.

Die Abendausgabe des „Vorwärts" hatte, entgegen der hier angezogenen Darstellung eines bürgerlichen Blattes, bereits mitgeteilt, daß es sich um Fahrscheine handelte, die um 3.30 Uhr gelocht worden waren und noch um 5 Uhr benutzt werden sollten. Daraus ergab sich, daß die Fahrgäste diesmal im Unrecht waren, es sei denn, was am Sonntag und in den Zeiten der Verkehrsspitzen wohl möglich ist, daß sie eine Stunde haben warten müssen, weil ein vollbesetzter Wagen nach dem anderen an ihnen vorübergefahren ist. Ohne eine gewisse Liberalität seitens der Schaffner wird auch in Zukunft nicht auszukommen sein. Denn eine Fahrzeit von einer halben oder dreiviertel Stunde ist in Berlin nichts Ungewöhnliches und wenn dann nur ein vollbesetzter Wagen vorbeifährt, ist eine Stunde abgelaufen. Wie die BVG. mitteilt, wird die Inkraftsetzung der neuen Umsteigebestimmungen in allerkürzester Zeit erfolgen, da zu erwarten ist, daß die Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden schnellstens erteilt wird.

Durchstechereien beim Kammergericht.

Rechnungsbeamter verhaftet.

In der vergangenen Woche ist man in der Justizverwaltung durch eine unvermutete Revision schweren Verfehlungen beim Kammergericht in Schöneberg auf die Spur gekommen.

Eine Revision des dem Kammergericht zur Verfügung stehenden Materialbeschaffungsfonds ergab, daß mehrere 1000 Mark ohne ordnungsmäßige Belege zur Auszahlung gelangt waren. Durch Ermittlungen, die sofort von der Staatsanwaltschaft in die Wege geleitet wurden, konnte festgestellt werden, daß ein Rechnungsrevisor, also ein gehobener Beamter des mittleren Dienstes, der die Rechnungen zu prüfen und die Zahlungen anzuordnen hatte, den fehlenden Betrag im Laufe des Jahres 1929 an eine Lieferfirma auf Grundfingierter Rechnungen ausgezahlt hatte, daß also das Kammergericht dafür gar keine Waren erhalten hatte. Auf diese Weise ist, da diese Durchstechereien des öfteren erfolgten, die Rechnungsstelle des Kammergerichts um etwa 10 000 bis 20 000 Mark geschädigt worden. Der Beamte, dessen Name ebenso wie der der Lieferfirma noch geheimgehalten wird, ist sofort vom Dienst suspendiert und auf Grund eines Haftbefehls sofort festgenommen worden. Gegen den Inhaber der betreffenden Firma ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. Bei der Firma soll es sich um ein altes und angesehenes Berliner Haus, und zwar eine Buchhandlung handeln. Die Untersuchung dürfte in kürzester Zeit abgeschlossen werden, so daß sehr bald mit der Verhandlung gegen den ungetreuen Rechnungsbeamten zu rechnen sein dürfte.

Bootsunglück am Haveleck.

Graf Stolberg ertrunken.

Am Montag abend wurde auf dem Wannsee am Haveleck ein mit zwei Personen besetztes Faltboot, das ein Treibersegel gehißt hatte, von einer Böe erfaßt, so daß es kenterte. Während es dem einen Insassen gelang, schwimmend das Ufer zu erreichen, versank sein Begleiter, der sich gleichfalls durch Schwimmen zu retten versuchte, schon nach wenigen Augenblicken. Der Reichswasserschutz suchte die Havel, die an der Unfallstelle sehr tief ist, lange Zeit vergeblich ab. Die Bergungsversuche mußten schließlich bei Eintritt der Dunkelheit abgebrochen werden.

Nach den polizeilichen Ermittelungen ist der Ertrunkene ein 1902 geborener Graf Stolberg. Es kann sich demnach nur um Theodor Graf Stolberg, den Bruder des vor einiger Zeit wegen fahrlässiger Tötung seines Vaters verurteilten Christian Friedrich Graf Stolberg aus Jannowitz handeln.

Schlägerei mit Tanzvergnügen.

Homosexuelle gegen Schupo.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist es im Ausflugsrestaurant „Waldhaus" in Rauchfangswerder bei Schmöckwitz zu recht unliebsamen Vorfällen gekommen, die zur Zeit noch Gegenstand eingehender Ermittelungen sind.

Gegen 11 Uhr abends trafen dort etwa 250 bis 300 Mitglieder der Fahrbereitschaft Mitte der Berliner Schutzpolizei ein, um draußen ein Sommernachtsfest zu feiern. Einige Zeit später legte ein zweiter aus Berlin kommender Dampfer am „Waldhaus" an, dem eine große Zahl von Fahrgästen entstieg. Es handelte sich um Mitglieder des „Bundes für Menschenrechte", einer Organisation von Homosexuellen. Mehrere von ihnen befanden sich in Frauenkleidern. Bald entstanden zwischen den beiden Gruppen Reibereien, die schließlich in Tätlichkeiten ausarteten. Nach der Behauptung des Gastwirts sind es die Schupobeamten gewesen, die den Streit entfacht hätten. Dagegen hat der Leiter der Fahrbereitschaft Mitte, Major Sander, seiner vorgesetzten Dienststelle einen ausführlichen Bericht übermittelt, nach dem die Vorfälle erheblich anders waren. Das Benehmen der „Menschenrechtler" den Frauen und jugendlichen Angehörigen der Beamten gegenüber sei von Anfang an skandalös und überaus peinlich gewesen. Nach einigen Auseinandersetzungen wurde eine Art Burgfrieden geschlossen, wonach jede Partei ihren Saal aufsuchen sollte. Als die Polizisten dann gegen 3 Uhr abfuhren, wurden sie von den Homosexuellen mit Steinen und Schlamm beworfen. Der Dampfer mußte unglücklicherweise nochmal anlegen, da sich drei Beamte verspätet hatten. Hierbei kam es dann abermals zu Tätlichkeiten, wobei als erster Major Sander mit einem Gartenstuhl zu Boden geschlagen wurde. Bei der nun entstehenden Prügelei wurde Polizeiwachtmeister Waldow durch einen Messerstich leicht und Polizeimeister Gilsing so schwer verletzt, daß er ins Köpenicker Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die Behauptung eines Berliner Boulevardblattes, daß Offiziere der Fahrbereitschaft Beamte des alarmierten Ueberfallkommandos zu Boden geschlagen hätten, wird von Major Sander als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

SINCLAIR LEWIS

16]

DER ERWERB

ROMAN

„Huh — die verstehen das aber nicht. Die glauben das nur, weil ich sie manchmal unters Kinn fasse. Dieses technische Zeug liegt mir nicht . . . O Gott! Was wird das wieder für ein Abend werden! . . . Sind Sie von hier?"

„Nein; aus Pennsylvanien."

„Haben Sie Verwandte hier?"

„Meine Mutter wohnt mit mir."

„Das ist nett. Ich werde Sie beide nächstens einmal in ein Zwanzig-Cents-Varieté führen, wenn Sie wollen . . . Muß mich doch dankbar zeigen dafür, daß Sie es trotz der Unordnung bei mir aushalten . . . O Gott! Schöner Abend — in einer Abfütterung essen zu müssen, mit einer Zeitung als Gesellschaft. Na — gute Nacht und viel Vergnügen."

An diesem Abend nach dem Essen, mitten im üblichen Wettergespräch, warf sich Una plötzlich zur großen Ueberraschung der Mutter laut schluchzend in die Sofakissen.

Das ganze Leben Walter Babsons stand ihr nach jenen zwei oder drei Sätzen mit einem Male klar vor Augen.

3.

Amerika hat eine Unmenge François Villons (berühmter französischer Zigeuner und Dichter). Eine erstaunliche Anzahl von Amerikanern, die der literarische Kitzel plagt, verstehen es, aus diesem Uebel einen Lebensunterhalt zu machen. Sie schreiben Kinostücke und fabulieren für Zeitschriften, die immer noch die Detektivgeschichte für den Höhepunkt echter Kunst halten. Sie versammeln sich in Wohnungen, die ein Parfum von Weiblichkeit haben, um über sexuelle Dinge zu debattieren oder in lärmenden Gruppen, um Poker zu spielen. Sie scheinen im literarischen Schaffen kaum etwas anderes zu sehen als die Möglichkeit, regelmäßigen Bürostunden zu entgehen. Unterhalb dieser Schicht von Menschen, die so erfolgreich sind, daß man manchmal ihre Namen gedruckt sehen kann, findet sich die Schar junger Leute, die sich brennend danach sehnen, zu schreiben. Eben nur zu schreiben — nicht etwa irgend etwas Bestimmtes; nicht, um einen bestimmten Gedanken auszudrücken, sondern um Literaten zu sein, Bohemiens, um mit schlanken, jungen Schriftstellerinnen, die es mit der Moral nicht allzu genau nehmen, tanzen zu können, und um fidele Kerle zu sein und freie Seelen. Einige von ihnen sind auch Dramatiker mit unaufgeführten Stücken; einige machen Gedichte in freien Rhythmen, die ebenso frei sind wie die Geistesprodukte der regelrecht konzessionierten Dichter. Einige schreiben Kurzgeschichten: schlagend, ein wenig biologisch und sehr gegen jede Konvention. Einige sind auf allen Gebieten bewandert; sie sind die ewigen Anwärter auf Stellen als Bücherrezensenten, Theaterkritiker oder Lektoren, da sie nun einmal den naiven Glauben hegen, daß diese Beschäftigungen weder Mühe kosten noch Vorkenntnisse erfordern und es einem ermöglichen, „nebenbei auch noch zu schreiben". Inzwischen verdienen Sie ihren Lebensunterhalt als untergeordnete Redakteure an Fachzeitungen, im Dienste von Wohltätigkeitsvereinen oder als Berater eines literarisch ungebildeten Literaturagenten.

Zu diesen Literaturproleten gehörte auch Walter Babson. Er fühlte, daß er ein Dichter sei, obwohl keines seiner Gedichte je angenommen worden und obwohl er niemals über das erste Kapitel irgendeines seiner Romane hinausgekommen war, oder über den ersten Akt eines seiner Theaterstücke (deren Hauptpersonen stets Schriftsteller waren, die eine entfernte Aehnlichkeit mit Walter Babson hatten).

Er unterschied sich von seinen Kollegen dadurch, daß es ihm mit jedem Jahre klarer wurde, wie wenig Talent er eigentlich besaß; daß seine Sachen schlecht aufgebaut und inhaltsarm waren; daß er sich in den gewöhnlichen grauen Kerker eines Büros werde flüchten müssen — sobald er erst Herr seiner chaotischen Wünsche werden könnte. Bisweilen haßte er sich geradezu: wegen seines Egoismus, seines verderblichen Hanges zum Trinken, zur Faulheit und zu Weibern und seiner unoriginellen Versuche auf literarischem Gebiet. Aber niemand wußte, wie sehr er auf langen, einsamen Spaziergängen im Regen und unter wildem Auf- und Abschreiten in seinem möblierten Zimmer gegen sich wütete. Anderen gegenüber tat er herausfordernd selbstsicher und ungeheuer eingebildet und machte lärmend die Welt für seine Mißerfolge verantwortlich.

Walter Babson war in Kansas geboren. Sein Vater war Farmer und Tierarzt gewesen, ein starker Trinker und ein überspannter Mensch, der sich jeder radikalen politischen Bewegung anschloß. Erst in der ländlichen Elementarschule — in genau einer solchen wie die, in der Una unterrichtet hatte — und dann in der Mittelschule der Nachbarstadt hatte Walter alle Preise für Schulaufsätze und Redeübungen gewonnen und eine Menge über Cäsar und Shakespeare und George Washington gelernt. Auch Biertrinken und Rauchen hatte er ganz ausreichend gelernt und einige Erfahrungen im Verführen der Mädchen gesammelt, die sich kichernd auf dem kleinen Bahnhof herumtrieben. Aus der Mittelschule riß er aus und schlug sich dann, in seinen glorreichsten Jahren, durchs Leben, erst den Mississippi hinunter und dann den Rio Grande hinauf, weiter bis Alaska und wieder hinunter nach Costa Rica, Kumpan und Spaßmacher für Vagabunden, Matrosen, Hafenarbeiter und Goldgräber, Cowboys, Schankwirte und Inhaber kleiner Zeitungen. Er lernte setzen und eine Druckerpresse bedienen, dann kehrte er nach Kansas zurück und arbeitete bei einem Provinzblättchen, studierte abends Literaturgeschichte und machte einen Vorbereitungskursus für die Aufnahme in die Universität. Zu dieser Zeit hatte er die nicht völlig neue Idee, daß er doch imstande sein müßte, aus all seinen Erlebnissen und den gesammelten Erfahrungen eine Menge guter Bücher zu machen. Tatsächlich aber hatte er keine Erlebnisse, weil ihm der Instinkt für das Schöne fehlte. Ein Beweis hierfür war, daß er mit feierlichem und respektvollem Ernst ein elendes kleines Fachblatt für Skribenten las, das die Schriftstellerei darauf beschränkte, wie man durch Belieferung der Redaktionen mit billigen, doch geschickt gemachten Notizen zum Füllen der Zeitungsspalten seinen Lebensunterhalt bestreiten könne. Die Zeitschrift „Wäsche und Leben" suchte kurze, prickelnde Artikel mit Schmiß; insbesondere pikante Geschichten über Malermodelle, Grisetten usw. Die „Wanderlust" hatte Bedarf an Erzählungen mit kernigem Humor, der jedem waschechten Amerikaner zusagte; nichts Psychologisches, nichts Europäisches, keine Probleme und keine Liebe. Der „Plymouther Gebirgsfreund" kündigte an, daß er jede Woche Verwendung hätte für ein gutes, lebendiges Gedicht, das von Land und Bauern handelte; unanstößig und originell.

(Fortsetzung folgt.)

Konsumverein unter zweierlei Recht?

Befremdendes Urteil der 12. Zivilkammer des Landgerichts I.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat sich auf seiner diesjährigen Tagung in Lübeck mit der gegen die Konsumvereine gerichteten Rechtsprechung beschäftigt. Es wurden dort zahlreiche Urteile vorgetragen, die nur daraus erklärt werden können, daß im Unterbewußtsein bei den Richtern eine Abneigung gegen die Konsumvereine mitspricht. Aehnliches wurde auch auf der diesjährigen Tagung des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine in Swinemünde behauptet und in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, „daß die betreffenden Richter mehr oder weniger einer Beeinflussung unterlegen sind, die auf die Agitation politischer und wirtschaftlicher Gegner der Konsumvereine zurückzuführen ist".

Die zweifellos vorhandene Abneigung mancher bürgerlicher Richter, die durch die Hetze der Mittelständler verstärkt wird, macht sich die Kommunistische Partei in ihrem Kampf gegen die Konsumvereine zunutze. Die Kommunisten, die in ihrer Partei nach keinerlei Formvorschriften fragen, haben in den letzten Jahren z. B. verschiedene Prozesse gegen die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend geführt. Einige dieser Prozesse haben die Kommunisten gewonnen. Die Gerichte haben ihnen zwar nicht sachlich Recht gegeben, aber aus dem Wust von Formvorschriften einige herausgefunden, mit deren Hilfe die Kommunisten Recht bekamen. Da Treu und Glauben für die Kommunisten nicht ausschlaggebend sind, hat nachher selbstverständlich die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend noch größeren Wert auf die Beachtung aller Formvorschriften gelegt, die sich in ihrer Satzung befinden oder die durch das Gesetz vorgeschrieben sind. Wollte man sich nicht weiteren Klagen wegen Verletzung der Formvorschriften aussetzen, so blieb auch nichts anderes übrig. Daraufhin haben die Kommunisten ihre Taktik geändert und nunmehr geklagt, daß ihnen durch die Einhaltung der Formvorschriften Schwierigkeiten gemacht würden.

Die 12. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin hat daraufhin tatsächlich vor kurzem die letzten Wahlen der Generalversammlungsvertreter für ungültig erklärt, weil die Formvorschriften der Satzung in jedem Punkt eingehalten worden sind.

So plump ist das Landgericht natürlich nicht, daß es sein Urteil mit diesen Worten begründet hätte. Es sagt nämlich, es sei in früheren Fällen — nämlich bevor dasselbe Gericht die Konsumgenossenschaft wegen Nichteinhaltung von Formvorschriften verurteilt hatte — nicht ganz genau auf die Wahrung der Form geachtet worden. Deswegen sei es unbillig, jetzt auf der Einhaltung der Satzung zu bestehen. Dadurch, daß früher Formvorschriften nicht ganz genau beachtet worden seien, seien sie außer Kraft getreten. Es ist auch hier so, wie der Berichterstatter Kasch auf dem Genossenschaftstag in Lübeck sagte: die Konsumvereine können es machen, wie sie wollen, verurteilt werden sie auf alle Fälle.

Die Argumente des Landgerichts sind im Rechtsleben neu. Oder hat man jemals etwas davon gehört, daß ein Mörder oder ein anderer Verbrecher seine Freisprechung verlangt und sie damit begründet hat, daß die Strafgesetze außer Kraft getreten seien, weil sie vorher von anderen übertreten worden sind? Ebensowenig wie ein Gesetz außer Kraft tritt, nachdem es von irgendwem übertreten worden ist, ebensowenig kann die Satzung einer Körperschaft dadurch automatisch außer Kraft treten, daß sie von irgendwem in irgendeiner Weise verletzt worden sei. Die Satzung einer Genossenschaft kann nur durch eine Generalversammlung beschlossen werden. Sie wird vom Genossenschaftsrichter geprüft und von ihm eingetragen. Solange die Generalversammlung nicht eine Aenderung beschließt, besteht die Satzung weiter. Die Satzung ist für wirtschaftliche Unternehmungen mit 200 000 Mitgliedern und einem Jahresumsatz von 80 Millionen Mark das Fundament. Dieses Fundament kann sich nicht von selbst, ohne ausdrückliches Zutun der dafür eingesetzten Körperschaften, ändern. Andernfalls würde eine völlige Rechtsunsicherheit eintreten. Die Satzung soll aber das Fundament und die Rechtssicherheit schaffen, soweit nicht beides schon durch das Gesetz gegeben worden ist.

Die Abneigung der 12. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin gegen die Konsumvereine ergibt sich aber auch dadurch, daß sie der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend den weiteren Rechtsweg, nämlich die Berufung beim Kammergericht und gegebenenfalls die Revision beim Reichsgericht abzuschneiden sucht.

Theoretisch ist dies natürlich unmöglich, aber das Landgericht will dies praktisch dadurch erreichen, daß es sein Urteil, das die nochmalige Vornahme der Wahl der Generalversammlungsvertreter vorschreibt, ungewöhnlicherweise gegen eine Sicherheitsleistung in Höhe von 2000 Reichsmark für vorläufig vollstreckbar erklärt hat. Würde dem Urteil entsprochen, so würde eine neue Vertreterversammlung amtieren. Wird aber das landgerichtliche Urteil, was mit Sicherheit anzunehmen ist, vom Kammergericht aufgehoben, dann würde die neue Vertreterversammlung unberechtigt und ihre Beschlüsse würden ungültig sein. Es hätte die frühere Generalversammlung, die das Landgericht als zu Unrecht gewählt betrachtet, wieder in ihr Amt einzutreten. Das wäre eine tolle Konfusion. Man muß annehmen, daß die 12. Zivilkammer des Landgerichts I nicht so weltfremd ist, daß sie diese Konsequenzen nicht absehen könnte. Wenn sie diese Konsequenzen aber offenbar heraufbeschwört, so wird sich der Unparteiische seine eigenen Gedanken darüber machen.

Die Kommunisten nutzen die bürgerlichen Richter für sich aus. Darüber braucht man sich nicht zu wundern. Auf einem ganz anderen Gebiete, nämlich dem der Politik, arbeiten ja die Extreme rechts und links auch oft zusammen. Im Kampf gegen die Arbeiterorganisationen, zu denen auch die Konsumvereine gehören, ist den Kommunisten jedes Mittel recht. Sie verbrüdern sich auch mit der Klassenjustiz, die sie gar nicht genug schmähen können, wenn sie selbst deren Opfer sind. Es wäre aber unrecht, ohne weiteres vorauszusetzen, daß das falsche landgerichtliche Urteil bestehen bleibt. Man darf vom Kammergericht ohne weiteres erwarten, daß es die Dinge objektiv beurteilen wird.

Internationale Genossenschaftsfeier.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend veranstaltete in Würdigung des alljährlich um diese Zeit stattfindenden Internationalen Genossenschaftstages am Sonnabend abend im großen Saal der Philharmonie eine Genossenschaftsfeier, zu der die Geladenen, im wesentlichen die ehrenamtlichen Funktionäre der Genossenschaft, trotz der gewaltigen Hitze in großen Scharen herbeigeeilt waren. Der Saal bot ein feierliches Bild. Von den Emporen wallten die Fahnen der Genossenschaftsinternationale und der Berliner Konsumgenossenschaft.

Auf dem Podium hatte der Berliner Volkschor vollzählig Aufstellung genommen. Im Vordergrund das Berliner Sinfonie-Orchester, das die Feier mit dem Vorspiel aus den „Meistersingern" eröffnete und den ersten Teil mit der Apotheose aus derselben Oper in Gemeinschaft mit dem Berliner Volkschor schloß. Der künstlerische Höhepunkt des Abends war aber R. Kahns Kantate „Befreiung", im April dieses Jahres im Großen Schauspielhaus in Berlin uraufgeführt. Das Werk beginnt mit dem aus tiefem Pessimismus sich lösenden Ruf nach der befreienden Tat und endet in einem machtvoll sich steigernden menschheitsumfassenden Aufblick. Der Dirigent, Dr. Zander, hatte Chor und Orchester zu einer staunenerregenden Einheit zusammengeschweißt und baute das Riesenwerk Kahns mit monumentaler Wucht vor der hingerissenen Zuhörerschaft auf. Dr. Zander sowohl wie der Tenor Alfred Wilde und der anwesende Komponist Kahn wurden lebhaft gefeiert. Besonderer Dank gebührt auch dem Berliner Volkschor und dem Berliner Sinfonieorchester für ihre hingebenden Leistungen. Das war künstlerischer Dienst am Volk durch das Volk selber.

Die Festansprache hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Heinrich Peus aus Dessau, der Senior der deutschen Konsumgenossenschaft, ein Jüngling in weißen Haaren, der heute wie vor 30 Jahren mit Begeisterung seinem Ideal dient. Peus wies mit eindringlichen Worten darauf hin, daß sich die Feinde des sozialistischen Genossenschaftsgedankens in bedrohlicher Weise zusammengeschart haben, um die Konsumgenossenschaften zu vernichten. „Was kann", so rief er aus, „anderes übrig bleiben, als an Stelle einer auf der ganzen Linie versagenden und zusammenbrechenden privaten Profitwirtschaft eine klug abwägende Bedarfsproduktion zu setzen, wie die Genossenschaft sie errichten will?" In einem geschichtlichen Rückblick schilderte er treffend die Widerstände, die die Genossenschaftsbewegung in Berlin noch zu einer Zeit fand, als sie im Reich, besonders in Hamburg, wo Adolf von Elm sie mächtig förderte, großartig aufstieg, und gedachte in ehrenvollen Worten, freudig bewegt der großen Verdienste, die Eduard Bernstein sich mit seinem Einsetzen für den Revisionismus zugleich auch für den Sozialismus der Tat, die Konsumgenossenschaft, erworben hat. Peus erreichte den Höhepunkt seiner Ausführungen, als er ausrief: „Wir müssen der Bevölkerung zum Bewußtsein bringen, daß die Ordnung, die wir schaffen, dem ganzen Volk dient. Wir müssen der Welt zeigen, daß der Sozialismus, den wir erstreben, aus der Welt von heute herauswächst.

•

Aus Anlaß des 8. internationalen Konsumgenossenschaftstages hat das genossenschaftliche Kaufhaus in der Oranienstraße den Werdegang und glanzvollen Aufstieg des Unternehmens im Schaufenster dargestellt. Eine buntfarbige Statistik gibt dem Publikum zahlenmäßig ausführlichsten Geschäftsbericht, angefangen vom Jahr 1924 bis heute; einige Zahlen daraus seien hier erwähnt: In 35 Ländern zählt die Genossenschaft 50 000 000 Mitglieder, davon entfallen allein auf Berlin 200 000. Die Sparkasseneinlagen sind von 6 Millionen im Jahre 1924 auf 45 000 000 im Jahre 1929/30 angewachsen. Die Rückvergütung an Mitglieder von 500 000 Mark (1924) auf 3 200 000 M. (1929/30). Die Umsätze der KGB. betrugen im Jahre 1924 28 000 000 M. und sind jetzt auf 80 000 000 M. angewachsen, die der GEG. von 168 000 000 M. (1924) auf 502 000 000 M. im Jahre 1929/30. Die Mitgliederzahl hat sich von der Anfangsziffer von 2628 auf 39 000 erhöht. Ein anderes Schaufenster zeigt in gutgelungenen, im eigenen Atelier angefertigten Modellbauten das Kaufhaus vor und nach dem Erweiterungsbau; das Publikum erhält damit ein klares, übersichtliches Bild über die überaus ersprießliche Arbeit dieser gemeinnützigen Institution.

Geständnis im Meußdörffer-Prozeß.

Das Rätsel von Kulmbach.

In Bayreuth begann am Montag der Prozeß gegen die beiden Arbeiter Schuberth und Popp, die angeklagt sind, am Tode der Gattin des Kommerzienrats Meußdörffer schuldig zu sein.

Der Angeklagte Schuberth gibt eine Schilderung der Vorgänge in der Mordnacht. Dabei stellt sich heraus, daß die Angeklagten auch in den Jahren 1927 und 1928 schon Einbrüche in der Villa Meußdörffer verübt haben. In der Mordnacht selbst sind Schuberth und Popp am Blitzableiter der Villa zu dem im ersten Stock befindlichen Balkon hinaufgestiegen. Als Frau Meußdörffer nach einiger Zeit durch ihr Schlafzimmer in das daneben gelegene Badezimmer ging und die Schlafzimmertür offen ließ, schlichen sich die Angeklagten durch das Schlafzimmer in das Zimmer des Kommerzienrats und warteten dort ab, bis Frau Meußdörffer zu Bett gegangen war. Nach einer Weile hörten sie, daß der Kommerzienrat nach Hause gekommen war, stürzten sich auf die schreiende Frau Meußdörffer und steckten ihr einen Knebel in den Mund. Auf die Frage der beiden Einbrecher deutete Frau Meußdörffer an, daß sich ihr Haushaltsgeld unten im Buffet befinde. Da sich inzwischen in dem Zimmer, in dem das Büfett stand, Meußdörffer befand, verschwanden die beiden Einbrecher durch die Balkontür auf die Straße. Im Zimmer der Frau Meußdörffer war unterdessen das elektrische Licht eingeschaltet worden. Meußdörffer mußte also den Ueberfall auf seine Frau bereits entdeckt haben. Die beiden geflüchteten Einbrecher nahmen deshalb an, daß er sofort die Polizei alarmieren werde.

An dieser Stelle der Schilderung drückt der Vorsitzende sein Erstaunen darüber aus, daß Meußdörffer nicht gleich die Polizei benachrichtigt hätte, obwohl dies doch selbstverständlich hätte erscheinen müssen. Der Angeklagte Schuberth fügt hinzu, es sei nicht seine Absicht gewesen, Frau Meußdörffer zu töten oder zu quälen. Er und Popp hätten Frau Meußdörffer lediglich durch den Knebel zum Schweigen bringen wollen. Der Tod der Frau tue ihnen leid, und es sei eigentlich unerklärlich, wie durch den Knebel der Tod herbeigeführt worden sei.

2 200 000 Berliner am Sonntag unterwegs.

60 000 Besucher im Zoo.

Der erste Feriensonntag brachte dem Zoologischen Garten, der am Sonntag seine Pforten zu volkstümlichen Eintrittspreisen geöffnet hielt, einen Ansturm der Daheimgebliebenen. Rund 60 000 Zahlende Besucher passierten die Sperren. Im übrigen wurden 1 900 000 Personen mit der reichsbahneigenen Stadt-, Ring- und Vorortbahn und 2 487 000 Fahrgäste mit den städtischen Verkehrsmitteln befördert, davon entfallen auf Straßenbahn 1 611 000, auf Autobus 452 000 und auf Hoch- und Untergrundbahn 424 000. Insgesamt sind 4 400 000 Fahrkarten ausgegeben und somit über 2 200 000 Berliner in Hin- und Rückfahrt befördert worden.

Fort mit den politischen Rowdys

Aufmarsch des Reichsbanners.

Der Ortsverein Tiergarten des Reichsbanners Schwarzrotgold hatte am Sonnabend die republikanische Bevölkerung zu einer Protestkundgebung gegen die Nationalsozialisten aufgerufen. Im Kleinen Tiergarten sammelten sich die Teilnehmer. Als um ¾8 Uhr der Landtagsabgeordnete Genosse Otto Meier das Wort nahm, war der Kleine Tiergarten bis an den Straßenrand von einer nach tausenden zählenden Menge besetzt. Genosse Otto Meier führte unter gespanntester Aufmerksamkeit seiner Zuhörer aus, daß sich alle anständigen Menschen gegen das politische Rowdytum verbünden müßten, wenn es in Deutschland nicht so weit kommen soll, daß politische Meinungsverschiedenheiten nur noch mit dem Messer ausgetragen werden. Reich und Staat haben schon zu lange untätig und mit zu großer Geduld dem Treiben der Nationalsozialisten zugesehen. Wir Republikaner verlangen nun endlich, daß auch die Behörden alle Machtmittel des Staates einsetzen, um das politische Rowdytum zu beseitigen. Die preußische Regierung hat mit ihrem Erlaß, daß Beamte nicht Nationalsozialisten sein dürfen, den Anfang gemacht. Es geht nicht an, daß Männer, die den Eid auf die Verfassung geleistet haben und republikanische Arbeit leisten sollen, Anhänger einer faschistischen, republikfeindlichen Organisation sind. Nach der oft von Beifall unterbrochenen Ansprache marschierten die Kameraden durch die Straßen des Bezirks Tiergarten.

53 Tote in Lübeck!

Lübeck, 7. Juli.

Wie das Lübecker Gesundheitsamt am Montag mitteilt, hat sich die Zahl der Todesopfer unter den mit dem Calmette-Präparat genährten Säuglingen von Sonnabend bis Montag um drei weitere Fälle auf 53 erhöht. Krank sind noch 66 Säuglinge.

Erstickungstod beim Dachstuhlbrand.

Ungeklärter Tod eines jungen Arbeiters.

Am Sonntag nachmittag wurde die Feuerwehr nach der Sonntagstraße 26 in Lichtenberg gerufen, wo der Dachstuhl des Vorderhauses in Flammen stand.

Die Feuerwehr rückte auf den Alarm Großfeuer mit fünf Löschzügen an. Die Flammen hatten auch auf den Dachstuhl des Seitenflügels übergegriffen und fanden an dem ausgetrockneten Dachgebälk und dem Inhalt der Bodenverschläge reiche Nahrung. Man mußte alle Kräfte aufbieten, um eine noch größere Ausdehnung des Feuers zu verhindern. Erst um 18 Uhr war der Brandherd eingekreist, und die Ablösungs- wie Aufräumungsarbeiten konnten vorgenommen werden. Als die Feuerwehrleute die zum größten Teil ausgebrannten Wohnräume betraten, fanden sie den 26jährigen Arbeiter Herzau in einem völlig verqualmten Verschlag, der vom Feuer verschont geblieben war, bewußtlos auf. Herzau, der eine schwere Rauchvergiftung erlitten hatte, wurde nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht, wo er aber bald nach seiner Aufnahme gestorben ist.

Bisher konnte nicht ermittelt werden, was Herzau, der im selben Hause bei seinen Eltern wohnte, auf dem Boden zu tun hatte.

Hilflos auf die Straße gesetzt.

Eine verworfene Revision.

Leipzig, den 7. Juli.

Das Landgericht Düsseldorf hatte am 22. März 1930 wegen Aussetzung einer durch Leuchtgasvergiftung bewußtlos gewordenen Frau den Assistenz-Zahnarzt Heinrich Mohr zu 2½ Jahren Gefängnis, den Chauffeur Alberky zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legten die Angeklagten Revisionen ein.

Die Revisionen machten geltend, die Frau sei ohnehin Todeskandidatin gewesen und der Tod sei auch nach den Feststellungen der Vorinstanz auf die Leuchtgasvergiftung zurückzuführen. In der Revisionsverhandlung, die am 7. Juli 1930 vor dem dritten Strafsenat des Reichsgerichts stattfand, beantragte der Reichsanwalt Verwerfung der Revisionen. Die Frau sei von den Angeklagten in hilfloser Lage zurückgelassen worden. Damit sei der Tatbestand der Aussetzung ohne Rücksicht darauf erfüllt, ob der Tod der Frau auch sonst eingetreten wäre.

Der Senat schloß in Ergebnis und Begründung sich der Auffassung des Reichsanwaltes an.

Paul Hoffmann in Britz feierte gestern seinen 60. Geburtstag. Im Dienste der Partei finden wir ihn schon als blutjungen Tischlergesellen, noch während der Zeit des Sozialistengesetzes in Langenöls und Görlitz in Schlesien. Den richtigen Boden für seine Tätigkeit fand er aber erst in dem Berliner Vorort Rixdorf. Jahrelang war er dort Schriftführer des Sozialdemokratischen Wahlvereins. Oft füllte er mehrere Aemter zu gleicher Zeit mit der größten Gewissenhaftigkeit aus. Viele Jahre wirkte er daneben segensreich im Vorstande der Baugenossenschaft „Ideal". Vor mehreren Monaten erlitt der allezeit Unermüdliche einen schweren Nervenzusammenbruch, von dem ihn auch vielwöchige Sanatoriumsbehandlung nicht mehr ganz befreien konnte. So mußte ihn die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin, in deren Diensten er beruflich stand, schon frühzeitig in den Ruhestand versetzen. — An seinem 60. Geburtstage grüßen die Genossen der 99. Abteilung den unerschrocken mutigen Kämpfer der Partei und wünschen, daß ihm noch ein langes, sorgenfreies Leben beschieden sein möge.

Berufung im Buir-Prozeß. Der in dem Buirer Eisenbahnprozeß zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte Reichsbahnobersekretär Fischer hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Amtlicher Hundefang in Berlin O. Am Sonnabend, dem 12. Juli, nach Dienstschluß, werden die Büro- und Stallräume des Amtlichen Hundefanges für Groß-Berlin, Lankwitz, Dessauer Str. 21, nach Berlin O., Schicklerstr. 4 (Stadtbahnbogen, Eingang unter der Brücke) verlegt. Dienststunden sind täglich von 9 bis 16 Uhr, Sonnabends von 9 bis 14 Uhr, Sonntags geschlossen. Fernsprecher: Kupfergraben E II 1692. Ebenfalls werden in Berlin O., Schicklerstraße 4, künftig die Versteigerungen der Hunde an jedem Mittwoch und Sonnabend um 10 Uhr abgehalten werden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

2. Kreis Tiergarten. Donnerstag, 10. Juli, 20 Uhr, Kreismitgliederversammlung in den Arminiussälen, Bremer Str. 72—73. Thema: „Was lehren uns die Sachsenwahlen?" Referent: Engelbert Graf, M. d. R. Die Bezirksführer der 9., 10., 11., 12. und 13. Abteilung werden gebeten, die Karten zum Sommerfest umgehend von ihren Abteilungskassierern abzuholen.

Heute, Dienstag, 8. Juli:

32. Abt. 19½ Uhr Vorstandssitzung mit Gruppenleitern bei Krompbachl, Paul-Singer-Str. 49. Die Zahlabende finden nur in den Gruppen statt, die so beschlossen haben.

Mitgliederversammlungen und Zahlabende

morgen, Mittwoch, 9. Juli:

2. Abt. 20 Uhr bei Ohngemach, Kommandantenstr. 88. Thema: „Wirtschaftsaufbau durch Lohnabbau?" Referent: Genosse Schindler.
3. Abt. 19½ Uhr Gewerkschaftshaus, Saal 1. Thema: „Die Lehren des sächsischen Wahlkampfes". Referent: Hanns Rickel.
4. Abt. 20 Uhr bei Jaus, Wallner-Theater-Str. 34. Thema: „Die Krankenkassenversicherung". Referent: Genosse Okrass.
5. Abt. 20 Uhr Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11—12. Thema: „Reichsbanner und Partei". Referent: Dr. Helmuth Klotz.
6. Abt. Der Zahlabend fällt aus. Dafür 20 Uhr wichtige Funktionärkonferenz bei Tabrohlow, Swinemünder Str. 11.
9. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt aus. Die Mitglieder nehmen an der Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, 19½ Uhr, in den Arminiussälen, Bremer Straße, teil.
11. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt heute aus. Dafür beteiligen sich sämtliche Mitglieder an der Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, dem 10. Juli, in den Arminiussälen. Die Bezirksführer müssen sofort die Einlaßkarten zum Sommerfest beim Kassierer, Genossen Sielowski, Beusselstr. 8b, Seitenflügel IV, abholen. Desgleichen ist „Unser Weg" von Berger abzuholen.
14. Abt. 20 Uhr bei Gottschalk, Putbusser Str. 24; Stark, Putbusser Str. 14; Römer, Rammler- Ecke Swinemünder Straße; Keglerheim: Gurschtag, Graunstr. 41.
15. Abt. 19½ Uhr bei Dahm, Vinetaplatz 7; Oblige, Stralsunder Str. 11; Kurkowski, Feldstr. 3.
18. Abt. 19½ Uhr bei Sachse, Lindower Str. 26; Schade, Kösliner Str. 9; Simon, Hochstr. 42; Kreplin, Pankstr. 42; Cergast, Uferstr. 12.
19. Abt. 19½ Uhr in folgenden Lokalen: Bezirke 805 und 806 bei Hennig, Pankstr. 30; Bezirke 809 und 810 bei Schreppel, Gründthaler Str. 15; Bezirk 812 bei Schulz, Stettiner Str. 32; Bezirke 814, 817 und 818 bei Schuchardt, Christianiastr. 116; Bezirke 815 und 816 bei Martin, Christianiastr. 7; Bezirk 820 bei Steffen, Prinzenallee 57. Die Bezirke 811, 813 und 819 fallen aus.
21. Abt. 19½ Uhr Zahlabende in den bekannten Lokalen.
23. Abt. 19½ Uhr bei Lewandowski, Seestr. 104; Benz, Seestr. 106; Grunewald, Kameruner Str. 19; Gutschow, Transvaalstr. 26; Voß, Barfusstr. 9; Lackner, Barfusstr. 115; Förster, Ofener Str. 14; Roßnau, Müllerstr. 65a; König, Otawistr. 37.
25. Abt. 19½ Uhr Zahlabende bei Bartsch, Fehmarnstr. 1; Borkowski, Brüsseler Str. 48; Senkel, Utrechter Str. 10. Die Bezirksführer holen das Material heute abend bei Senkel ab.
26. Abt. Um 19½ Uhr in folgenden Lokalen: Gruppe I bei Wellmann, Pasteur- Ecke Wendelsche Straße. Vortrag des Genossen Pörsch. Gruppe II bei Beinlich, Weißenburger Str. 1. Vortrag: „Doppelverdiener". Referent: Genosse Buchwald. Gruppe III in Hofmanns Festsälen, Schwedter Str. 23. Vortrag: „Sozialismus im Altertum".
27. Abt. Um 19½ Uhr in folgenden Lokalen: Zeuge, Wilastr. 5; Mehlberg, Gaudystr. 6; Reck, Sonnenburger Str. 1; Hausotter, Korsörer Str. 1; Glanz, Kopenhagener Str. 37. Um 18 Uhr Sitzung des Abteilungsvorstandes, um 19 Uhr Funktionärsitzung bei Reck, Sonnenburger Str. 1.
28. Abt. 20 Uhr im Altersheim Danziger Str. 62. Tagesordnung: „Die politische Lage". Referent: Hans Bauer. 18¼ Uhr wichtige Funktionärsitzung bei Burg, Prenzlauer Allee 189. Wichtige Materialausgabe.
30. Abt. 19½ Uhr Zahlabende: bei Seiffert, Pappelallee 45; Mohnkopf, Carmen-Sylva-Str. 120; Eggert, Wichertstr. 30. In den übrigen Bezirken fällt der Zahlabend aus.
33. Abt. 19½ Uhr bei Hahn, Simon-Dach-Str. 3. Diskussionsabend; bei Hoffmann, Stralsunder Allee 17. Thema: Politische Tagesfragen. Referent: Genosse Hildebrandt.
34. Abt. 19½ Uhr in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 37. Thema: „Finanzlage Berlins". Referent: Genosse Ambera.
35. Abt. Die Zahlabende finden umständehalber erst am vierten Mittwoch statt.
36. Abt. 19½ Uhr Zahlabende bei: Gruppe I bei Busch, Tilsiter Str. 27; Gruppe II bei Behne, Fornsdorfer Ecke Löwestraße; Gruppe III bei Wittschuß, Petersburger Str. 5; Gruppe IV bei Kiesch, Petersburger Str. 81. In der IV. Gruppe Vorlesung über Rußland. Referent: Willi Günther.
37. Abt. 19½ Uhr bei: 1. Bezirk bei Zepke, Ebertystr. 7; 2. und 3. Bezirk bei Zeraisch, Ebertystr. 10; 4., 5. und 6. Bezirk bei Paschke, Matternstr. 14. Tagesordnung in allen Lokalen: „Politische Tagesfragen".
39. Abt. 19½ Uhr Baugewerkshaus, Grolmanstr., 96. Vortrag des Genossen Dr. Borach über: „Rationalisierung und Bevölkerungsproblem".
40. Abt. 19½ Uhr in folgenden Lokalen: Braun, Warmbadstr. 1; Hins, Wilmsstr. 1; Mieradorf, Urbanstr. 6; Buhr, Plücherstr. 39; Poschke, Bermannstr. 69; Bogler, Mittenwalder Str. 16; Thiel, Baruther Str. 1. Für die Gruppe Wedersh-Hausen fällt der Zahlabend bei Schaaf aus.
43. Abt. 19½ Uhr in folgenden Lokalen: Bezirke 120, 124 und 130 bei Albrecht, Urbanstr. 29; Bezirk 125 bei Christen, Fichtestr. 35; Bezirke 126 und 127 bei Bruhn in der Gräfestr. 41; Bezirke 128 und 129 bei Frankenhauser, Jahnstr. 15; Bezirk 131 bei Walter, Boeckhstr. 48; Bezirk 132 bei Krepp, Planufer 73—76; Bezirk 133 bei Leuschner, Dieffenbachstr. 34; Bezirk 134 bei Wolf, Gräfestr. 26; Bezirke 135 und 136 bei Vogt, Boppstraße 6; Bezirke 137 und 138 bei Klose, Boeckhstr. 34.
44. Abt. Die Abteilungsversammlung fällt aus. Dafür Zahlabend 90., 91. und 92. Bezirk heute, 19½ Uhr, Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. Tagesordnung: „Sozialistische Gesinnungspflege". Referentin: Genossin Rewald.
45. Abt. 19 Uhr in den bekannten Lokalen. Gruppe Hohlstein in der Friedenshütte, Wiener Str. 60a.
46. Abt. 20 Uhr bei Abam, Lübbener Str. 30; bei Eichholz, Cuvrystr. 23.
47. Abt. 20 Uhr bei Siebenkopf, Muskauer Str. 36. Thema: „Sozialistische Wohnungspolitik". Referent: Otto West. „Unser Weg" und Markenmaterial kann vom Genossen Masanke abgeholt werden.
48. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt in diesem Monat aus. Dafür findet am Sonntag, dem 13. Juli, ein Ausflug nach Brieselang statt. Teilnehmerkarten sind bei den Funktionären erhältlich.
51. Abt. 20 Uhr Zahl- und Diskussionsabend: 1. Gruppe bei Schellbach, Königin-Elisabeth-Str. 6; 2. Gruppe bei Zanin, Sophie-Charlotte-Str. 58; 3. Gruppe bei Hoffmann, Sophie-Charlotte-Str. 78.
53. Abt. 19½ Uhr bei Jordan, Kaiserin-Augusta-Allee 28. Thema: „Steuerprogramm der Brüning-Regierung". Referent: Hans Jaburannski.
55. Abt. 20 Uhr bei Reimann, Wilmersdorfer Str. 21. Thema: „Die nationalsozialistische Gefahr". Referent: Hans Turk.
57. Abt. 1. Gruppe bei Arndt, Kantstr. 51. 20 Uhr Vortrag: des Genossen Dr. Pantini: „Zeitgemäße Steuerfragen".
58. Abt. 20 Uhr im Sitzungssaal Rankestr. 4, a, IV. Thema: „Was lehrt uns Thüringen und Sachsen?" Referent: August Siemsen, M. d. R.
66. Abt. 20 Uhr Spandau, Ulmenstr. 21. Referent: Gerhard Kramer.
68. Abt. 20 Uhr bei Sandmann, Westfälische Str. 42. Thema: „SPD. einst und jetzt". Referent: Genosse Schirokauer jr.
73. Abt. Der Zahlabend fällt aus.
77. Abt. 1. Bezirk bei Wilde, Rollendorfstr. 16; 2. Bezirk bei Jürgens, Barbarossastr. 5. Vortrag: „Arbeitslosigkeit und Sozialreaktion". Referent: Dr. Croner; 3. Bezirk bei Koschena, Apostel-Paulus-Str. 27. Vortrag: „Neues aus der Rechtsprechung des Arbeitsgerichts". Referent: Dr. Kahn-Freund; 4. Bezirk bei Will, Martin-Luther-Str. 63. Vortrag: „Vom Kapp-Putsch bis zur Brüning-Regierung". Referent: Genosse Nohur.
78. Abt. 20 Uhr in nachstehenden Lokalen: 1. Bezirk bei Arndt, Bautzener Straße 10; 2. Bezirk bei Gronow, Geßlerstr. 12; 3. Bezirk bei Holl, Siegfriedstr. 9; 4. bis 6. Bezirk bei Reimann, Sedanstr. 17. Thema: „Politische Tagesfragen". Referent: Bruno Thiel. 7. Bezirk bei Padaus, Sachsendamm 40.
79a. Abt. 20 Uhr Schöneberg, Lokal von Janatius. Thema: „Als politischer Emigrant in Sowjet-Rußland". Referent: W. Schröder.
83. Abt. Lichterfelde-West. Der Zahlabend findet nicht statt.
84. Abt. Lankwitz. Die Mitgliederversammlung im Juli fällt aus. Dafür findet am 9. Juli, 20 bis 22 Uhr, bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 23/31, ein Zahlabend ohne Referat statt.
86. Abt. 20 Uhr in folgenden Lokalen: 1., 2. und 7. Bezirk bei Neumann, Schöneberger Straße; 3. bis 6. Bezirk bei Görlich, Chausseestr. 19; 8. bis 10. Bezirk bei Thomas, Friedenstr. 6.
87. Abt. 20 Uhr bei Schulze, Kirchstr. 68. Tagesordnung: „Der neue Entwurf Groß-Berlins".
88. Abt. 19½ Uhr Zahlabend in der Schule Roonstraße.
89. Abt. Die Zahlabende fallen aus.

Neukölln. 90. Abt. 20 Uhr Ideal-Kasino, Weichselstr. 8. Thema: „Auswärtige Politik". Referent: Viktor Schiff. — 91. Abt. Die Abteilungsversammlung fällt im Juli aus. — 92. Abt. 20 Uhr: 104., 111., 114. Bezirk bei König, Böhmische Str. 43; 112. und 113. Bezirk bei Günther (jetzt Juch), Riemeisterstr. 19. Die übrigen Zahlabende fallen aus. — 94. Abt. 20 Uhr bei: 46. und 69. Bezirk im Lokal Kubfeld, Lichtenrader Str. 36. Thema: „Wirtschaftskrise und Arbeitslosenproblem". Referent: Hans Köhler. 42., 66. Bezirk bei Lenck, Selchower Str. 6; 70., 93. und 96. Bezirk bei Bell, Schillerpromenade 33; 71., 94. und 95. Bezirk bei Schröder, Steinmetzstr. 32; 97. und 98. Bezirk bei Awella, Okerstr. 15. — 95. Abt. Die Abteilungsversammlung fällt aus. Dafür 20 Uhr bei Reusch, Jägerstr. 10, Sitzung des Vorstandes mit allen Funktionärinnen und Funktionären und Kommissionen. Jeder Bezirk muß vertreten sein. Materialausgabe. — 96. Abt. Die Zahlabende fallen im Juli in allen Bezirken aus. Die Bezirksführer werden gebeten, die Mitteilungsblätter vom Abteilungsleiter abzuholen.

100. Abt. Rudow. 20 Uhr im Café Lohse, Eichhaltestelle der 47. Vortrag des Genossen Tschampke über „Marx und sein Leben".
101. Abt. Die Zahlabende fallen aus. Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich an der Besichtigung des städtischen Gutes in Hobrechtsfelde. Treffpunkt 7.40 Uhr Bahnhof Treptow.
103. Abt. Oberschöneweide. 1., 2. und 3. Bezirk bei Knappe, Wattstr. 18. Referent Bezirksverordneter Paul Becker; 4., 5. und 6. Bezirk bei Winkler, Wilhelminenhofstr. 80. Thema: Politische Lage. Referent: Georg Paible; 7. und 8. Bezirk bei Tromter, Luisenstr. 1. Referent: Stadtverordneter Strieder; und 10. Bezirk bei Emmerich, Wilhelminenhofstr. 64. Thema: Politische Lage. Referent: Ch. Zachert, M. d. L.
104. Abt. Niederschöneweide. Im Juli fällt die Mitgliederversammlung aus. Nächste Vorstandssitzung Mittwoch, 30. Juli.
106. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt aus. Dafür um 20 Uhr Funktionärversammlung bei Borke, Grünauer Str. 12.
107. Abt. Falkenberg-Alt-Glienicke. 19½ Uhr im Gemeinschaftshaus Falkenberg. Thema: Politische Lage. Referent: Kurt Heinig, M. d. R.
108. Abt. Die Zahlabende finden in diesem Monat nicht statt.
110. Abt. 20 Uhr im Lokal Werner, Köpenicker Str. 15a. Referent: Genosse Dr. Haubach. Thema: „Besteht in Deutschland eine faschistische Gefahr?" Erscheinen ist Pflicht. Sympathisierende sind einzuladen.
114. Abt. 20 Uhr im Logenhause, Kaiser-Promenade 2. Thema: „Steuerprogramm des Bürgerblocks". Referent: Genosse Malina.
115. Abt. 19½ Uhr bei Seipke, Kronprinzenstr. 47, Ecke Scharnweberstraße. Vortrag des Genossen Beese über die sächsischen Landtagswahlen. Die Funktionäre werden gebeten, wegen eines wichtigen Beschlusses bereits um 18¼ Uhr zu kommen.
117. Abt. Der Zahlabend fällt aus.
118. Abt. Die Abteilungsversammlung fällt aus.
121. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt im Juli wegen der Ferien aus.
122. Abt. 20 Uhr bei Porath, Marzahner Str. 31. Thema: „Die Hitler-Bewegung". Referent: Genosse Dewald.
124. Abt. 20 Uhr in den Lokalen: G. Anders, am Bahnhof; P. Schmidt, Mariendorfer Straße; „Nordstern", Hönower Str. 49; Jorek, Lemkestraße.
128. bis 130. Abt. Die Zahlabende in den Bezirken 1 bis 6 fallen aus. In den Bezirken 7 bis 9 Mitgliederversammlung im Sängerheim, Pankow, Florastraße 96. Thema: „Wirtschaftsführer gegen sozialpolitische Gesetzgebung". Referent: Rob. Rohde.
132. Abt. Blankenburg. 20 Uhr bei Klug, Dorfstr. 2. Thema: „Die Sachsenwahlen". Referent: Adolf Wuschick.
135. Abt. Der Zahlabend fällt aus.
137. Abt. Für alle Bezirke 20 Uhr im Volkshaus, Scharnweberstr. 114. Thema: „Sowjet-Rußland". Referent: Dr. Gregor Bienstock.
138. Abt. Die Mitgliederversammlung fällt in diesem Monat aus.
141. Abt. Der Zahlabend fällt im Juli aus.
143. Abt. 20 Uhr bei Jarius, Waidmannslust, Fürst-Bismarck-Straße. Thema: „Reichshaushalt 1930" und die Stellung der Partei dazu. Referent: Hein Löwi.

Wildau. Heute Zahlabend bei Kuhle.

Eichwalde. 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Lindner. Tagesordnung: „Moderne Eheprobleme". Referent: Genosse Redakteur Schredinger.

*

12. Abt. Die Bezirksführer bekommen „Unseren Weg" am Donnerstag in der Kreismitgliederversammlung in den „Arminius-Hallen".

Frauenveranstaltungen.

1. Kreis Mitte. Am Donnerstag, dem 10. Juli, um 19½ Uhr, bei Spiegel, Ackerstr. 1, Funktionärinnenkonferenz. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.

34. Abt. Alle Genossinnen treffen sich mit ihren Kindern am Donnerstag, dem 10. Juli, zum gemütlichen Beisammensein mit Kaffeekochen in der „Alten Taverne" in Stralau. Kaffee nicht mitbringen.

Jungsozialistische Vereinigung.

Heute, Dienstag, Referentenkursus des Genossen Pottlitzer um 20 Uhr in der Gaststätte des Arbeiter-Abstinenten-Bundes, Skalitzer Str. 6. Die Gruppenleiter aus dem Werbebezirk Norden kommen heute, 19½ Uhr, zu einer kurzen Besprechung beim Genossen Bark, Meinickestr. 24, zusammen.

Gruppe Wilmersdorf. Heute, pünktlich 20 Uhr, im Jugendheim Wilhelmsaue 122—124. Aussprachabend über politische Tagesfragen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Gruppe Steglitz. Im Monat Juli finden die Gruppenabende für alle Kinder Dienstags von 17 bis 19 Uhr im Heim Albrechtstr. 47 (Garten) statt.

Gruppe Pankow. Nachrichten aus dem Zelt- und Kinderlager an jedem Mittwoch, 18 Uhr, Marktplatz, durch Erwin Wegener, Walter Kramer, Werner Koch.

Geburtstage, Jubiläen usw.

116. Abt. Unserem lieben Genossen Hermann Apel und seiner Ehefrau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

2. Kreis Tiergarten. Die Einäscherung unseres Genossen Alfred Tarrich findet am Freitag, dem 11. Juli, 18½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

3. Abt. An den Folgen einer Operation starb unsere Genossin Pagelnski, Liebmannstr. 6. Beerdigung Dienstag, 8. Juli, 12 Uhr, auf dem jüdischen Friedhof Weißensee, neue Halle. Ehre ihrem Andenken.

15. Abt. Unser Genosse Georg Mandelt, Swinemünder Str. 89, ist verstorben. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

48. Abt. Der Genosse Erwin Langhein, Gitschiner Str. 27, ist verstorben. Ehre seinem Andenken. Die Einäscherung hat bereits stattgefunden.

94. Abt. Am 5. Juli verstarb unser langjähriger Genosse Paul Martschink, Drechsler, Neukölln, Weisestr. 9, im 71. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken. Einäscherung wird noch bekanntgegeben.

Funkwinkel.

Am Sonntag spricht Fred Hildenbrand anläßlich der Rückkehr Schmelings über die Vergänglichkeit der Popularität. Es sind sehr feine, pointiert zugeschliffene und etwas wehmütige Betrachtungen, die Hildenbrand psychologisch sicher untermauert und die über Schmeling hinaus Bedeutung gewinnen. Den populären Helden muß ein Schein von Romantik umgeben. Die Sektflaschen und die paar belegten Brötchen machten Lindbergh vielleicht noch populärer als der Ozeanflug, als die rein technische Leistung. Daß Hindenburg vor Tannenberg als Vergessener in Hannover residierte, verlieh ihm die Glorie des verkannten Genies. Hildenbrand liefert in seinen Ausführungen gleichzeitig einen Beitrag zur Psychologie der Massen. Sonst bietet das Programm keine besonderen Höhepunkte, es siedelt sich auf der Ebene des brauchbaren Durchschnitts an. In der Idee ist die Abendveranstaltung „So seht ihr aus" von Schiftan und Michel nicht schlecht. Es soll ein Querschnitt durch die Lächerlichkeiten der Zeit gelegt werden. Die lieben Mitmenschen werden gebeten, ihr wahres Gesicht zu enthüllen. Aber die Ausführung entspricht nicht der Konzeption. In vierzehn knappen Dialogszenen, die meistens mit einem Couplet enden, entrollen sich die üblichen Dummheiten in der üblichen harmlosen und typischen Form. Der Satire sind die Zähne ausgebrochen worden. Sie steht nicht wie ein Florett, sie begibt sich auf zu bekannte Gefilde. Gut ist die Regie Frickes, und der Schauspieler Ernst Busch zeigt seine große, kabarettistische Begabung.

In einem Zwiegespräch „Ein überflüssiger Beruf", das Ihering und Distler am Montag halten, beleuchtet Ihering die künstlerische Mißwirtschaft der modernen Theater. Der „überflüssige Beruf" ist der des Dramaturgen, der heute in bezug auf den Aufbau des Repertoires nichts mehr zu sagen hat und zu einem Laufjungen degradiert worden ist. Vielleicht ist manches übertrieben, aber in großen Umrissen hat Ihering recht. Das Repertoire der letzten Saison beweist unbedingt die Richtigkeit seiner Behauptungen. Wann wird sich die Situation bessern? — Vorbildlich einfach und klar erläutert Harry Kahn in der Jugendstunde die künstlerischen und technischen Vorgänge bei der Tonfilmaufnahme. Interessant ist die Stunde „Unbekannter Jazz". In seinem Enthusiasmus für den Jazz geht Hans Wange etwas zu weit, aber seine Erklärungen, die er bei der Vorführung von Schallplatten gibt, sind ganz ausgezeichnet. Er analysiert die Stücke in bezug auf ihre Instrumentation, auf die Variation der Themen und auf die Struktur der Komposition, so daß für den Hörer ein kleines Bild entsteht. Am Abend eine Gustav-Mahler-Feier. Lieder und Auszüge aus den Symphonien. Das verhältnismäßig Populärste wurde ausgewählt. Kunwald ist der Dirigent, der das Monumentale mit der Lyrik zu verknüpfen weiß.

F. Sch.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Heute, Dienstag, 8. Juli, 19½ Uhr.

Gewerkschaftshaus: Jugendheim Köpenicker Str. 123. „Die SJ. und wir." — Köllnischer Park: Jugendheim Wallstr. 27. Tagespolitische Rundschau. — Oranienburger Tor: Jugendheim Ziegelstr. 18. „Warum Gewerkschaften?" — Gesundbrunnen I: Schule Ratenburger Straße. „Der Kampf um die Seele des Arbeiters." — Humboldthain: Jugendheim Putbusser Str. 3. „Erziehung zum Sozialismus." — Leopoldplatz: Jugendheim Utrechter Ecke Turiner Straße. „Das neue Rußland." — Wedding (S.-T.): Jugendheim Lütticher Str. 4. Tagespolitische Fragen. — Wedding-Nord: Jugendheim Turiner Ecke Seestraße. Tagespolitik. — Arminplatz: Jugendheim Sonnenburger Str. 20. „Sozialistische Erziehung." — Arnswalder Platz I: Jugendheim Raltenburger Straße 16. „Die Stellung der Frau in der heutigen Wirtschaft." — Helmholtzplatz: Jugendheim Danziger Str. 62, Baracke 2. „Die Volksbühne." — Wörther Platz: Jugendheim Kastanienallee 82. „Kameradschaft, Freundschaft, Liebe." — Hasenheide: Jugendheim Wassertorstr. 9. „Bunter Abend." — Schöneberg I: Jugendheim Hauptstr. 15. „Gemeinschaft in der SAJ." — Schöneberg II: Jugendheim Hauptstr. 15. „Das faschistische Italien." — Charlottenburg: Jugendheim Rosinenstr. 4. „Humor im Klassenkampf." — Charlottenburg-Süd: Jugendheim Goethestr. 11. „Tarifwesen — Schlichtungswesen." — Charlottenburg-Westend: Jugendheim Sportplatz Westend. „Rußland-Abend", II. Teil. — Wilmersdorf: Jugendheim Wilhelmsaue 122. „Die Gebote der Roten Falken." — Steglitz: Jugendheim Flemmingstraße. Mitgliederversammlung. — Mariendorf II: Jugendheim Siedlung Daheim. „Kolonialpolitik." — Britz: Jugendheim Rathaus, Chausseestr. 68. „Religiöser Sozialismus." — Neukölln I: Jugendheim Sander- Ecke Hobrechtstraße. „Der Nationalsozialismus." — Neukölln II: Jugendheim Bergstr. 29. „Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei." — Neukölln III: Jugendheim Ziethenstr. 58. Tagespolitischer Abend. — Neukölln V: Jugendheim Kanner Straße, Raum 1. „Reichsbanner und wir." — Neukölln VII: Jugendheim Steinmetzstr. 114. „Frohe Tage." — Neukölln VIII: Jugendheim Bergstr. 29. „Sexuelle Fragen." — Neukölln XI: Jugendheim Flughafenstr. 68. „Reichsbanner und SAJ." — Köpenick (Dammvorstadt): Jugendheim Dahlwitzer Str. 15. „Das Schicksal der Bergarbeiter." — Reinickendorf-Ost: Jugendheim Lindauer Straße. Tagespolitik. — Pankow I: Jugendheim Görschstr. 14. „Fürsorgeerziehung — Jugendgefängnis." — Neukölln IV: Jugendheim Schierkestr. 44. Angesetzter Vortrag fällt aus. Alle Genossen sind pünktlich 20 Uhr im Heim.

Werbebezirk Neukölln: Morgen, Mittwoch, 19 bis 21 Uhr, auf dem Spielplatz Sonnenallee, Sprechchorübung. Nachdem Spiel und Sport. Rege Beteiligung wird erwartet.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Prenzlauer Berg. Kameradschaft Königsberg. Versammlung um 20 Uhr bei Rösler, Emanuelkirchstr. 25. Kameradschaft Falke, Versammlung um 20 Uhr bei Zeuge, Wilastr. 5. — Steglitz (Ortsverein). Kameraden, die zur Befreiungsfeier am 19. und 20. Juli nach Mainz fahren (Fahrgeld 40 Mark), melden sich umgehend beim Kameraden Behrens, Schöneberger Straße 5.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, dem 7. Juli.

1. Rennen: 1. Barnabas (P. Finn); 2. Enzian; 3. Lu-Lo. Toto: 73:10. Platz: 18, 12, 13:10. Ferner liefen: Morgan, Fahrenheit, Quernnie, Brato Hall, Heureka, Dewey Pilot, Jenny Lind.

2. Rennen: 1. Flieder (Hauß jr.); 2. Humorist; 3. Prisma. Toto: 22:10. Platz: 18, 30:10. Ferner liefen: Alter Ego, Kanada, Lisette.

3. Rennen: 1. Modena (Rückert); 2. Parabella; 3. Siegesadler. Toto: 489:10. Platz: 37, 18, 32:10. Ferner liefen: Quiebeck, W. Lauschik, Teufelsbursch, Galeere, Aalare, Friesen, Lustiges Mädchen.

4. Rennen: 1. Lady Duffy (Johnny Mills); 2. Hexenmeister; 3. Vanil. Toto: 118:10. Platz: 28, 14, 19:10. Ferner liefen: Perlenkette, Planet, Falkenstein, Extra, Prinzen.

5. Rennen: 1. Tizian (Ch. Mills); 2. Rubin; 3. Banko Duffy. Toto: 19:10. Platz: 13, 39, 17:10. Ferner liefen: Monarch I, Ingelinde, Lindakind, Möglich, Königsadler.

6. Rennen: 1. Hedwig (Krauß); 2. Padrill; 3. Mimi; 4. Edelmeister. Toto: 29:10. Platz: 21, 20, 16, 19:10. Ferner liefen: Hennin Kit'nfaat, Hellas, Obersteiger, Nordpol, Herkomer, Abresse, Rebeltap, Nuharzer, Don.

7. Rennen: 1. Strichaus (Hauß jr.); 2. Feuerlilie; 3. Karola; 4. Fechtmeister. Toto: 38:10. Platz: 16, 18, 14, 17:10. Ferner liefen: Allmacht, Präsident, Perama, Pindor, Inschallah, Helen Dason, Schloßrose, Eminenz, Arkome Kortez.

8. Rennen: 1. Morgenlied (Schöne); 2. Ibali; 3. Pirus. Toto: 51:10. Platz: 18, 20, 66:10. Ferner liefen: Herzog Louis, Gerhard, Ellin Dillon, Bergfex, Gautsdar jr., Natal Exportette.

9. Rennen: 1. Noblesse (Frömming); 2. Steinnelke; 3. Hanna Archdale. Toto: 56:10. Platz: 17, 18, 25:10. Ferner liefen: Nonne, Lombardei, Marr Holsten, Baron Gabler, Hella Timoka, Dies Irae, Harlnerin.

Allgemeine Wetterlage.

Aussichten für Berlin. Teils heiter, teils wolkig, am Tage mäßig warm. — Für Deutschland: Im Alpenvorland Wetterbesserung, im übrigen Reiche etwas wechselnde Bewölkung, im Binnenlande am Tage mäßig warm.

Weiße Zähne: Chlorodont

Anleiheplanwirtschaft oder Gemeindeknebelung?

Von Fritz Naphtali.

Die besondere Zuspitzung der Wirtschaftskrise in Deutschland im Rahmen der Weltwirtschaftskrise ist in erheblichem Maße darauf zurückzuführen, daß als Folge der Politik der Absperrung der deutschen Gemeinden von den internationalen Kapitalmärkten, die in den vergangenen Jahren betrieben worden ist, die Aktionsfähigkeit der öffentlichen Körperschaften für eine vernünftige Konjunkturpolitik im Augenblick der schwersten Depression der privaten Wirtschaft unterbunden war und unterbunden ist, und daß die Gemeinden gerade im ungünstigsten Augenblick durch den Druck ihrer schwebenden Schulden gezwungen waren, durch eigene Einschränkungen eine negative Konjunkturpolitik, eine Politik der Verschärfung der Arbeitslosigkeit zu treiben. Es ist müßig, heute noch darüber zu streiten, ob an der Herbeiführung dieser unglücklichen Lage der größere Schuldanteil bei dem früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht oder bei dem früheren Reparationsagenten Parker Gilbert gelegen hat. Wir sind glücklicherweise im Zusammenhang mit der Neuregelung der Reparationen beide los geworden. Es wäre somit die Bahn frei für eine Beseitigung dieser Absperrungspolitik, die ihren äußeren Ausdruck in der Beratungsstelle für Auslandsanleihen beim Reichsfinanzministerium gefunden hat.

Das Reichsfinanzministerium selbst aber denkt darüber anders. Wie schon berichtet wurde, hat es den Ländern neue „Richtlinien für das Schuldenwesen der Gemeinden" unterbreitet, deren Ziel es ist, den Kontrollapparat nicht zu beseitigen, sondern zu verschärfen und zu verewigen. Nach diesen Richtlinien, die uns jetzt im Wortlaut vorliegen, sollen die neuen Vereinbarungen, die zwischen Reich und Ländern vorgeschlagen werden, bis zum 1. April 1934 gelten, und ihr Ziel ist es, aus der bisherigen weitmaschigen und in mancher Beziehung Umgehungen ermöglichenden Regelung eine feste Kandare für die Gemeinden und für die öffentliche Wirtschaft zu machen. Dadurch, daß neben den Auslandsanleihen auch die Inlandsanleihen, neben den langfristigen Anleihen auch die kurzfristigen neben den Gemeinden selbst auch die Versorgungsbetriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit, auf die Gemeinden maßgebenden Einfluß haben, einbezogen werden sollen, glaubt man, zu einer Planwirtschaft für den gesamten öffentlichen Anleihebereich gelangen zu können. Für manche grundsätzliche Freunde der Ueberwindung eines unzulänglichen freien Marktverkehrs durch planmäßige Wirtschaftsregelung — und wir gehören zu diesen Freunden — hat dieser Aufbau etwas Bestechendes. Aber es scheint uns notwendig zu sein, **nachdrücklich davor zu warnen, daß man die planwirtschaftliche Form auf diesem Gebiet, die doch nur elendes Stückwerk bleibt, verwechselt mit dem sozialreaktionären Inhalt, der alle bürokratischen Kräfte im Verein mit den Interessen der Privatwirtschaft einzuspannen sucht gegen die freie Entfaltung der Gemeinden und im besonderen der öffentlichen Wirtschaft.**

Die Entmündigung der Gemeinden.

Zum Beweis unserer Auffassung seien einige Bestimmungen aus dem Entwurf der Richtlinien hervorgehoben, die zeigen, wie weit man in der Beseitigung der Selbstverwaltung der Gemeinden auf dem Gebiet der Finanzierung, das nun einmal für ihr praktisches Leben das Bedeutsamste ist, zu gehen beabsichtigt. Da heißt es zunächst an der Spitze der Richtlinien:

„Gemeinden dürfen Geldmittel im Wege des Kredits nur bei außerordentlichem Bedarf und im allgemeinen nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschaffen."

„Werbende Zwecke", das sind wohl nach dem Sprachgebrauch Zwecke, bei denen eine unmittelbare Rentabilität gesichert ist. Die Anleiheaufnahme — und zwar gilt das gleichermaßen für den Inlands- wie für den Auslandsmarkt — würde danach also ausgeschlossen werden etwa für den Ausbau von Verkehrsanlagen, für Anstalten der Gesundheitsfürsorge, für Schulen und dergleichen. Das alles sind Zwecke, bei denen nach einer gesunden Finanzpolitik nichts gegen die Anleiheaufnahme spricht, aber werbende Zwecke sind es nicht.

In bezug auf den kurzfristigen Kredit heißt es:

„Gemeinden dürfen — abgesehen von vorübergehenden binnen längstens sechs Monaten aus laufenden Einnahmen abzudeckenden Kassenkrediten — Geldmittel im Wege des Kredits, wenn die Laufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, nur dann aufnehmen, wenn die Rückzahlung bei Fälligkeit von vornherein gesichert ist."

Wir sind die letzten, die einer leichtfertigen Aufnahme kurzfristiger Kredite durch Gemeinden Vorschub leisten wollen. Aber diese Formulierungen zeigen doch ein Maß von Mißtrauen, das jede freie Bewegung der Kommunalverwaltungen ersticken müßte, und das die deutschen Städte gerade auf Grund ihrer energischen gemeinsamen Sanierungsbestrebungen durch ihre Kreditausschüsse in den letzten acht Monaten nicht verdient haben.

„Die Landesregierungen werden ihren Einfluß dahin geltend machen, daß Versorgungsbetriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit, auf deren Geschäftsführung Gemeinden maßgebenden Einfluß haben, Anleihen nur aufnehmen, wenn die Landesregierung sie für bedenkenfrei erklärt hat."

Zu diesem Zwecke sollen entsprechende Satzungsbestimmungen bei den betreffenden Gesellschaften eingeführt werden. Man muß sich bei der Würdigung dieser Bestimmungen immer bewußt sein, daß hinter den Landesregierungen auch noch die Beratungsstelle steht, der gegenüber die Landesregierungen sich verpflichten, keine Genehmigung zu erteilen, wenn die Bedingungen oder der Zeitpunkt der Anleiheaufnahme der Beratungsstelle für ungeeignet erscheinen.

Bei den Auslandsanleihen bleiben an sich die Richtlinien vom 1. Oktober 1927 in Geltung, aber auch hier werden die Versorgungsbetriebe der Kontrolle mit unterworfen und demgegenüber bedeutet es wenig, daß die Beratungsstelle in Zukunft von der Prüfung des Anleihezweckes absehen wird, wenn die das Gutachten einholende Landesregierung den Verwendungszweck gebilligt hat.

Es ist immerhin charakteristisch, daß all diese neuen Vorschriften zur verschärften Knebelung der Gemeinden ausgearbeitet und vorgelegt worden sind, ohne daß man es auch nur für notwendig hielt, die zentralen Organisationen der Gemeinden selbst zur Beratung heranzuziehen, und ohne daß man daran gedacht hätte, die Regelung aufzubauen auf den Eigenorganisationen, die sich die Städte mit Erfolg im letzten Jahre durch ihre Kreditausschüsse gebildet haben.

Wie steht es mit der Konkurrenz privater Wirtschaft?

Man will, so heißt es, den Kapitalmarkt planmäßig regulieren, aber man muß sich doch bewußt sein, daß auf der Nachfrageseite dieses Marktes nicht nur die Länder und Gemeinden und die öffentlichen Versorgungsbetriebe stehen, sondern genau so die Gesamthaft der privaten Unternehmungen, zu denen auch die unmittelbaren Konkurrenzbetriebe der öffentlichen Versorgungswirtschaft gehören. Glaubt man schon auf diesem Gebiete Planwirtschaft treiben zu können, so müßte man doch mindestens die gesamte Nachfrageseite erfassen. Man müßte mindestens für langfristige Anleihen im Inlande und im Auslande die private Wirtschaft den gleichen Richtlinien zwangsweise unterwerfen, die für das Schuldenwesen der Gemeinden aufgestellt werden.

Für die Ausgabe von Obligationsanleihen würde dazu sogar die Genehmigungsfrist auf Grund des § 795 des BGB. eine bequeme Handhabe bieten. Eine viel weitergehende rechtliche Ausgestaltung würde es allerdings erfordern, wenn man auch in bezug auf kurzfristige Kredite oder überhaupt auf Anleihen, bei denen Inhaberschuldverschreibungen nicht ausgegeben werden, die Privatwirtschaft der öffentlichen Wirtschaft gleichstellen wollte. Von einem solchen Versuch ist in den Richtlinien nichts zu spüren. Nur mit den Pfandbriefinstituten werden Vereinbarungen vorgesehen. (Sie sind immerhin Verhandlungspartner, nicht wie die Gemeinden „Objekte" der Regelung.) Das scheint uns deutlich zu zeigen, daß es nicht Liebe zur Planwirtschaft ist, sondern das Gegenteil von Liebe für die öffentliche Wirtschaft, was den Verfassern der Richtlinien die Feder geführt hat.

Wir halten den ganzen Versuch der Reglementierung des Kapitalzustroms für verfehlt und würden ihm im Interesse der Erweiterung der Möglichkeiten für eine Arbeitsbeschaffung in der deutschen Wirtschaft ein Begräbnis erster Klasse wünschen. Aber wenn dieser Wunsch nicht erfüllt wird, weil ja der Abbau einer einmal bestehenden Behördeneinrichtung auch in einer Zeit, in der man immer wieder von der Notwendigkeit der Vereinfachung des bürokratischen Apparates spricht, so unendlich schwer fällt, dann muß man zum mindesten fordern, daß die Anleihen der privaten Wirtschaft den gleichen Kontrollen unterworfen werden wie die Anleihen der Gemeinden und der öffentlichen Versorgungsunternehmen.

Das Schwergewicht der Fehlinvestitionen.

Ein beliebtes Argument für die Sonderkontrolle der Anleihen der öffentlichen Hand ist die Behauptung, daß bei ihr die Gefahr volkswirtschaftlicher Kapitalfehlbildungen besonders gegeben sei. Wir sind diesem Argument seit der berühmten Bochumer Rede von Herrn Dr. Schacht oft genug entgegengetreten. Da zwar Herr Dr. Schacht verschwunden ist, sein Geist aber in dem Entwurf der Richtlinien munter fortlebt, muß heute noch einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die **Fehlinvestierungen von Kapital in den letzten fünf Jahren in der privaten Wirtschaft das Vielfache von den Fehlleitungen ausmachen, die sicherlich auch in der öffentlichen Wirtschaft nicht vermieden worden sind.** Wir wissen doch und wir hören es bei der Begründung jeder der zahlreichen industriellen Zollforderungen zur Genüge, wie unsinnig durch die private Wirtschaft die Kapazität des industriellen Produktionsapparates im Mißverhältnis zu den Absatzmöglichkeiten aufgebläht worden ist, mit dem Effekt, daß heute an allen Ecken und Enden Produktionsanlagen modernster Art dastehen, ohne beschäftigt zu sein, wobei man sich auf der anderen Seite nicht entschließt, das falsch investierte Kapital als verloren abzuschreiben, sondern man belastet die Selbstkostenrechnung mit den Abschreibungen auf seine Gesamthöhe und hält dadurch, dort wo Monopolstellungen es erleichtern, das Preisniveau ungesund hoch.

Aber neben der allgemeinen Feststellung mag noch ein anschauliches und aktuelles Beispiel gegeben werden. Man sieht es gegenwärtig, die Kapitalinvestierung für einige Berliner Untergrundbahnstrecken als Beispiele der Fehlleitung zu kennzeichnen, weil ein privatwirtschaftliche Rentabilität für diese Anlagen nicht erzielt werden kann. Wir wollen es ganz dahingestellt sein lassen, ob es richtiger gewesen wäre, diese oder jene Teilstrecke des Berliner Untergrundbahnnetzes nicht oder zu einem anderen Zeitpunkt zu bauen. Bestehen bleibt doch immer die Tatsache, diese Untergrundbahnen für Hunderttausende von Berliner Arbeitern, Angestellte und Gewerbetreibende eine Verbesserung ihrer täglichen Verkehrswege bedeuten, und daß sie die menschenökonomisch ungeheuer wichtige Entladung von den Großstadtzentren nach den Außenbezirken außerordentlich erleichtern. Sozialen Wert haben diese Anlagen also auch unabhängig von ihrer Rentabilität.

In dem gleichen Augenblick aber, in dem diese sogenannten Fehlinvestitionen der öffentlichen Hand nicht genug kritisiert werden können, feiert gerade heute der privatwirtschaftliche Verkehr die Einweihung eines in den letzten Jahren durchgeführten Bahnbaues von Garmisch nach der Zugspitze. Diese Bahn stellt sage und schreibe die dritte elektrische Verbindung dar, die vom Tal jetzt auf die Höhe der Zugspitze führen wird. Möglich, wenn auch sehr zweifelhaft, daß diese Bahn sich rentieren wird, wesentlich durch Abziehung des Verkehrs von den Konkurrenzlinien, aber selbst wenn das der Fall ist, ist diese dritte Bahn, die günstigstenfalls der Erschließung eines neuen Geländes für einen luxuriösen Wintersport dienen kann, in einem kapitalarmen Deutschland nicht, volkswirtschaftlich betrachtet, eine viel größere Fehlleitung als ein unrentabler, aber dem täglichen Massenverkehr dienender Strang der Berliner Untergrundbahn? Aber in diesem Falle handelt es sich eben um Kapitallenkung der Privatwirtschaft, und deren Weisheit erfordert offenbar keine Eingriffe des Reichsfinanzministeriums.

Die Zusammensetzung der Beratungsstelle.

Wie sehr die Richtlinien darauf eingestellt sind, die Gemeinden zum Objekt der Drosselung und nicht zu den Trägern ihres eigenen Schicksals zu machen, das geht im besonderen daraus hervor, daß die Richtlinien noch nicht einmal die Beteiligung eines Vertreters der Städte in der Beratungsstelle vorsehen. Der Reichsminister der Finanzen, der Reichswirtschaftsminister und das Reichsbankdirektorium, der Präsident der Preußischen Staatsbank und der Bayerischen Staatsbank sollen in ihr vertreten sein. Die Gemeinden sollen ihr unterworfen sein. Wir glauben nicht, daß aus diesem schlechten Instrument ein gutes wird, wenn neben den genannten Instanzen auch die deutschen Städte ihren Vertreter hineindelegieren. Aber wenn schon einmal die Beratungsstelle nicht zum Sterben gebracht werden kann, dann muß man mindestens verlangen, daß die Leidtragenden, die Gemeinden in ihr Sitz und Stimme erhalten.

Verstopfung oder Erleichterung der Kapitalzufuhr?

Die Freunde der pseudo-planwirtschaftlichen Beratungsstelle führen ins Feld, daß sie glauben, der Kapitalmarkt, im besonderen der ausländische Kapitalmarkt, würde verstopft werden durch den gleichzeitigen undisziplinierten Wettbewerb der Anleihebedürftigen Körperschaften auf dem Markt, und sie behaupten, daß es gerade durch die Regelung gelingen werde, mehr Kapital hereinzuführen, als es ohne den Zwangsapparat der Fall wäre.

Wir hören diese Botschaft, aber es fehlt uns der Glaube. Die Beratungsstelle hat in früheren Jahren bei der Beurteilung von Anleihebedingungen wiederholt gezeigt, daß ihr die richtige vorausschauende Beurteilung des internationalen Kapitalmarktes gefehlt hat. Die Gemeinden, denen aus diesem Grunde 1926 und 1927 Anleihen unterbunden worden sind, haben es mit Millionen von Steuergeldern an Mehrkosten für andere Kredite büßen müssen. Wir glauben auch für die Zukunft nicht daran, daß die Beratungsstelle die Gewähr bietet für die Konzentration der höchsten Weisheit an einer Stelle.

Wir sehen aber die Gefahr, daß selbst bei gutem Willen durch die Beratungsstelle Anleihepläne schädlich verschleppt werden können und meinen, daß zum mindesten eine Terminbestimmung für die schleunige Erledigung von Anträgen in die Richtlinien hineingehören würde. Wir sind aber weiter der Auffassung, daß die erforderliche Zügelung des Andranges geldbedürftiger Gemeinden zum Markte zweckmäßig durch die eigenen Organisationen der Gemeinden, für die bestehenden Kreditausschüsse die Grundlage bilden, erfolgen kann. Denn neben der Zügelung kommt es bei der zweckmäßigen Ausschöpfung des Kapitalreservoirs auch auf die Beweglichkeit an. Diese aber scheint uns bei einem dezentralisierten System besser gewährleistet als bei einer bürokratischen Zentralisation, bei der die Einflüsse von Gegnern der öffentlichen Wirtschaft innerhalb und außerhalb der Bürokratie eine ständige Gefahr bilden.

Im Interesse der öffentlichen Wirtschaft, im Interesse der Kapitalzufuhr und der Vermehrung der Arbeitsbeschaffung, die heute allen anderen Gründen vorangestellt werden muß, warnen wir in letzter Stunde nachdrücklich vor der Verewigung der Beratungsstelle auf Grund dieser bösen Richtlinien. Gerade wenn man behauptet, daß die Beratungsstelle entstanden ist unter dem Druck Parker Gilberts, dann sollte man uns mit der Befreiung vom Reparationsagenten auch von der Beratungsstelle befreien.

Um 12 Proz. erhöhter Opel-Umsatz.

Generaldirektor Reuter von den Opelwerken hat über Bilanz und Umsatz dieser größten deutschen Autofabrik einige Mitteilungen gemacht. Die Bilanz für 1929, die Ende Juli herauskomme, werde deshalb noch kein günstiges Bild geben, weil 1929 als Umstellungsjahr zu rechnen sei, in dem 8 Millionen mehr Investitionen nötig waren als 1928. 1930 sollen weitere 10 Millionen zur Durchführung der bei der Uebernahme der Opelwerke gefaßten Pläne angelegt werden. Trotzdem ist die Gesellschaft für die Zukunft optimistisch. Sie gründet ihren Optimismus auf die Tatsache, daß im Jahre 1930, während am Gesamtautomobilmarkt ein Absatzrückgang von 22 Proz. zu verzeichnen sei, die Opelwerke eine Absatzsteigerung um 12 Proz. hatten. Gegenwärtig werden etwa 7000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt; die Tagesproduktion beläuft sich auf 135 Wagen.

Großmühlen-Fusion in Berlin.

Die Berliner Viktoriamühle A.-G. nimmt jetzt die Humboldtmühle A.-G. Berlin in sich auf, von der sie schon bisher 90 Proz. des Kapitals besaß. Die beiden Gesellschaften stehen der Bank für Textilindustrie und der Frankfurter Hafenmühle nahe. Sie arbeiteten 1926/27 in der „Betriebsgemeinschaft Berliner Mühlen G. m. b. H. und Co." eng zusammen, die sich aber nicht bewährt hat. Der Anschluß bedeutet für die Humboldtmühle den letzten Ersatz für eine notwendige Sanierung, nachdem sich für die im Herbst 1928 beschlossene Kapitalerhöhung kein Interessent gefunden hat. Die Humboldtmühle schloß 1928 mit einem Verlust von 0,89 Millionen Mark, bei 1,2 Millionen Mark Kapital; für 1929 wird gar keine Bilanz mehr vorgelegt, doch hat die Lage bei der Gesellschaft sich nach Angabe der Verwaltung noch wesentlich verschlechtert. Die Anlagen des Unternehmens, die während der Kriegsjahre mit einer Leistungsfähigkeit von 200 Tonnen pro Tag in Tegel erbaut wurden und etwa 100 Personen Beschäftigung boten, sollen nicht wieder in Betrieb genommen werden.

Die Viktoriamühle, deren Aktionäre die Fusion am Montag genehmigten, schließt das Geschäftsjahr 1929 mit einem Fabrikationsgewinn von 1,35 (Vorjahr 1,06) Millionen ab, der nach Abzug der Unkosten wieder völlig zu Abschreibungen verwendet wird. Die für die Fusion benötigten Aktien werden dem Eigenbesitz der Gesellschaft entnommen.

Kommunen liefern fette Profite.

Die Dommitzscher Tonwerke A.-G., Dommitzsch (Prov. Sachsen) verteilen aus den Erträgnissen ihrer Kanalisationsröhren- und Klinkerfabrikation jetzt zum drittenmal seit 1927 18 Proz. Dividende. Die Aktionäre, die Ende 1926 Dommitzscher Tonaktien zu 86 Proz. des Nennwertes kaufen konnten, haben durch Dividenden und Kursgewinne inzwischen mühelos das Dreifache des angelegten Kapitals verdient, da mit der Dividende auch der Börsenwert der Aktien gestiegen ist (auf gegenwärtig 220 Proz. des Nennwertes). Bei 600 000 Mark Kapital erzielte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 1929/30 einen Reingewinn von 213 000 M., also von 35 Proz. des Aktienkapitals. Die Hälfte dieser Summe wird mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrisis zur Bildung von Reserven verwendet, die dadurch jetzt an die Höhe des Aktienkapitals heranreichen.

Die Abnehmer der Dommitzscher Tonwerke sind zu einem sehr erheblichen Teil schlecht gestellte Kommunen und ihre Rohstofflieferantin ist gleichfalls eine Kommune; denn die Gesellschaft hat ihre Tongruben durch einen für sie sehr günstigen langfristigen Vertrag von der Stadt Dommitzsch gepachtet. Die gesamte Röhrenproduktion wird durch das Syndikat der deutschen Steinzeugwerke abgesetzt, von dem die Kommunen offenbar richtiggehend geschröpft werden. Aber warum soll man nicht schröpfen, was man beschimpft; das würde der deutschen Unternehmermoral doch widersprechen!

Auslandskapital in Polen.

Nach amtlichen Unterlagen wurde bei 850 Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von 1 600 Millionen Zloty festgestellt, daß ausländisches Kapital an 188 Gesellschaften mit rund 320 Millionen Zloty oder 20 Proz. des Gesamtkapitals beteiligt ist.

Johannes V. Jensen: Der alte Chinese

Es war an einem chinesischen Neujahrstage, dem einzigen und allgemeinen Festtag des Jahres, wo alle Welt voll Lust und toller Freude war und die Sorgen der Alltäglichkeit im prasselndem Feuerwerk aufgehen läßt, als Wang-Tsung-Tse so sonderbar explodierte. Es war so, als ob eine riesige Rakete plötzlich auf die Erde geknallt wäre.

Die Veranlassung dieser sonderbaren und merkwürdigen Erregung war eigentlich gar nicht sonderbar oder merkwürdig.

Wangs Nachbar, der Gerber Fung, kam am Neujahrsabend, wie alle Jahre vorher, auch diesmal zu ihm und schenkte ihm einen Lampion.

Fung war Wangs bester und einziger Freund, tiefe und gegenseitige Achtung verband die beiden Männer. Wenn Wang Fung begegnete und grüßte, so verbeugte er sich dreimal bis zum Boden und drückte sich voll unendlicher Hochachtung die Hand. Es war dies eine Begrüßung, die einem Mandarin mit violettem Knopfe gebührte. Aber Fung ließ sich an Höflichkeit nicht überbieten. Wenn er Wang nur von weitem sah, warf er sich zu Boden und stieß seine Stirne fünfmal auf die Erde. Dann stand er auf, putzte sich schnell, damit kein Stäubchen auf seinem armseligen Gewande den Unwillen seines Freundes erregen konnte und küßte sich dann voll inniger Zärtlichkeit Hand und Fingerspitzen. So waren Wang und Fung und so war ihre Freundschaft.

Und da kam nun dieser Fung am heiligen Neujahrsabende daher und schenkte ihm mir nichts, dir nichts, einen Lampion.

Einen Lampion, als ob er nicht genau wüßte, daß ein Mann niemals eine Lampe oder ein Licht schenken durfte, damit der Beschenkte nicht ohne Nachkommen sterben sollte. Der alte Wang war zwar schon gegen sechzig Jahre. Aber, wer weiß, vielleicht hätte er noch unter den kleinfüßigen Töchtern seines Landes gewählt und starke Söhne und zierliche Töchter hätten seine kommenden Greisentage verschönt. Bei Buddha ist nichts unmöglich.

Jetzt hatte Fung mit seinem unseligen Geschenk alle Zukunftshoffnungen zerstört. Wer sollte ihn nun begraben und beweinen, wer Räucherkerzen anstecken und Totenfeste feiern?

Ja, früher, bevor die weißen Teufel gekommen waren, da hätte Wang solchem Geschenk wenig Bedeutung zugemessen und hätte mit einer kleinen Pfeife Opium alle unangenehmen Gedanken zur Hölle gejagt. Aber jetzt, wo die Geister aus ihren Gräbern vom Kanonendonner aufgeschreckt, über die Erde wandern müssen und unaufhörlich auf Böses sinnen?

Dann kam noch dazu, daß Wang, der Flohfallenmachermeister war, schlechte Geschäfte gemacht hatte und sein Magen nach Reis vergeblich knurrte. Wer kauft heutzutage Flohfallen? Die Menschen fangen die niedlichen Tiere mit sanft angefeuchteten Fingerspitzen und — knicks — sind sie zerdrückt, ohne Rücksicht, ob sie gesegneten Leibes sind und daß in der Flohnachkommenschaft die Zukunftshoffnungen der Fallenmacher stecken! Bei dieser schrecklichen Manier konnte es passieren, daß eines Tages das ganze Land ungezieferfrei war und Wang verhungern mußte.

In dieser Stimmung empfing er Fungs unpassendes Geschenk. Da brannte sein Zorn lichterloh und er warf den Lampion auf die Erde. Fung war sprachlos und zog sich beleidigt zurück.

Einige Stunden später, als Wang mitten im Freudentaumel des Festplatzes eingeschlummert war, wurde er durch heftiges Ziehen am Kopfe geweckt. Dann wurde er windelweich geprügelt und als er sich neugierig umsah, erkannte er den Gerber und seine Freunde, die die Schmach des abgelehnten Geschenks durch saftige Hiebe abwischen.

Wang schüttelte die Prügel ab und brütete Rache.

Er suchte Trost in der letzten Pfeife Opium und ließ auf rosigen Wolken sein ganzes Leben an sich vorüberziehen. Es war ein schmerzreiches, armseliges, freudeloses Leben gewesen. Jetzt würde er auch ohne Nachkommen sterben . . . Sterben, das war es. Im Hause des verfluchten Gerbers sterben, damit er, von Schergen gefunden, lebloser Zeuge für die Schlechtigkeit Fungs war. Warte nur, du Krötensohn, auf deinen langzopfigen Schädel wartet schon der Henker.

Wang lieh sich auf seine letzte Hose ein wenig Geld aus, setzte das sofort in Raki und Opium um und legte sich starr und stumm auf Fungs Hausflur. Gegen Mitternacht fand Fung Wang. Sein Haus war mit einer Leiche besudelt, wenn sie gefunden wird, konnte sein schöner Körper am Galgen mit den Windsbräuten tanzen oder sein schlanker Hals dem hungrigen Beile des Henkers zum Fraße dienen.

Schnell steckte er den sich wehrenden Toten in einen Sack und schleppte ihn trotz seiner jammernden Proteste zum gelben Fluß und warf ihn ins aufjauchzende Wasser.

Und mitten zwischen den Flammen des Feuerwerks, die das neue Jahr einläuteten, spazierte trübsinnig die Seele Wang-Tsung-Tses.

Und wenn er durch das Fenster seines Mörders sah, begrüßte ihn Fung nach alter Gewohnheit, indem er sich fünfmal zu Boden warf und die Erde küßte. Dann machte er drei tiefe Kotaus und einen Purzelbaum. Dann küßte er sich schmatzend die lohgelbe Hand, zog sich dreimal am Ohrläppchen und verdrehte die Augen. Und dann flog Wangs Seele befriedigt davon, denn so ehrfürchtig und höflich begrüßte man nur den Mandarin mit den jadegrünen Knöpfen, dem höchsten Mann nach dem Kaiser, und mehr Anerkennung verlangte seine Seele nicht.

(Deutsch von S. Eldersen.)

Conan Doyle

Der Vater der Sherlock-Holmes-Romane

Der bekannte englische Kriminalschriftsteller Conan Doyle ist, wie aus London gemeldet wird, nach längerer Krankheit am Montag im Alter von 71 Jahren gestorben.

Millionen haben sich in der Welt an den Detektivgeschichten des englischen Unterhaltungsschriftstellers unterhalten, ihre Langeweile damit vertrieben und ihre Sorgen darüber vergessen. Er ist in seiner Art ein Wohltäter der Menschheit gewesen, der mit einem so einfachen und doch auch wieder so schwierigen Mittel, wie der Spannung, seine Leser zu faszinieren verstand. Conan Doyle brachte die Kriminalgeschichte auf eine neue Stufe, indem er den Detektiv Sherlock Holmes erfand, der mittels seines ingeniösen Scharfsinnes die schwierigsten Verwicklungen löste und mit einer stupenden Aufmerksamkeit die geringsten Details entdeckte und aus ihnen mit wahrhaft verblüffender Logik die kühnsten Schlußfolgerungen zog. Die Kriminalgeschichte bekam einen neuen Helden, der nicht mehr der Verbrecher, sondern sein Entlarver war. Nachdem die ältere Generation der spannenden Erzähler verblaßt war, gab Conan Doyle dem ganzen Genre ein neues Leben und wurde so neben Jules Verne und Karl May einer der vielgelesensten und erfolgreichsten Schriftsteller des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Sein „Hund von Baskerville" ist vielleicht das meistgelesene Buch dieser Jahrzehnte gewesen. Diese Literatur hat viele Nachfolger gefunden. An Stelle Sherlock Holmes sind andere typische Figuren getreten, aber kaum einer hat das Vorbild erreicht, auch Wallace nicht, der an Fruchtbarkeit Doyle noch übertroffen hat.

Conan Doyle hat selber das Geheimnis verraten, wie er zu seinem Sherlock Holmes gekommen ist. Er studierte in Edinburg, wo er am 22. Mai 1859 geboren war, Medizin und hatte hier einen Professor Bell zum Lehrer, der die angeborene Gabe eines Detektivs an den Patienten zur höchsten Kunst entwickelte. Auf ihn besann sich der junge Doyle, der inzwischen als Schiffsarzt Reisen, unter anderem auch in die Arktis, unternommen hatte, als er in den 90er Jahren zu schriftstellern begann. Aber er hat als Erfinder dieser höchst erfolgreichen Figur Maß zu halten verstanden und sich später anderen Themen zugewandt. Unter anderem hat er sich in seinen Romanen vielfach mit der napoleonischen Zeit beschäftigt, wo er wiederum in dem Brigadier Gérard eine populäre Person erfand, um die er die Ereignisse gruppierte. Am Burenkrieg nahm Doyle als Militärarzt teil. Er schrieb verschiedene Bücher über ihn, worin er die Haltung der Engländer verteidigte. Auch über den englischen Feldzug in Frankreich und Flandern hat er in den Jahren 1915 bis 1920 sechs Bände herausgegeben.

Der Vater des Sherlock Holmes gehörte in England zu den populärsten Erscheinungen. Er war geadelt worden und spielte eine hervorragende gesellschaftliche Rolle. Schon in früheren Jahren hatte sich bei ihm eine Neigung zum Mystizismus geltend gemacht. Als er im Krieg seinen Sohn verloren hatte, ging er ganz zum Spiritismus über. Er gründete eine besondere Gesellschaft zu ihrem Studium und begann auch ein Museum hierfür anzulegen. Wenn der berühmte Schriftsteller in seinen literarischen Werken das Verbrechen zu verfolgen und aufzudecken pflegte, hat er auch in der Praxis des Lebens von seiner besonderen Begabung, den Zusammenhängen von Verbrechen nachzuspüren, Gebrauch gemacht. Er ist wiederholt eingetreten für verurteilte Verbrecher, die nach seiner Ansicht unschuldig waren, und hat auch wiederholt mit dem Wiederaufnahmeverfahren Erfolg gehabt. Bekanntgeworden ist besonders sein durch viele Jahre hindurch geführter Kampf um die Freisprechung eines angeblichen Mörders Slater.

Die Meinungen über die rein künstlerische Seite des Falles Conan Doyle sind geteilt. Manche halten ihn für einen hervorragenden Schriftsteller, andere anerkennen nur seine besonders entwickelte Kombinationsgabe. Jedenfalls ist er mit seinem großen Vorgänger Edgar Poe nicht zu vergleichen. Die Menschen von heute sehen in dem Verbrecher nicht mehr bloß einen Feind, der mit allen Mitteln zur Strecke gebracht werden muß, sondern suchen ihn als Produkt seines Milieus, der Vererbung und der sozialen Verstrickung zu verstehen. So ist auch unsere Einstellung zum Kriminalroman eine andere geworden. Wir verlangen Menschlichkeit statt der kühlen Berechnung.

K. H. D.

Klima nach Belieben

Vom Publikum fast unbeachtet, wurden auf der soeben beendigten Weltkraftkonferenz einige Probleme behandelt, deren Lösung imstande sein dürfte, in absehbarer Zeit die Ernährung der in gemäßigten und kalten Zonen lebenden Völker auf eine ganz neue Grundlage zu stellen und der Landwirtschaft ungeahnte Möglichkeiten zu erschließen. Handelt es sich doch um nichts Geringeres, als unseren Ländern die Segnungen des subtropischen und tropischen Klimas zuteil werden zu lassen, und die intensive Sonnenhitze jener Gegenden künstlich und wirtschaftlich durch umgewandelte Sonnenstrahlen zu ersetzen. Hier zeigt sich, wie der Mensch gelernt hat, mit gewaltigen Sonnenenergien wie mit einer Sache umzugehen. Sonnenstrahlen, anstatt sofort Lebensmittel zu erzeugen, Obst und Gemüse und Getreide, verwandeln sich in gebundene Energie, in Holz, Kohle und die Kraft stürzenden Wassers. Diese Energie wird in Kraftwerken entfesselt, in Elektrizität umgewandelt, über weite Entfernungen geleitet, zum Heizen von Gewächshäusern benützt, so daß am Ende Sonnenstrahlen, die vor Jahrmillionen auf der Erde mächtige Schachtelhalmwälder emporschießen ließen, auf dem Umweg über die Kohle nun Wein, Gurken und Radieschen hervorbringen.

Dem norwegischen Ingenieur Jacobsen, der über dieses Thema auf der Weltkraftkonferenz berichtete, verdankt man grundlegende Forschungen. Er erkannte schon 1922, welche Nachteile das Treiben von Frühbeeten mit Hilfe des üblichen Stalldüngers habe. Dieser läßt sich bei der zunehmenden Motorisierung der Landwirtschaft immer schwerer beschaffen und ist recht teuer; zudem hält seine wärmende Wirkung nur etwa sechs Wochen an, dann hört die Bakterienwirkung auf, der Dünger ist „ausgebrannt". Dann muß man die Pflanzen in neuen Dünger umsetzen, eine Arbeit, die viel Mühe und Kosten erfordert, ebenso wie die Errichtung mächtiger Treibhäuser. Es ist kein Zufall, daß nun Jacobsen seine Entdeckung eben im Lande der billigen Wasserkräfte und damit der wohlfeilen Elektrizität gemacht hat. Denn Elektrizität, die reinlichste und bequemste Heizquelle, ist es, die er zur Erzeugung des künstlichen Treibhausklimas verwandt hat. Zuerst ging er ganz vor und benützte nur die Ströme von 5 Volt Spannung, den er durch in den Boden verlegte verzinkte Eisendrähte schickte. Später wurde mit diesem Draht die Spannung bis auf 40 Volt gesteigert, für höhere Spannungen nahm man Spezialkabel, bestehend aus einem Widerstandsdraht aus geglühtem Eisen oder Nickelin, der von Lagen Asbest, Oelpapier und einem Bleimantel umgeben ist. Solche Kabel werden einfach in eine Sandschicht unter der Komposterde verlegt, und nun kann man mit der Heizung beginnen, nachdem man die Pflanzen durch glasverdachte Holzkästen vor der Einwirkung unseres rauhen Klimas geschützt hat. Der Züchter macht sich nun nach Belieben sein eigenes Klima, er kann selbst im kältesten Winter durch die von unten aufsteigende Wärme die Pflanzen vor dem Erfrieren schützen und sie zum üppigen Treiben bringen. Er kann soweit gehen, daß er jene Bedingungen schafft, die vor Jahrmillionen auf Erden vorwalteten, indem er nämlich den für das rasche Wachstum sehr wichtigen hohen Kohlensäuregehalt der Luft hervorbringt. Legt man unter die Erde eine Schicht von Holzkohle, so entwickelt diese in der warmen Luft durch langsame Verbrennung dauernd die nützliche Kohlensäure; doch gibt es Fälle, wo diese aus gereinigten Abgasen von Feuerungen eingeleitet wurde.

Es genügt meist, nur in der Nacht zu heizen; nur an sehr kalten Wintertagen wärmt man den Boden während einiger Stunden auch am Tage. Trotz dem nicht allzuhohen Elektrizitätsverbrauch hängt die Rentabilität des Verfahrens eng mit den Stromkosten zusammen, und da ergeben sich gerade für Deutschland große Schwierigkeiten. Der nordische Züchter kann mit einem Preis von 2,2 bis 4,5 Pf. je Kilowattstunde rechnen und fährt sehr gut dabei; hier aber erklären die Kraftwerke, selbst mit dem Nachtstrom nicht unter einen Preis von 7 Pf. hervorgehen zu können. Es ist dies vorläufig noch ein großes Hindernis für die rasche Verbreitung dieses Systems, zumal die Anlagekosten wegen des Exportdumpings in den benötigten Hilfsmaterialien recht hoch sind. Solche Anlagen werden also am besten in engem Zusammenhang mit großen Kraft- und Industriewerken gedeihen können, von denen sie ganz billig Strom oder Abwärme als Warmwasser oder Abdampf beziehen können. Und solcher Versuche wurde schon eine ganze Reihe mit Erfolg unternommen.

Die größte dieser Anlagen wurde in Harmstede in Holland erbaut, wo man 10 000 Quadratmeter für diesen Zweck bestimmt hat. Auch in Hässelby in Schweden wurde 1926 eine Großanlage errichtet, in Deutschland mehrere im Anschluß an Kraftwerke, so in Stettin, in Dresden-Laubegast, in Helmstedt und anderwärts. In Schöningen wird ein 48 Meter langes Gewächshaus vom Kraftwerk mit Warmwasser, dann mit Abdampf für die Elektrizitätserzeugung und mit kohlensäurehaltigen Abgasen versehen. Dort wurden auch Versuche angestellt, den Wuchs der Gurken, die man pflanzte, durch Belichtung zu beschleunigen. Fünf Lampen von 200 Watt brannten sechs Wochen lang in jeder Nacht 12 Stunden. Die belichteten Pflanzen waren den unbelichteten bald weit voraus, trugen auch 5 bis 6 Gurken mehr. Auch im Frankfurter Städtischen Elektrizitätswerk konnte man schon am 28. März Kopfsalat aus den Frühbeeten ernten, wobei je Pflanze 7 Pf. Stromkosten erwachsen waren, bei einem Strompreis von 5 Pf. nachts, 10 Pf. am Tage.

Die wunderbarste Entwicklung nahm aber dieses Verfahren in Wiesmoor bei Wilhelmshaven, wo im Anschluß an das Nordwestdeutsche Kraftwerk mächtige Gewächshäuser auf einer Fläche von 2,5 Hektar angelegt wurden, wo mit Hilfe der überschüssigen Energien des Kraftwerkes, von Dampf, Warmwasser und Elektrizität, die wieder durch Verbrennung des billigen Torfes erzeugt werden, riesige Gemüsekulturen angelegt wurden. Wie man auf teurem Baugrund möglichst hohe Bauten errichtet, ist man bestrebt, in diesem teuren Luftraum tropischen Klimas die höchsten Erträgnisse je Flächeneinheit zu erzielen, und tatsächlich sind sie im Gurkenbau fünfundzwanzigmal so hoch wie auf freiem Feld. Dort werden jährlich 400 000 Gurken und 200 000 Tomaten zum Reifen gebracht. Selbst das Liebesleben der Gemüsepflanzen ist mechanisiert, denn künstlicher Wind sorgt für die Bestäubung von Pflanze zu Pflanze.

Für das mittlere Schweden erwartet man durch die neue Erfindung eine Umwälzung der Baumschulenpflege durch raschere Ausbildung der in der Wärme überwinternden Stecklinge. Man hat auch erfolgreich die Bodenheizung auf gegen Süden geneigten Bodenfreiflächen versucht. Nun hängt es bei uns nur mehr vom billigen Strompreis ab, ob wir uns von der ausländischen Gemüseeinfuhr freimachen und zu Weihnachten Kirschen, zu Ostern Pfirsiche essen werden.

Wie es 430 Meter unter dem Wasser aussieht

Zwei amerikanische Gelehrte, der Zoologe Dr. William Beebe und Otis Barton, haben in einer Stahlkugel die Rekordtiefe von 430 Meter unter Wasser erreicht. Sie unternahmen diese Taucherleistung, die fünfmal so groß ist wie die früheren Tiefenrekorde, von der Nonsuchinsel aus, auf der die von Beebe geleitete Bermuda-Ozeanographische Expedition ihr Lager aufgeschlagen hat. Das Gewicht der Stahlkugel, die einen inneren Durchmesser von 142 Zentimeter hat und mehrere Zentimeter dick ist, war mit der nötigen Sauerstoffversorgung und mit einer Telephonverbindung ausgestattet. Sie wiegt über 5 Zentner, und da sie in ganz ruhigem Wasser, etwa 8 Kilometer von der Insel entfernt, ins Wasser gelassen wurde, so kann kein Zweifel sein, daß sie senkrecht in gerader Linie hinabgelangte und daß die Länge des Kabels, an dem sie befestigt war, die wirkliche Tiefe, die erreicht wurde angibt. In einer Tiefe von 430 Meter war der Wasserdruck über 43 Atmosphären und das Gewicht des Wassers, das auf die Kugel drückte, belief sich auf etwa 3100 Tonnen. Die Kugel hielt diese Belastung vorzüglich aus, ohne auch nur im geringsten nachzugeben. Das teilte Barton durch das Telephon mit, als er in einer Tiefe von 430 Meter befahl, anzuhalten. Seine Stimme im Telephon war sehr deutlich vernehmbar. In diesem Bereich unter Wasser wird das meiste Licht von der Sonne ausgeschaltet; nur die blauvioletten Strahlen vom Ende des Spektrums dringen auch noch in diese Tiefen. Bei 1000 Meter würden nur noch die äußersten violetten Strahlen sichtbar sein und zwischen 1000 und 1700 Meter sind alle Lichtstrahlen abgeschnitten. Dr. Beebe erklärte, daß die Ausscheidung des mittleren und des roten Endes des Spektrums ein starkes, glänzend blaues Licht zurückließ, hell genug, um ganz leicht die Fische zu beobachten, die an den Quarzfenstern der Kugel vorbeikamen. Die Fische, die in diesen Tiefen leben, sind bisher nur auf den großen Tiefseeexpeditionen des Schiffes „Challenger" und des „Arcturus" gefangen worden. Beebe hat sie auf seiner neuesten Expedition mit großen Netzen ans Licht gebracht. Aber bei dem ersten Abstieg in diese Tiefen konnten die Gelehrten die um sie herum wimmelnden Meerbewohner noch nicht genau einordnen; sie gehörten alle jener merkwürdigen Klasse an, die Beebe bereits erforscht hat und die ihr eigenes Leuchtsystem besitzt; diese Eigenbeleuchtung besteht in den verschiedensten Ein- und Vorrichtungen, die man noch nicht genau kennt, aber beruht immer auf den beiden noch wenig erforschten organischen chemischen Stoffen Luciferin und Luciferase.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater geschlossen!

Abonnements-Anmeldungen

für die Spielzeit 1930-31
(Beginn am 1. September)
werden auch während der Theaterferien entgegengenommen:
a) für die Staatsoper und das Staatl. Schauspielhaus vom Abonnementsbüro, Berlin W56, Oberwallstr. 22. — Fernspr. Merkur 9024,
b) für das Staatl. Schillertheater vom Abonnementsbüro, Berlin-Charlottenburg, Grolmanstraße 70. — Fernspr. Steinpl. 6715.

Winter Garten
8.15 Uhr — Rauchen erlaubt
Cortinis Dollarsegen usw.

Dir. Dr. Martin Zickel
Komische Oper
Friedrichstr. 104.
Merkur 1401/4330.
Täglich 8½ Uhr
Liebe und Trompetenblasen
Schulz / Westermeier / Pfeiffer / Ebinghaus / Heid / Gebrecht

Lessing-Theater
Weidendamm 7797 u. 0944
Täglich 8½ Uhr
Der Faun
von Edw. Knoblauch.
Paul Bendeld, Kats, Flemming, Remd, Breitenberg, Franken, Pfeifer, Karsten, Ebert

Theater am Kottb. Tor
Kottbusser Str. 6
Tägl. 8¼
Wiederauftreten der **Elite-Sänger** mit Schorsch Kusell. Grosses Lachschlager-Programm!

Original-Befema
Patentmatratzen / Ruhebetten mit Befema-Federung
Patent-Drehbett (D.R.P.) ein Griff — ein Bett, sowie das neue Holzbett mit Befema-Federung sind vollkommen geräuschlos! — Kein Einliegen. Für schwerste Belastung. Ueberall erhältl. 20 Jahre Garantie.
Berl. Federmatratz.-Fabrik, Koppenstr. 29

Eisschränke
auch bis zu
18 Monats-Raten
Gewerbliche Schränke mit kleinen Schönheitsfehlern ganz besonders billig!
Raddatz
Berlin W 8, Leipziger Straße 122/123

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
8½ Uhr
Julius Caesar
Regie: Karl Heinz Martin

Deutsches Theater
D 2 Weidendamm 5281
8 Uhr
Phaea
von Fritz v. Unruh.
Reg.: Max Reinhardt
Musik: Friedrich Hollaender. Bühnenbilder Ernst Stern.

Renaissance-Theater
9 Uhr
Steinplatz 6780.
Die
Wunder-Bar
Revuestück

Theater d. Westens
Täglich 8¼ Uhr:
Das Land des Lächelns
Franz Lehars Sensationserfolg!

Spritzpumpen zum Schädlingsschutz
Führungen, Schläuche etc.
Krüger & Lathan
Pumpenfabrik
Berlin Friedrichstr. 197
2 Min. v. Bhf. Jannowitzbrücke

Der **gute Kapitän-Kautabak** ist in den meisten Zigarrengesch. erhältl.
C. Röcker, Berlin
Lichtenburger Straße 22, Königst. 3881

Berliner Prater
Sommergartentheater
Kastanienallee 7—9
Täglich Anfang 4 Uhr
der große Varieté-Teil.
Eine entzückende Burleske 8.15 U.
Gusti Beer, Greti Lilien, Alex Haber, V. von Kobylanska
in die
Rose von Stambul
Operette in 3 Akten von Leo Fall
Großes Kaffeekochen
Eintrittspreis von 50 Pf. an.

Die Komödie
11 Bismck. 2414/7516
8½ Uhr
Wie werde ich reich und glücklich?
Ein Roman in 11 Abteilungen von Felix Joachimson.
Musik von Mischa Spoliansky.
Regie: Erich Engel
Bühnenbilder Ludwig Kainer

ROSE-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Billetkasse: Alex. 3422 u. 3494
Heute und morgen
Rosenfest im Rose-Garten
Tausende von Rosen. Riesen-Feuerwerk. Tanz im Freien. Neue Garten-Beleuchtungseffekte. Varietéschau. — Willi Rosen am Flügel. — 8 Uhr:
„Verliebte Leute"
Operette von Künneke.
Im Innentheater Täglich 8.15
„Die andere Seite"
— der große künstlerische Erfolg bei der gesamten Presse Berlins.
Paul Rose als Kompagnieführer

Theater i. d. Behrenstr. 53-54
8¼ U. A 4 Zentrum 926-927 8¼ U.
Direktion Ralph Arthur Roberts
Mein Vetter Eduard
Schwank in 3 Akten von Fred Robs

Reichshallen-Theater
8 Uhr

Stettiner Sänger
Das große Programm!
Dönhoff-Brettl und Garten
Varieté — Konzert — Tanz

Sommer-Wohnungen
mit und ohne Küche
Hochwald-Grundstück
„Waldesfrieden" bei Fredersdorf (Ostbahn)
Vorortzug bis Petershagen 25 Min. zu Fuß, Fredersdorf 40
Züge 12⁰⁰ u. 16⁰⁰ ab Schles. Bhf. haben in Fredersdorf Postauto-Anschluß bis „Lustige Sieben" (20 Pf.), 6 Minuten bis Grundstück Kolonie Neu-Vogelsdorf, Schillerstraße und Memeler Straße Ecke.
Adolph Hoffmann.

SCALA
Tägl. 5 u. 8½ Uhr. B 5 Barb. 9258
Pr. 1-6 M. Wochentg. 5 U. 50 Pf.-3 M.

LUNA PARK
Heute Feuerwerk
u. d. gr. Attraktionsprogramm
Wer noch keinen Schlüssel hat
zu dem im Lunapark ausgestellten
Auto
(viersitz. Ideal-Limousine)
erhält einen solchen beim Eintritt in den Lunapark
gratis

FÜR ALLE DAHEIMGEBLIEBENEN FERIENPAROLE
Alles Berlin
BERLINER SOMMERSCHAU 1930
FUNKTURMHALLEN AM KAISERDAMM
TÄGLICH 9—8 UHR GEÖFFNET
AB 7 UHR (AUSSER DONNERSTAG) BEI GUTEM WIE SCHLECHTEM WETTER KONZERT DES BERLINER SINFONIEORCHESTERS
DIR.: DR. HELLMUTH THIERFELDER

8¼ **Operettenhaus**
(Zentral-Theater)
Dönh. 2047
Alte Jakobstr. 30/32
Darüber kommt kein Mann hinweg!
Kasse 10—1 u. ab 6 Uhr.

Metropol-Th.
Täglich 8¼ Uhr
Michael Bohnen
in
Mit Dir allein ...

Haus Vaterland
Das Vergnügungs-Restaurant für Jedermann
Betrieb Kempinski

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung, Bauanschläger!

Die Branchenversammlung der Bauanschläger fällt am Dienstag, dem 8. Juli, aus.

Wahlkörper-Versammlungen der arbeitslosen Mitglieder.

Wahlkörper III.
Donnerstag, den 10. Juli mittags 12½ Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstraße 83/85: Eisen-, Metall-, Revolver-, Karussell- und Bohrwerksdreher, Schraubendreher, Rundschleifer, Einrichter, Automateneinrichter, Rohrleger, Rohrlegerhelfer.

Wahlkörper IV.
Freitag, den 11. Juli, vormittags 9 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85: Graveure, Ziseleure, Gürtler, Drücker, Schleifer, Galvaniseure, Eisenformer, Metallformer, Kernmacher, Arbeiterinnen, Feilenhauer, Gießerei- und Hüttenarbeiter, Zigarettenmaschinenführer, Betriebshandwerker, Kinovorführer.

Wahlkörper V.
Freitag, den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstraße 83/85: Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser, Schnittarbeiter, Walzwerkarbeiter, Gold- und Silberarbeiter, Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Werkzeugmacher, Scharfschleifer, Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
Beratung der Anträge und Wahl der Delegierten zur Generalversammlung am 21. Juli 1930.

Zutritt haben nur diejenigen Mitglieder, die im Verbandsbuch die Berufsbezeichnung haben, für welche die Versammlungen einberufen sind.

Ohne Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Nachruf

Am 30. Juni starb unser Kollege, der Mechaniker

Adolf Lehmann

geb. 19. Juli 1854.

Die Einäscherung hat bereits stattgefunden.

Am 4. Juli starb unser Kollege, der Drücker

Georg Götsch

geb. 23. Juli 1881.

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Am Freitag, dem 4. Juli, mittags 12½ Uhr, entschlief nach schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegerund Großmutter, Frau

Anna Steinbörner

geb. Rohmann

im Alter von 75 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrübt im Namen der trauernden Hinterbliebenen an.

Ida Steinbörner.

D 34, Frankfurter Allee 380.

Die Trauerfeier findet am 9. Juli, nachmittags 6 Uhr (18), im Krematorium Baumschulenweg, statt.

Rennen zu Hoppegarten
Dienstag, den 8. Juli
nachmittags 3½ Uhr.

Bilanz

der Berliner Städtische Gaswerke Akt.-Ges.

am 31. Dezember 1929

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Magazin-Lager	4 415 784,02	Aktienkapital	15 000 000,00
Steinkohlen-Lager	6 758 627,70	Obligationen	74 550,00
Braunkohlen-Brikett-Lager	23 654,86	Kreditoren	15 995 052,92
Warenbestände	800 745,87	Valuta-Kredite	22 394 200,00
Debitoren	9 866 621,94	Valuta-Kredit-Zinsen	208 201,58
Magistrat-Valuta-Kredite	22 394 200,00	Akzepte	2 560 581,21
Magistrat-Valuta-Kredit-Zinsen	133 917,62	Delkredere	200 000,00
Valuta-Zinsen, Vorauszahlung 1930	69 283,96	Gesetzlicher Reservefonds	1 130 000,00
Wechsel	67 000,00	Erneuerungsfonds	1 270 000,00
Kasse, Bar, Postscheck und Giro	293 255,83	Gewinn-Vortrag	3 826,91
Wertpapiere u. Beteiligung	8 385 867,50	Ergebnis	2 310 439,16
Kapital-Verpflichtung der Stadt Berlin	7 718 180,64		
Gemeinnützige Häuserbau- u. Verwaltungs-Ges. mbH.	212 911,84		
	61 139 851,78		61 139 851,78

Gewinn- und Verlustrechnung

der Berliner Städtische Gaswerke Akt.-Ges.

am 31. Dezember 1929

Ausgaben	RM	Einnahmen	RM
Gaskohlen	28 766 612,44	Gas	74 013 029,48
Betriebskosten	64 729 567,32	Koks	20 247 000,23
Werkerhaltung	12 806 116,01	Koksgrus	342 224,17
Abschreibung	2 485 630,50	Waschkoks	20 648,10
Ergebnis	2 310 439,16	Steinkohlenteer	2 342 756,06
		Braunkohlenurteer	280 946,57
		Ammoniakwasser	559 427,62
		Konzentriertes Ammoniakwasser	5 100,00
		Schwefelsaures Ammoniak	1 220 595,45
		Benzolvorprodukt und S-Benzol	1 554 023,71
		Verschiedene Erzeugnisse	328 449,58
		Salmiakgeist	6 000,75
		Betriebseinnahmen	10 213 164,76
	111 098 365,43		111 098 365,43

Verkäufe

Tapeten, Gallat, Kolonistraße 8.

Billige Teppiche mit kleinen Fehlern. Ausnahmepreis ca. 2×2 16.— Mark. Ausnahmepreis ca. 2×3 30.— Mark. Ausnahmepreis ca. 2½×3½ 31.— Mark. Ausnahmepreis ca. 2¾×3¾ 39.— Mark. Ausnahmepreis ca. 3×4 48.— Mark. Ausnahmepreis ca. 3×4 55.— Mark. Ausnahmepreis ca. 3×4 65.— Mark. Kämmer, Berlin, Potsdamerstraße 96a. Hausnummer beachten.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Ärzten, Anwältern. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe. Rosenthaler Platz.

Möbel

Patentmatratzen „Heimstätte", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden.

Möbelkäufer merkt Kredit und bar Möbelhaus, große Auswahl, kleine Preise! Beispielsweise: Schlafzimmer 455.—, Speisezimmer 517.—, Herrenzimmer 509.—, Spiegelschränke 115.—, Dielengarnitur 89.—, Küchenbüfett 98.—, Messingbettstelle 66.—, Kleiderschränke 48.—, Chaiselongues 28.—, Metallbettstelle 16.—, Auflegematratze 18.— Sämtliche Möbel angemessene Preise. Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten. Kassarabatt bis zehn Prozent, auch auf Anzahlungen. Kleine auch ohne Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre. Möbelfirma Katalog franko. Hauptgeschäft: Stealitz, Schloßstraße 107; 2. Geschäft: Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft: Belle-Alliance-Straße 90, Untergrundbahn; 4. Geschäft: Kottbusser Straße 25, gegenüber Ellissänger.

Schlafzimmer, Küchen in roh von 36.— an, lackiert und lasiert bis zu 700.—. Max Berg u. Co., Prinzenstraße 11, Fabrikgebäude II, Oranienstraße 122, Gotzkowskystraße 33, Ecke Alt-Moabit. Sicheren Kunden weitgehendste Zahlungserleichterung ohne Preisaufschlag.

Möbel ohne Anzahlung, 24 Monate Kredit und darüber. Komplette Zimmer, Küchen, Einzelmöbel. Möbelhaus Humboldt, An der Jannowitzbrücke 3—4, Brunnenstraße 88.

Möbel-Rawetzky, Kastanienallee 56. Schlafzimmer, Ruhebetten, Metallbetten, Kleinauswahl. Spottpreise, Zahlungserleichterung.

Meine Lieben!
Augen auf!
Ferien sind bald zu Ende!
Sie kaufen heute ein Schlafzimmer, Eiche, nur 275.—, Schlafzimmer, Nußbaum, 385.—, Schlafzimmer, Birke, 495.—, Schlafzimmer, Mahagoni, 715.—, Speisezimmer, Nußbaum, 485.—, Speisezimmer, Eiche, 290.—, Küchen, weiß und lasiert, 65.—, Ankleideschrank mit Wäscheeinteilung, 88.—, Ankleideschrank mit Wäscheeinteilung und Spiegel, 98.—. Sämtliche Möbel zu halben Preisen. Das versäume niemand. Möbel-Schrager, jedes Zimmer ein Schlager. Nur Kastanien-Allee 45—49, im Fabrikgebäude.

Musikinstrumente

Klaviere, 175.—, 300.—, gebrauchte, große Auswahl! auch in neuen. Langjährige Garantie. Besichtigung lohnend. Teilzahlung gestattet. Herre, Brunnenstraße 191, 1 Treppe (Rosenthaler Platz).

Hoffmann-Pianos, gebrauchte, 300.—, 350.—, 400.—, 550.—, 580.—, 650.—, Neue 900.— an. Tonschön, dauerhaft. Garantie, Teilzahlung. SW. 19, Leipzigerstraße 57 (Spittelkolonnaden).

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Stanniol, Blei, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenicker Straße 20 (Baltische Ecke Adalbertstraße).

Unterricht

Berlitz School, Leipzigerstraße 110, Kurfürstendamm 26a. Fremde Sprachen. Zirkel: 12 Teilnehmer, monatlich 12 M., vierteljährlich 30 M., zahlbar in Raten. Eintritt jederzeit.

Praktisches Russisch Stunde 50 Pfennige. Anfragen unter W. 29, Vorwärts, Lindenstraße 3.

Verschiedenes

Oskal Vollz mit Kaspertheater frei. D. Kirch, Ackerstraße 187.

Detektivbureau Steichel, Chausseestraße 77. Fernsprecher Wedding 1986. Beobachtungen, Ermittlungen. Auskünfte allerorts.

Wäschereien

Genossen, die Wäscherei Kuhnert, Köpenick, Grünauerstraße 45, Telephon 587, wäscht auch weiße, im Freien getrocknete Wäsche. Billigste Preisberechnung. Abholung Donnerstags. (Mitglied der SPD. u. des Reichsbanners.)

Schneeweiß wäscht Marie Weiße, Köpenick, Parrisiusstraße 3, Telephon 1238. Große Bezüge 25, Damenhemden 15, Herrenhemden 18. Abholung Mittwoch, Donnerstag.

Vermietungen

Wohnungen

Neubauwohnungen Tempelhof, Schöneberger Straße, sofort beziehbar. 2 Zimmer, Bad, 70 Mark plus Kohlenzuschuß (Warmwasser, Zentralheizung, mechanische Waschküche). Hausbesitzer bevorzugt. Gemeinnützige Baugenossenschaft „Vaterland", e. G. m. b. H.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Maschinenbauverbilling von Maschinenfabrik in SO. gesucht. Angebote unter C. 30 Hauptexpedition des „Vorwärts".

TOTAL-AUSVERKAUF DER ENGROSFIRMA S. WALDO

Neue Friedrichstraße 44 an der Spandauer Brücke / Rosenstraße

Einige Beispiele! Wegen Aufgabe der seit 52 Jahren bestehenden Engrosfirma: **Jetzt Verkauf auch an Private.** Zum Verkauf gelangen meine seit Jahrzehnten erprobten, bewährten Qualitäten, teilweise **weit unter bisherigen Engros-Preisen**

Prima Gerstenkorn-Handtücher statt 6.75 jetzt Dutzend 4⁸⁰
Elegante Damast-Tischtücher bis 3.50 m lg., 130/160 statt 4.80 jetzt nur 3¹⁵
Schwere Drell-Handtücher bunt gestreift statt 9.50 jetzt Dutzend 6²⁵
Linon-Taschentücher feinfädiges Gewebe, farbige Kante statt 2.35 jetzt nur Dutzend 1⁵⁰
Feine Damast-Handtücher statt 15.00 jetzt nur Dutzend 10⁶⁰
Kinder-Bademäntel reizende Muster, Frottierstoff jetzt von 3⁵⁰ an

Trikotagen für Damen, Herren und Kinder, Tischtücher, Servietten, Frottier-Laken u. -Handtücher, Teegedecke, Bettbezüge, Leinen, Dimiti, Damaste Inletts, Laken, elegante Spitzendecken, Herren- und Damen-Nachthemden, Taghemden, Kinderwäsche, Arbeitshemden, Strickwesten, Pullover usw.